

ROL



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#29 65. Jahrgang 20. Juli 2018



5 453000 174663



4,00€

Überholt und abgehängt

Die „Studie“ der Handelskammer kann nicht darüber hinwegtäuschen: Das Geschäftsmodell der Luxexpo ist nicht mehr zeitgemäß und bisherige Versuche einer Neuausrichtung sind gescheitert

Dussmann ante portas

Les communes face à la tentation de l'outsourcing des activités de nettoyage : la Ville de Luxembourg y résiste, Grevenmacher et Sandweiler ont cédé, alors que Differdange en est revenu

Nora von der coolen Clique

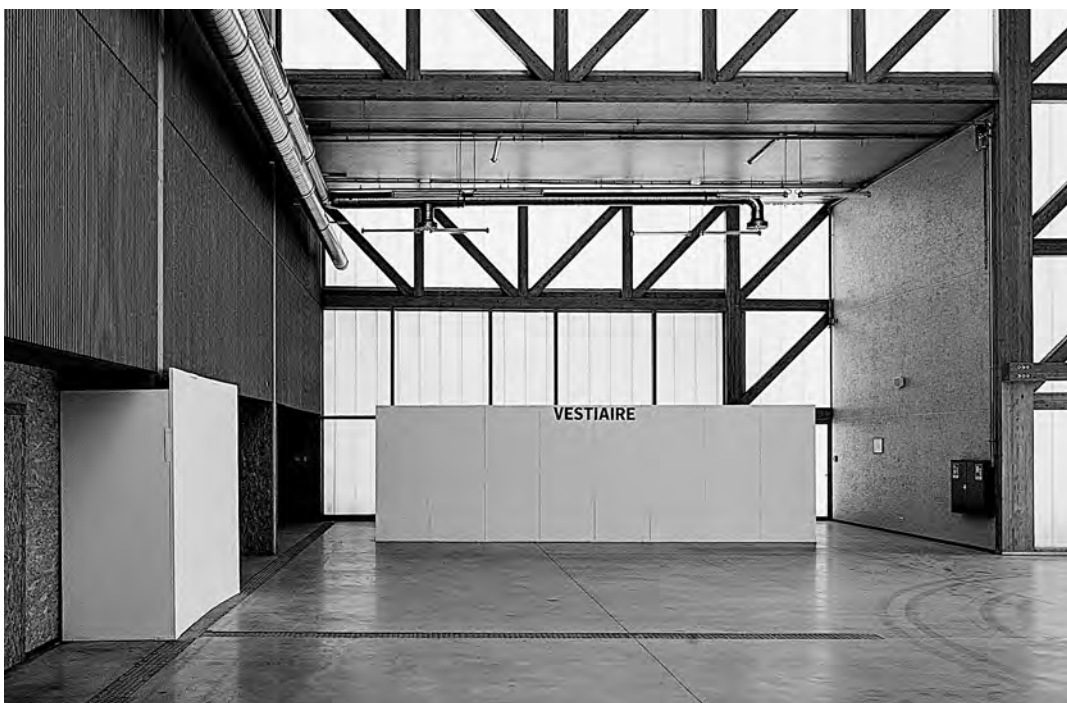
Porträt der neuen Generalsekretärin des OGBL, Nora Back, die die Führung der Gewerkschaft „partizipativer“ machen würde. Auch wenn André Roeltgen gesagt hat, „das geht nicht“

Foto: Sven Becker

Die „Studie“ der Handelskammer kann nicht darüber hinwegtäuschen: Das Geschäftsmodell der Luxexpo ist nicht mehr zeitgemäß und bisherige Versuche einer Neuausrichtung sind gescheitert

Überholt und abgehängt

Michèle Sinner



Daseinsberechtigung Äußerst fantasievoll waren die Berechnungen, die der Direktor der Handelskammer Carlo Thelen am Montag vorlegte, um der Luxexpo - The Box – der Luxemburger Messegesellschaft – eine Daseinsberechtigung herbeizukalkulieren. Als größter Aktionär der Messegesellschaft hatte die Handelskammer eine „Studie“ anfertigen lassen, die unter anderem Investitions-erhebungen, Besucherbefragungen, Modellierung von Verbrauchermessen, Modellierung von Geschäftsmessen auf der Grundlage von Befragungen von französischen Betrieben und mögliche Lecks durch Warenimporte berücksichtigt.

All das, um zu behaupten, Luxexpo generiere für die Luxemburger Wirtschaft einen Umsatz von 306 Millionen Euro und Steuereinnahmen von über 100 Millionen Euro jährlich. Zahlen, die weder Regierungsmitglieder, mit denen das *Land* sprach, für glaubwürdig hielten, noch Vertreter des zweitgrößten Messeaktionärs, der Stadt Luxemburg, obwohl die Schöffen Serge Wilmes (CSV) und Patrick Goldschmit (DP) der Vorstellung der Zahlen am Montag aus Solidarität beiwohnten. Dass die Zahlen so unglaublich sind, liegt größtenteils daran, dass in der Umsatzkalkulation der Verkauf von Immobilien auf der ehemals Herbstmesse genannten Veranstaltung Home & Living eingerechnet sind. Bei den aktuellen Immobilienpreisen kommen da schnell ein paar Millionen Umsatz zusammen. Beim aktuellen Notstand auf dem Immobilienmarkt ist es allerdings eine gewagte These zu behaupten, der Transaktionsumsatz sei auf die Ausstellung zurückzuführen, so als würden Promotoren und Immobilienhändler ohne Teilnahme an der Home & Living auf ihren Objekten sitzen bleiben.

Die Vorstellung der Zahlen war eine Abwehrhandlung und, der spürbaren Nervosität Carlo Thelens nach zu urteilen, mittelschwerer Verzweiflung geschuldet. Denn vergangene Woche hatte Infrastrukturminister François Bausch (Déi Gréng) bei der Vorstellung des Jahresberichts des Fonds Kirchberg treffsicher zusammengefasst, was viele denken: dass das zehn Hektar große Gelände der Luxexpo, das dem Fonds gehört, viel zu wertvoll sei, „um vier Mal im Jahr eine Hundeschau abzuhalten“. Seither wird intensiv darüber spekuliert, wohin die Luxexpo umziehen könnte. Bauschs Aussagen bringen nicht nur die Verantwortlichen der Luxexpo in Bedrängnis, was ihre Strategie und Konzepte betrifft. Sondern auch die Handelskammer selbst, deren Leitung in der Zwickmühle sitzt.

Investitionen in ein Abrissprojekt? Als der frischgebackene Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) bei der Eröffnung der Herbstmesse 2012 mit der Aussage: „D’Foire bleibt wou se ass!“ alle vorherigen Umzugs- und Umbaupläne kassierte und aus aktuellem Sparanlass verkündete, die Luxexpo solle gefälligst selbst die Kosten für ihre Renovierung übernehmen, weil der Staat dafür kein Geld habe, sprang die Handelskammer in die Bresche. Sie steigerte ihren Anteil an der Messegesellschaft auf rund 57 Prozent, erhöhte das Kapital und ermöglichte dadurch die 2017 fertiggestellten Renovierungsarbeiten zu finanzieren.

Das war beileibe kein Akt der Selbstlosigkeit. Zu den Missionen der Handelskammer gehört die Wirtschaftsförderung. Sie kassiert von allen Luxemburger Unternehmen obligatorische Mitgliedsbeiträge, wodurch sie in den vergangenen

Wie sinnvoll die Investitionen von Handelskammer und Luxexpo sind, ist auch fragwürdig, weil von den 20 Millionen Euro, allein 15 in den Abriss der Hallen vier und fünf und den Bau von 650 neuen Parkplätzen geflossen sind – die möglicherweise abgerissen werden, noch bevor sie in der Bilanz getilgt sind

Jahren große Reserven angelegt hat. Die Kapitalerhöhung der Luxexpo ist eine der wenigen handfesten Investitionen, welche die Handelskammer in den vergangenen Jahren im Sinne der Förderung der Luxemburger KMU getätigt hat, und die man in der Handelskammer gerne in den Vordergrund stellt, um sich Legitimität zu verschaffen. 20 Millionen Euro hat die Luxexpo seit 2014 in ihre Räumlichkeiten investiert, wie Carlo Thelen am Montag unterstrich. Dass François Bausch vergangene Woche erklärt hatte, die Luxexpo solle in mittelbarer Zukunft das Feld auf dem Kirchberg räumen, um Platz für Wohnungen, Geschäfte und Büroflächen zu machen, vermittelte den Eindruck, diese 20 Millionen Euro seien in ein Abrissprojekt investiert worden, also für die Katz.

Dieser Eindruck täuscht keinesfalls. Der Mietvertrag der Luxexpo mit der Société immobilière du Parc des expositions de Luxembourg (Sipel), die das Gelände vom Fonds Kirchberg pachtet und an die Luxexpo weitervermietet, läuft bis 2028. In der Bilanz von Luxexpo SA, heißt es in der Notiz 2.3.2 zu den Abschnitten der Sachanlagen, im Februar 2017 habe Luxexpo mit dem Luxemburger Staat ein Abkommen unterzeichnet, „qui avait pour objet d’établir le mode de continuité de l’activité de la Société indépendamment de la date contractuelle de la fin de bail 2028 (....) Cet accord a comme conséquence de permettre un amortissement sur la durée d’utilisation estimée dépassant l’échéance initiale du bail de 2028.“ Vom *Land* gefragt, was das heißen soll, erklärt Morgan Gromy, Direktor der Luxexpo, das Abkommen gewähre der Luxexpo eine „Betriebsgarantie“ damit sie auch in zehn, zwölf oder 13 Jahren „entweder hier oder anderswo einen Standort betreiben“ könne.

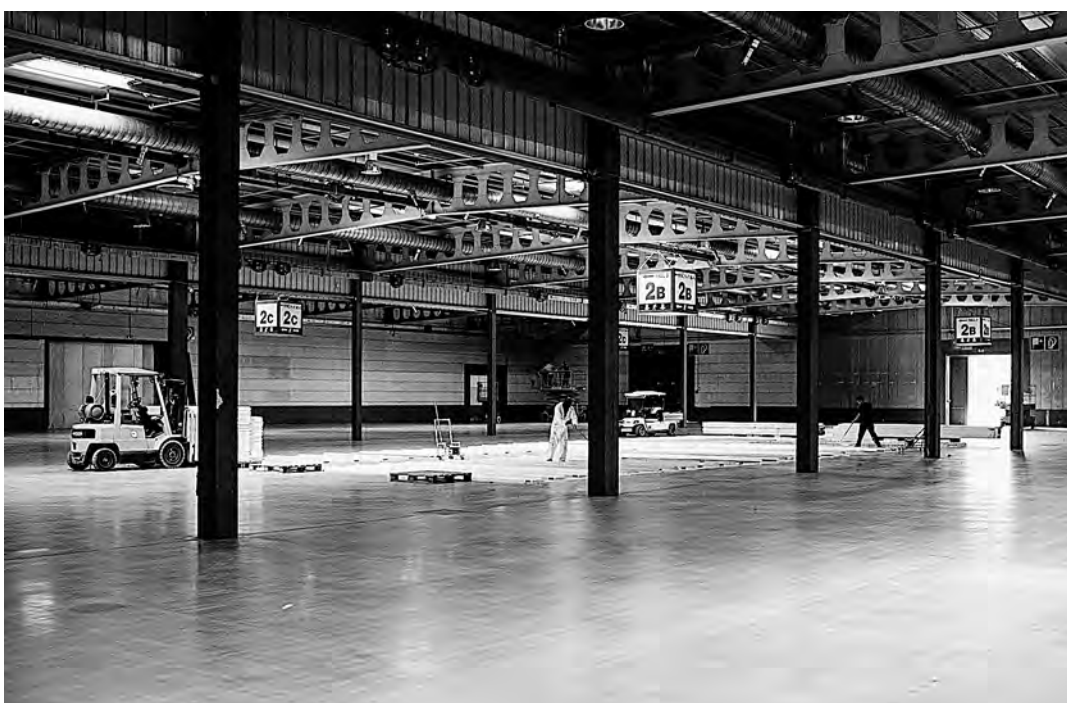
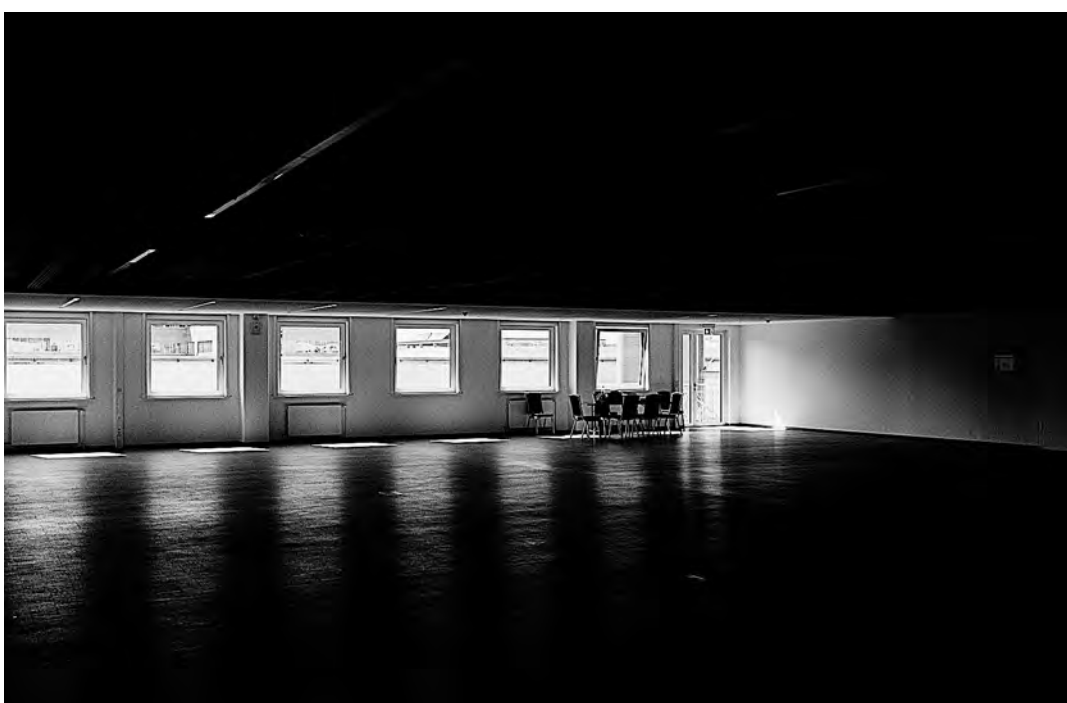
Daraus lässt sich im Klartext schlussfolgern: Luxexpo soll auch dann noch ihr neues Park-

haus in Kirchberg in der Bilanz tilgen können, wenn es möglicherweise bereits wieder abgerissen ist, weil sie ein neues Quartier bezogen hat. Denn wie sinnvoll die Investitionen sind, ist auch fragwürdig, weil von den 20 Millionen Euro, welche die Luxexpo selbst stemmt, allein 15 in den Abriss der Hallen 4 und 5 und den Bau von 650 neuen Parkplätzen inklusive der Zufahrten geflossen sind. Die restlichen fünf Millionen hat sie in die Renovierung des „Kopfgebäudes“ und in einen neuen Eingangsbereich am Süden investiert, um ihre Räumlichkeiten flexibler nutzen zu können, sowie in ihr Rebranding. Die Kosten von acht Millionen Euro für die dringend notwendigen Arbeiten zur Anpassung des Gebäudes an die Sicherheitsnormen hat die Sipel gezahlt, die dem Staat gehört.

Am Montag rühmte die Handelskammer die Tüchtigkeit der Luxexpo noch mit anderen Zahlen: 74 Veranstaltungen habe es vergangenes Jahr gegeben, 360 000 Besucher hätten ihnen beigewohnt und man habe einen Umsatz von 7,8 Millionen Euro erzielt. Dabei belief sich der Umsatz laut Bilanz auf 6,1 Millionen Euro, war im Vergleich zu 2016 rückläufig und (der am Montag nicht erwähnte) Verlust, der 2016 1,3 Millionen Euro betragen hatte, belief sich 2017 auf 2,4 Millionen Euro. Dabei wäre der Verlust von Luxexpo ohne den Parkplatzbetrieb und die Vermietung der Halle 6, in der das Olai Asylbewerber unterbringen kann, noch größer – mit diesen Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft gehören, nahm die Gesellschaft vergangenes Jahr 2,2 Millionen Euro ein.

Neue Verbrauchergewohnheiten Es sind längst nicht nur die finanziellen Aspekte, die stutzig machen. Ausgerechnet die Vertreter der Handelskammer, die zusammen mit dem Wirtschaftsministerium die Rifkin-Studie zahlten, regelmäßig von der Uberisation nach dem Taxi-Dienst Uber – der Dienstleistungsbranche reden und Arbeitnehmern Existenzängste bereiten, indem sie davor warnen, sie würden durch Computerprogramme und Roboter ersetzt, sahen Anfang der Woche großzügig darüber hinweg, dass das Geschäftsmodell von Verbrauchermessen überlebt ist, weil der Handel im Internet stattfindet. Stattdessen betonten sie, wie wichtig die persönliche Kundenberatung beim Messestand für den Geschäftsabschluss sei.

Dabei zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre in die entgegengesetzte Richtung. Die Besucherzahlen schwinden. Die Home & Living Expo zog in Kombination mit der Semaine nationale du Logement vergangenen Herbst 32 000 Besucher an, im Jahr davor 30 000. 2012 waren es noch 43 000 – trotz gleichzeitiger Prinzenhochzeit –, zwei Jahre zuvor noch 46 500. Vergangenes Jahr fiel die Home & Living flächemäßig deutlich kleiner aus. Das lag daran, dass die Handwerkskammer davon absah, wie in den Jahrzehnten zuvor, eine Halle zu mieten, um sie ihren Mitgliedern günstig zur Verfügung zu stellen. Tom Wirion, Direktor der Handwerkskammer (CDM), erklärt, in den 20 Jahren davor habe man auch selbst für die Animation in dieser Halle gesorgt und Werbung gemacht, um Besucher anzulocken. Aber die Angewohnheiten der Verbraucher hätten sich geändert und daher habe man innerhalb der CDM festgestellt: „dass viele Handwerksaktivitäten viel weniger Interesse daran haben, an so einer Messe teilzunehmen.“ „Installateure“, nennt er ein Beispiel. Interessan-



Die Luxexpo am Mittwoch: Die Auslastung der Hallen liegt laut Direktor bei 46 Prozent



Patrick Goldschmit (DP), Jos Sales und Carlo Thelen von der Handelskammer, Serge Wilmes (CSV) – am Montag stellten die beiden größten Aktionäre der Luxexpo die Ergebnisse einer Impaktstudie vor; in das Parkhaus am Südende des Geländes wurden rund 15 Millionen Euro investiert; bei der Home & Living Expo zeigen sich verstärkt Bauträger und Promotoren, darunter auch der Fonds du Logement

ter sei die Teilnahme für große Promotoren und Bauträger, die der Kundschaft konkrete Immobilienprojekte zeigen könnten. Weil die Zahl der teilnehmenden Handwerksbetriebe mit der Zeit abgenommen habe und das Organisieren von Messen nicht zum Kerngeschäft der CDM gehöre, habe man deshalb keine Halle mehr gemietet und das Anwerben von Handwerksbetrieben an die Verkäufer der Luxexpo übergeben, die, wie Wirion hinzufügt, „das wahrscheinlich besser können als wir“. Die Handwerkskammer habe aber darauf bestanden, dass die Handwerker die kommen, weiterhin von günstigen Tarifen profitieren können. Fragt man Morgan Gromy nach dieser Wendung, bestreitet er, dass sie auf rückläufige Ausstellerteilnahme aus dem Handwerksbereich zurückzuführen sei, sondern sagt: „Die Handwerkskammer hatte nicht mehr die Kapazitäten, dies zu verwalten. Wir haben die Zahl der Handwerksbetriebe sogar erhöht.“

Nicht zugehört Bei der mittlerweile in Springbreak umgetauften Frühjahrsmesse ist der Niedergang noch deutlicher: 2010 besuchten 74 083 Verbraucher die Messe, dieses Jahr waren es noch 35 000 Besucher. Auch die Aussteller beim Salon Vakanz beschwerten sich, die Besucher würden ausbleiben. Zwar sei die Messe immer noch der Startschuss für die neue Feriensaison mit neuen Angeboten, aber gebucht würde im Reisebüro und immer mehr direkt zuhause am Rechner. Erkundigt man sich bei Morgan Gromy, der für das Springbreak-Konzept verantwortlich ist, nach der Entwicklung der Besucherzahlen, antwortet er süffisant: „Die Zahlen werden nach jeder Messe mitgeteilt, sie sind öffentlich und transparent“. Auf der Webseite von Luxexpo sind die alten Zahlen aber vorsichtshalber nicht mehr verfügbar. Das Konzept des Springbreak, das auf den vier Schwerpunkten Gastronomie, Umwelt und Garten, Innovation und Kreislaufwirtschaft sowie Life Style und Bekleidung beruhe, sei noch neu, fügt Gromy hinzu. Man habe sich fünf Jahre gegeben, um damit es sich bewähren kann.

Dass die Besucherzahlen sinken, ist aber nicht nur auf ein verändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen. Und auch nicht darauf, dass die Infrastruktur der Luxexpo alt sei und es nicht ausreichend Parkplätze gegeben habe, bevor das neue Parkhaus gebaut wurde. Sondern auch darauf, dass die Luxexpo-Verantwortlichen nicht auf ihre Kundschaft hören. Die beim Salon Vakanz beispielsweise findet, die Luxexpo bewerbe die Veranstaltung nicht ausreichend, locke nicht genug Besucher an. Bei der Vakanzefoire vergangenen Januar nutzte die Luxexpo offensichtlich von der Luxair zur Verfügung

gestelltes Bildmaterial für ihre Medienkampagne. Kann es da wirklich verwundern, wenn die Aussteller fragen, warum sie der Luxexpo auch noch Standgeld zahlen sollen?

Seit Jahren beschwerten sich die Winzer, die bei der Frühjahrsmesse einer der Hauptanziehungspunkte für die Besucher darstellten, über ungünstige Öffnungszeiten und eine ungünstige Verteilung ihrer Stände durch alle Hallen. Vor zwei Jahren platzte ihnen schließlich der Kragen und sie organisierten erstmals eine eigene Messe. Im ehemaligen Standort der Messe, in der Victor-Hugo-Halle in Limpertsberg, die noch älter ist als die Luxexpo und über deutlich weniger Parkplätze verfügt. Die Expo Vin findet später im Frühjahr statt – Luxexpo hat den Springbreak auf März verlegt, was den Winzern zu früh ist, weil die neuen Jahrgänge dann noch nicht abgefüllt sind. Die Expo Vin konnte sogar La Rioja für eine Teilnahme gewonnen, die der Frühjahrsmesse mit ihrem emblematischen Stand den Rücken gekehrt hatte – und Bierbrauer. So versuchen die Winzer zu belegen, dass es nicht daran liegt, dass die Kundschaft ihren Wein mittlerweile lieber im Supermarkt oder in der Weinstube bestellt, dass ihr Umsatz bei der Luxexpo zurückging, sondern am Veranstalter.

Nach der letzten Springbreak-Ausgabe kannte Ern Schumacher, Präsident des Privatwinzerverband vor Ärger keine Zurückhaltung mehr. „Skandalös“ sei das, was Luxexpo mache. „Sie berücksichtigen die traditionellen Betriebe überhaupt nicht mehr, die Ausrichtung beschränkt sich quasi auf amerikanischen Fastfood“, so Schumacher damals gegenüber dem *Land* über die Food Trucks, die in den Messehallen aufgefahren waren, „und abends kommen Jugendliche, die in die Disko wollen, weil Konzerte veranstaltet werden“. Darüber hinaus, regte sich Schumacher auf, habe die Luxexpo den Teilnehmern am Bierfest weniger Standgeld abverlangt als ihnen, den Winzern. Er habe das alles der zuständigen Staatssekretärin Francine Closener erklärt, aber das sei, als ob man gegen eine Mauer rede, wettete Schumacher Ende März. Zumindest im Bezug auf die Luxexpo-Führung ist man geneigt, ihm zu glauben. Denn fragt man Morgan Gromy, wie er den Winzern entgegenkommen will, was er ihnen bieten möchte, damit sie zurückkommen, antwortet er patzig, man habe den Dialog nie abgebrochen und man werde mit ihnen nach einer Lösung suchen.

Eine Messe für wen? Wenn das Handwerk kein Interesse mehr an der Herbstmesse hat

und das Springbreak in ein überdachtes Musikfestival mit Esständen verwandelt wird, kann man sich fragen, für wen Luxexpo noch Messen organisiert, wenn nicht für Luxemburger und regionale Unternehmen und Vereine.

Manche fragen sich mittlerweile vielleicht sogar, ob sie den Luxemburger und regionalen Initiativen Konkurrenz macht. Das bezieht sich sowohl auf von ihr selbst organisierte Events – dazu gehören laut Bilanz Salon Vakanz, Salon des Antiquaires, Dogexpo, Springbreak Luxembourg und Home&Living Expo – sowie durch die Veranstaltungen externer Organisatoren, welche die Messehallen der Luxexpo nur mieten. Dazu zählt seit ein paar Jahren auch der Salon Art Fair (Art contemporain), die nach der ersten Art Week, die von Luxemburger Galeristen organisiert und von Museen, dem Cal und dem Kulturminister unterstützt wird, erstmals in der Luxexpo stattfand. Die Art Fair, wird von ihren französischen Organisatoren in ähnlichem Format mit den immergleichen internationalen Galerien noch in anderen europäischen Städten organisiert. Im Juli vor einem Jahr bedauerte Alex Reding, Initiator der Art Week, die wie die Expo Vin in der Victor-Hugo-Halle stattfindet, dass die Luxexpo eine Luxemburger Art Fair austragen lassen. „Eine Zusammenarbeit wäre aber schwierig“, zitierte das *Journal* Reding, „ihr Ziel ist es nicht den besten Austausch für Luxemburg zu schaffen, sondern ihre Galerien und deren Werke in Umlauf zu bringen.“ Natürlich ist auch Redings Art Week keine Benefiz-Veranstaltung, aber dass die Luxexpo einer lokalen Initiative das Wasser abgräbt, indem sie eine Luxemburger Kunstmesse verspricht, fand auch das *Luxemburger Wort* vergangenes Jahr ein wenig fragwürdig, das berichtete, „Publikum hält sich zurück“ und fragte: „Woran lag der mangelnde Zuspruch des Publikums? An den Kosten alleine schon beim Eintritt zum Rundgang? Oder an der ungenügenden Qualität der Werke an der Grenze zum Kitsch (...)“? Manchmal tritt die Luxexpo sogar selbst in Konkurrenz mit externen Veranstaltern. Sie organisiert selbst eine Dogexpo, während die Hundeschau im September, die Landwirtschaftsminister Fernand Etgen aus Tierschutzgründen verbieten ließ, von der Fédération cynologique luxembourgeoise organisiert wird.

Lasst die Experten ran! Offensichtlich ist es mit Francine Closener doch nicht ganz so, als ob man gegen Mauer reden würde, wie Ern Schumacher das meint. Denn unter ihrer Führung hat das Wirtschaftsministerium, zusammen mit dem Infrastruktur- und dem

Wenn das Handwerk kein Interesse mehr an der Herbstmesse hat und das Springbreak in ein überdachtes Musikfestival mit Esständen verwandelt wird, für wen organisiert Luxexpo dann überhaupt noch Messen, wenn nicht für Luxemburger und regionale Unternehmen und Vereine?

Finanzministerium, eine eigene Studie in der Causa Luxexpo in Auftrag gegeben. Dabei geht es einerseits darum, der Luxexpo einen neuen Standort zu suchen, damit sie die wertvollen Flächen in Kirchberg freigibt. *Land*-Informationen zufolge hat der Fonds Kirchberg den Wert des Grundstücks auf rund 300 Millionen Euro geschätzt. Und deshalb soll die Luxexpo, ebenfalls *Land*-Informationen zufolge nach Kalchesbrück umziehen (*d'Land* 28/2018). Definitiv ist das noch nicht, weil die Studie noch nicht ganz abgeschlossen ist. Am Montag stellten sich die Luxexpo-Verwaltungsratsmitglieder Carlo Thelen und Jos Sales nicht komplett gegen einen Umzug, waren aber auch nicht dafür. „Die Infrastruktur ist jetzt gut.“ Sollte die Luxexpo umziehen müssen, sei es wichtig, dass sie in ihren Lokalen arbeiten könne „bis zum letzten Tag“ und die Planbarkeit sei besonders wichtig, da große Messen mehrere Jahre im Voraus im Kalender eingetragen und gebucht würden. Die Vertreter der Stadt Luxemburg waren auch nicht offen für oder gegen einen Umzug. Sie möchten natürlich, dass die Luxexpo auf dem Gelände der Stadt bleibt, denn wenn sie ihre Aktivität als Austragungsort von internationalen Kongressen ausbaut, folgen daraus Einnahmen aus der Übernachtungstaxe in den Hotels der Hauptstadt.

Die Ministerien lassen allerdings auch untersuchen, welches Geschäftsmodell die Messe in Zukunft verfolgen soll. Francine Closener macht es wie jeder guter Manager, der seinen Angestellten schlechte Nachrichten überbringen muss: Sie hat externe, in diesem Fall deutsche, Experten engagiert, um zu analysieren, was die Luxexpo braucht, beziehungsweise, ob und welche Luxexpo Luxemburg braucht. Hat ein Messeveranstalter noch eine Zukunft, wenn Verbrauchermessen auch in größeren Ballungsgebieten im Ausland Schwierigkeiten haben? Haben Geschäftsmessen bessere Erfolgsaussichten? Soll sie hauptsächlich Kongresszentrum werden? Die Studie soll demnächst abgeschlossen sein. Zwar freuten sich am Montag die Vertreter der Handelskammer darüber, sie seien in diesen Prozess eingebunden. Doch das Herbeirufen der deutschen Experten ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass man der Geschäftsleitung allein nicht zutraut, ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell für die Luxexpo zu erstellen. Und eigentlich glaubt sogar die Handelskammer selbst nicht mehr an die Veranstaltung großer Messen, noch nicht einmal von Geschäftsmessen. Ihre Greater Region Business Days in der Luxexpo hat sie nach wenigen Ausgaben vor zwei Jahren eingestellt.

Leitartikel

Im Schweinsgalopp

Michèle Sinner

„Optakt vun enger gutt gefüllter Sëtzungswoch“ titelte *RTL* am Dienstag mit Blick auf die Tagesordnung im Parlament. Das ist eine nette Untertreibung, denn vor der Sommerpause sollen dringend noch eine ganze Reihe Gesetzentwürfe verabschiedet werden. Dass vor den Ferien plötzlich Geschäftigkeit aufkommt, ist keine Besonderheit des Politikgeschäfts; man kennt das auch aus der Baubranche. Doch da im Oktober ein neues Parlament gewählt wird, im Herbst keine weiteren Plenarsitzungen anberaumt sind und trotz der Überstunden wichtige Gesetze nicht mehr vor Ende der Legislaturperiode gestimmt werden können, stellen sich zunehmend Fragen über die Arbeitsweise im Parlament insgesamt.

Die Parlamentarier sind beileibe nicht immer Schuld, wenn etwas liegen bleibt und dann in aller Eile abgehandelt wird. Den Entwurf zur Umsetzung der für Luxemburg eminent wichtigen Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (Atad), die am 1. Januar 2019 umgesetzt sein muss, hinterlegte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) erst am 19. Juni im Parlament, obwohl er sich die Steuertransparenz auf die Fahne geschrieben und die heimische Steuerpraxis die Außenwahrnehmung Luxemburgs über die gesamte Legislaturperiode hinweg dominiert hat. Dadurch bleiben Abgeordneten und Staatsrat – und anderen Interessierten – kaum Zeit für eine würdige Auseinandersetzung mit dem Text, den viele als direkte Konsequenz der Luxleaks-Akten sehen; und das weder vor, noch

nach den Wahlen. Die Umsetzung der Atad-Richtlinie ist nicht das einzige Beispiel für den zunehmend holprigen Gesetzgebungsprozess. Die Bestimmungen zur Datenschutz-Grundverordnung sind noch nicht durchs Parlament, obwohl die entsprechende EU-Richtlinie Ende Mai in Kraft trat. Bei anderen Entwürfen wird aus Zeitmangel auf das Einholen von Gutachten verzichtet oder werden auch verfassungsrechtliche Bedenken vom Staatsrat ignoriert und dadurch Zweifel an der Rechtssicherheit in Kauf genommen. Oder auch mal in einer einzigen Kommissionssitzung ein Berichterstatter bestimmt, das Staatsratsgutachten durchgenommen und ein Abschlussbericht durchgewunken.

Seit Beginn der Legislaturperiode kam das Parlament bisher 212 Mal im Plenum zusammen, im Schnitt also 42,4 Mal im Jahr. Nächste Woche sollen dann quasi in Doppelschichten weitere fünf Sitzungen folgen. So selten wie Plenarsitzungen stattfinden, ist es kein Wunder, wenn sie sich hinziehen, obwohl die Tagesordnung im Schweinsgalopp absolviert wird. Abgeordnete jeder politischer Couleur erklären immer wieder gerne, sie würden trotz der wenigen Plenarsitzungen sehr viel arbeiten, nämlich in den Ausschüssen. Doch diese Verlagerung hat zur Folge, dass die Diskussionen zwischen Fraktionen, vielleicht sogar innerhalb, die wirkliche politische Debatte also, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Daran ändert auch die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle Wochen später

nichts, sollte es überhaupt jemandem gelingen, sie auf der unübersichtlichsten Webseite der Welt, www.chd.lu, ausfindig zu machen. Was dann in den Plenarsitzungen aufgetischt wird, ist meist ein abgekochter, lauwarmen Brei an nichtssagenden Floskeln, den die eine Fraktion rechts herum, die andere links herum aufrührt. Wenn sich also weder Presse, noch Wähler dafür interessieren, was im Plenum vor sich geht, wie LSAP-Fraktionspräsident Alex Bodry den Chamberleaks-Akten von 100,7 zufolge „genervt“ beklagte, obwohl die Presse dafür mittels Pressehilfe bezahlt werde, liegt das hauptsächlich auch daran, dass dort selten etwas von Interesse passiert.

Dabei ist diese Vorgehensweise nicht nur äußeren Umständen geschuldet, sondern sie hat Methode. Nähme sich das Parlament selbst ernst, würde es beispielsweise anders als vergangene Woche mehr als zwei Minuten für den Ergebnisbericht eines wichtigen EU-Gipfels einräumen, beziehungsweise den Staatsminister vorher auf die Tribüne bitten, damit er erklärt, mit welcher Position die Regierung in Brüssel in schwierige Verhandlungen geht. Aber kann man von einem Parlament wirklich erwarten, dass es die Regierung kontrolliert, statt sie zu schützen, wenn dessen Präsident die Tradition, nach der beim Hinterlegen des Haushaltsentwurfs auch Journalisten direkte Fragen an den Finanzminister richten durften, mit dem vielsagenden Satz „Elo keen Dialog hei!“ brach?

blog

Patrick Galbats

Viel weniger kritisch als 2014 sieht der Gemeindeverband Syvicol die Neuauflage der vier *Plans sectoriels*. Nicht zuletzt, weil die neuen Pläne für Transportwege, Landschaftsschutz, Wohnungsbau und Gewerbebezonen im Maßstab 1: 2 500 „katasterscharf“ sind und eine Gemeinde kaum vor der Aufgabe stehen wird, in ihrem kommunalen Flächennutzungsplan (PAG) zu interpretieren, was der planende Staat gemeint haben könnte. Dennoch sei laut Syvicol nicht auszuschließen, dass eine Gemeinde sich wegen der Auflagen eines Sektorplans Krach mit lokalen Grundstücksbesitzern einhandelt. Deshalb besteht der Syvicol darauf, dass sich der Staat „formell verpflichtet“, jegliche Entschädigungen zu tragen, die eine Gemeinde vielleicht zahlen müsste, wenn sie die Vorschriften der *Plans sectoriels* in ihren PAG übernimmt, und eventuelle Gerichtskosten auch. [pf](#)

Personalie

Personalie

Politik

Politik

Gesundheit

Transport

Jean-Claude Juncker,

EU-Kommissionspräsident, wird am Mittwoch, den 25. Juli, nach Washington in die Höhle des Löwen fahren, um mit US-Präsident Donald Trump und seinen Beratern im Handelsstreit zu verhandeln. Konkret geht es um drohende Zölle auf Waren aus der Europäischen Union, wie Autos, aber auch um die EU-Energiepolitik, die Trump ein Dorn im Auge ist. Juncker war zuletzt in sozialen Netzwerken massiv angegriffen worden, weil er sich beim Nato-Gipfel vorige Woche beim Gehen stützen lassen musste. Später saß er im Rollstuhl. Böse Zungen hatten behauptet, der Konservative habe zu viel getrunken. Andere kritisierten, sein Auftreten sei im Kontext eines auftrumpfenden Trump nicht förderlich für das Image der EU gewesen. Der 63-jährige Juncker selbst erklärte tags darauf, seine schmerzhaft Ischias-Entzündung werde ihn nicht abhalten, sein Mandat als EU-Kommissionspräsident bis 2019 zu erfüllen, und er wies Rücktrittsforderungen zurück. Bisher war noch keine Frau an der Spitze der EU-Kommission. [ik](#)

Dan Kersch,

Minister des Innern und des öffentlichen Dienstes (LSAP), lobte den Dienstag als „großen Tag für die Sozialpolitik in Luxemburg“: Abgeordnete aller Fraktionen stimmten der Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst zu. Beamte können geleistete Überstunden und über das gesetzliche Minimum hinausgehende Urlaubstage auf ein Konto einzahlen und diese zu einem späteren Zeitpunkt einlösen. Bis zu 1 800 Stunden dürfen angespart werden. Gemeindemitarbeiter sollen über ein großherzogliches Reglement demnächst von der Regelung profitieren. Angestellte der Privatwirtschaft müssen sich indes weiter gedulden. Zwar hat Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) im Juni einen Entwurf für Zeitsparkonten in der Privatwirtschaft vorgelegt, aber die Positionen von Gewerkschaften und Patronat liegen weit auseinander. Sowie so stellt sich die Frage, wer von der Regelung profitieren wird. Die Beamten jedenfalls, bedeutsame und deshalb gehätschelte Wählergruppe, dürfen sich nach einer üppigen Anhebung der Essenszulage auf ein weiteres Geschenk aus dem Innenministerium freuen (Foto: Sven Becker). [ik](#)

Kohärenz auf Raten

Seine Partei stehe „nicht für Revanchismus“, sondern werde im Falle eines Wahlsiegs am 14. Oktober punktuelle Änderungen an unter der DP-LSAP-Grüne-Regierung verabschiedeten Gesetzen vornehmen, sagte CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler auf einer Pressekonferenz am Mittwoch. Damit ist klar: Die CSV wird Reformen, wie die des Scheidungsrechts oder in der Steuerpolitik, die sie teils massiv kritisiert hatte, zwar nicht komplett zurückdrehen, aber „nachbessern“. Parteichef Marc Spautz, Generalsekretär Laurent Zeimet und Wiseler hatten am Mittwoch den ersten von drei Teilen des in vielen Arbeitssitzungen diskutierten und mit 480 Änderungsanträgen versehenen *Plan für Luxemburg* vorgestellt, wie die CSV ihr Wahlprogramm nennt. Die anderen Teile sollen am 13. August und 10. September folgen, das gesamte Programm am 15. September vorliegen. Im ersten Teil, der nicht der Chronologie der Endversion entspricht, liegt der Akzent ganz auf dem Thema Wachstum, dessen Folgen organisatorisch besser aufgefangen werden sollen: Die CSV will mehr Verantwortung für die Kommunen, deren Zahl bis 2029 nach einer breiten Debatte schrumpfen soll und die professioneller funktionieren sollen. So sollen Gemeinden in die Lage versetzt werden, „zu tun, was von ihnen erwartet wird“. Das Space Mining-Programm der blau-rot-grünen Regierung stellt die CSV nicht in Frage, gibt sich aber vor allem als Unterstützer mittelständischer Unternehmen. [ik](#)

Lästiges Übel

Einen Tag früher als zunächst geplant, am Mittwoch, verabschiedeten die Abgeordneten von DP, LSAP und Grünen mit den Stimmen der CSV das Transparenzgesetz, das BürgerInnen mehr Einsicht in öffentliche Dokumente bieten soll. Der Mouvement écologique nennt den Text allerdings ein „Informationsverhinderungsgesetz“, das „scheinbar sehr bewusst den Weg eines abwehrenden Obrigkeitsstaats“ einschlägt, der „das Interesse von BürgerInnen für Informationen nicht als wichtigen Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft erachtet, sondern eher als lästiges Übel“. Das vernichtende Urteil der Umweltorganisation erstaunt nicht. Sie hatte ein sehr kritisches Gutachten zum Erstentwurf verfasst, wie auch der Presserat und die Journalistenvereinigung. Zu den Kritikpunkten zählen neben zu langen Antwortfristen, vielen vagen Ausnahmebestimmungen, die je nach Auslegung den Zugang eher behindern, auch die Möglichkeit der Verwaltungen, ein Informationsersuchen ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Die „Verschlimmbesserungen“ des Ursprungstextes, wie es der Méco nennt, erfolgten im von der DP-geführten Medienausschuss. Dass diese Regierung Transparenz verspricht, aber häufig das Gegenteil umsetzt, war zuletzt beim Archivgesetz zu sehen, demzufolge Steuerdokumente der Öffentlichkeit für ein Jahrhundert vorenthalten werden sollen (*d’Land* vom 13.7.). Ein Aufkunftsrecht für JournalistInnen im Rahmen des Pressegesetzes wollte die DP-LSAP-Grüne-Regierung, obschon ein Textvorschlag des Presserats vorlag, nicht einführen. [ik](#)

Kommt die Zockersteuer?

Die vom Regierungsrat vor zwei Wochen gutgeheißen Fortsetzung des Aktionsplans *Gesond iessen*, méi bewegen werde aus Termingründen erst zur *Rentree* veröffentlicht, teilte das Gesundheitsministerium auf Anfrage mit. Dann klärt sich auch, ob der Aktionsplan eine Taxe auf Zusatzzucker in Süßgetränken vorschlägt. Vor einem Jahr war LSAP-Gesundheitsministerin Lydia Mutsch von der Idee abgerückt, eine „Zockersteuer“ als Einzelmaßnahme einzuführen: Eine Taxe, die „die Leute nicht als schon wieder eine neue Steuer verstehen“ sollten, mache nur Sinn, wenn sie in den neuen Aktionsplan „eingebettet“ werde – neben vielen weiteren Initiativen zur Prävention. Mutsch ließ sich damals so verstehen, als werde die „eingebettete“ Taxe in einer ersten Phase nicht hoch ausfallen und zunächst einen „Gesundheitsfonds“ speisen helfen (*d’Land*, 25.8.17). Fragt sich, ob die Koalition kurz vor den Wahlen ein Interesse daran haben kann, den Anschein selbst einer kleinen „neuen Steuer“ zu wecken. Beschließen müsste sie ohnehin die nächste Regierung. Dem *Land* ließ Lydia Mutsch ausrichten, „als Gesundheitsministerin ist für mich vor allem eine bessere Aufklärungsarbeit wichtig“. [pf](#)

Bahnqualität

Trotz Problemen mit Baustellen im Netz haben die CFL im ersten Halbjahr 2018 rund 600 000 Fahrgäste (+5,1%) mehr befördert als zwischen Januar und Juni 2017. Die Pünktlichkeit habe sich ebenfalls leicht verbessert, so die CFL-Direktion am Mittwoch. Ermöglicht wurde das trotz überlastetem Netz und Baustellen nicht zuletzt durch die Fahrplanänderung vom Dezember. Für manche Züge wurden Zwischenhalte gestrichen, das Taktschema wurde zum Teil aufgebrochen, um im Fahrplan Reserven bei Verspätungen einzubauen. Dennoch erklärte sich bei einer Befragung unter 884 Passagieren die große Mehrheit für zufrieden mit den Änderungen: 88 Prozent halten sie für „praktisch“, 68 Prozent finden die Bahn seitdem „schneller“. An Kundentreue gewann sie auch: 16 Prozent der Befragten nehmen den Zug nun „öfter“, 12 Prozent nutzen ihn seit dem Fahrplanwechsel überhaupt. Die Bahn will künftig alle sechs Monate die Qualität ihrer Leistungen öffentlich bilanzieren. [pf](#)

Nachtrag

Ein Änderungsantrag zum Wahlprogramm auf dem Kongress der Grünen (*d’Land*, 6.7.2018) war von Carlo Back (Medizinphysiker) und Jean-Marc Cloos (Arzt) eingebracht worden. Nach der Annahme eines gemeinsam mit Marc Hansen (Apotheker) und anderen verfassten Alternativvorschlags zogen sie den Antrag zurück.

Wahlprogramme (5)

Nach der Saat die Ernte

Romain Hilgert

Die Sozialisten seien die Lobbyisten jener, die am Ende des Monats Schwierigkeiten hätten, die Enden zusammenzubringen, sie wollten den Sozialstaat dort verbessern, wo er am meisten benötigt werde. LSAP-Wirtschaftsminister Etienne Schneider, der 2013 angetreten war, um die Fenster weit aufzureißen und den CSV-Staat zu entstauben, ließ auf dem Limpertsberger Programmkongress am Donnerstag voriger Woche keinen Zweifel daran, dass die LSAP in diesem Wahlkampf voll auf ihren historischen Geschäftsfundus, den Sozialstaat, setzt. Die Meinungsumfragen lassen die Partei besonders in ihrer Hochburg, im industriellen Südbezirk, Verluste befürchten, und diese Wähler holt man nicht mit Asteroidenbergbau zurück.

Der Erhalt der Rentenversicherung und der automatischen Indexanpassung, eine Mindestlohnerhöhung um 100 Euro netto zu Beginn der Legislaturperiode seien bei Koalitionsverhandlungen eine rote Linie und ein Contrat social, beteuerte Etienne Schneider. Parteipräsident Claude Haagen hatte auf dem Parteitag Ende März auch noch die Verallgemeinerung des Drittzahlers in der Krankenversicherung und Steuervergünstigungen für Alleinerziehende in der Steuerklasse 1a zu den „roten Linien“ gezählt. Sie stehen aber im Wahlprogramm.

Nach dem Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise während der vorigen Legislaturperiode und nach der wirtschaftlichen Konsolidierung während der gegenwärtigen Legislaturperiode müsse die nächste dazu dienen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, versprach Etienne Schneider. Das heißt, die Partei hat fünf Jahre gesät, auch mit Mehrwertsteuererhöhungen und Kindergeldkürzungen; wenn die Wähler nun ernten wollen, müssen sie noch einmal die LSAP wählen.

Während Jahren, Jahrzehnten wollte die LSAP sich damit begnügen, den Sozialstaat vor einer Demontage wie in anderen Ländern zu schützen, wenn sie nicht gleich vor jeder neoliberalen Mode kapitulierte. In der Besinnung auf ihr politisches Kerngeschäft rangiert unter den „großen Herausforderungen und Prioritäten für die kommenden Jahre“ nun die Stärkung und Absicherung des Sozialstaats an erster Stelle, Klima- und Umweltschutz beispielsweise kommen erst auf Platz zwölf (S. 6). Ein ausgerechnet von dem ehemaligen Gewerkschafter Mario Castegnaro eingebrachter Antrag zugunsten eines bedingungslosen Grundeinkommens verwarf der Programmkongress nach energischen Einwänden von Etienne Schneider und Arbeitsminister Nicolas Schmit.

Selbstverständlich versprochen die Wahlprogramme der LSAP immer wieder die eine oder andere soziale Verbesserung, meist schon bescheiden im Rahmen eines Koalitionsangebots an die CSV. Aber nun verkündet die LSAP das Ende der Bescheidenheit und will die in den Achtzigerjahren in Vergessenheit geratene Vorstellung von sozialem Fortschritt als politisches Programm wiederbeleben. Nicht durch Tarifverträge und sozialpartnerschaftliche Abkommen, wie sie inzwischen selbst von Gewerkschaften bevorzugt werden, sondern durch allgemeinverbindliche Änderungen des Arbeitsrechts für alle. Neu daran ist vor allem, dass die Partei erstmals wieder daran glauben will, ihre Versprechen vom sozialen Fortschritt auch halten zu können. Wie, weiß sie nicht genau, denn sie vertraut da nicht auf die Kampfbereitschaft des OGBL, sondern auf die legendäre Unverfrorenheit ihres im März mit 94,74 Prozent der Delegiertenstimmen gekrönten, oft als linksliberal kritisierten Spitzenkandidaten. Und sie hofft, dass die Wähler auch daran glauben werden. Im Kleingedruckten kann man manchmal nachlesen, wer zahlen soll. Wenn etwa der Mindestlohn nicht um 100 Euro brutto, sondern netto erhöht werden soll.

Dass nun die Stunde des sozialen Fortschritts schlagen soll, begründet die LSAP mit der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Produktivitätsgewinne aus der Digitalisierung der Wirtschaft. Da aber selbst der unverbesserliche Optimist Jeremy Rifkin diese Produktivitätsgewinne in fernerer Zu-

kunft jenseits der nächsten Legislaturperiode sieht, geht die LSAP, wie die DP, wohl eher davon aus, dass bei fünf Prozent Wirtschaftswachstum kein Grund zur Knauserigkeit besteht – und hofft, dass die gute Konjunktur noch etwas anhält. So dass sogar das Versprechen der „Vollbeschäftigung“ eingehalten werden könnte: „In der nächsten Legislaturperiode soll die Arbeitslosenquote auf unter 4 Prozent gesenkt werden, das Erreichen dieses Eckwerts gilt als Vollbeschäftigung“ (S. 56).

zu den „roten Linien“ bei Koalitionsverhandlungen. Die Jungsozialisten hatten in einem Antrag die 35-Stundenwoche vorgeschlagen, aber Wirtschaftsminister Etienne Schneider rechnete vor, dass dies einer Lohnerhöhung um 12,5 Prozent gleichkäme, die gegenüber den Sozialpartnern nicht durchsetzbar sei. Die JSL zog ihren Antrag zurück.

„Für die LSAP gibt es keine Notwendigkeit, den Unternehmenssteuersatz weiter zu senken“, heißt

das heißt nicht während der kommenden Legislaturperiode, eingeführt werden. Die 2013 versprochene Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird nicht mehr erwähnt, das Wort „Erbschaftsteuer“ fällt auf den 109 Seiten nicht.

Die Partei plädiert für „ein angemessenes Wirtschaftswachstum“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Finanzierung des Sozialstaats (S. 64) und will Luxemburg auch nach dem Rückzug der

Die Partei will erstmals wieder daran glauben, ihre sozialpolitischen Versprechen halten zu können. Wie, weiß sie nicht genau, aber sie vertraut auf die legendäre Unverfrorenheit ihres Spitzenkandidaten

ner vorsichtigen Ergänzung zum Wahlprogramm beantwortet, um „ein Recht auf Teilzeitarbeit aus familiären Gründen“ bis zum 12. Lebensjahr eines Kindes zu schaffen, bei der „der Staat die Beiträge zur Rentenversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil“ übernehmen soll (S. 21). Nachdem die DP den kostenlosen Personentransport versprochen hatte, reichten die Jungsozialisten einen fast einstimmig gutgeheißenen Änderungsantrag nach, der nach einigen zusätzlichen Änderungen festhält, dass die LSAP sich während der nächsten Legislaturperiode „für kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr“ einsetzen und gleichzeitig das Angebot verbessert wird. Auch die LSAP will eine schnelle Trambahn zwischen Luxemburg und Esch/Alzette. Um die CSV auf dem familienpolitischen Terrain zu schlagen und Kritiken an der Kindergeldreform von 2016 abzublocken, will die Partei „ab 2019 das Kindergeld strukturell erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen“ (S. 22).

Die langfristige Finanzierung der Rentenversicherung könne durch „alternative Einnahmequellen (z.B. eine Finanztransaktions- oder eine Robotersteuer)“ (S. 45) gewährleistet werden, aber das Wort „langfristig“ steht in Wahlprogrammen stets für „unverbindlich“. Doch wie die meisten Parteien zeigt die LSAP sich etwas vorsichtiger in ihrer Begeisterung für die Finanzbranche. Sie schreibt skeptisch über Schattenbanken und andernorts von der Regierung geförderte Kryptowährungen und will die Sanktionsmöglichkeiten gegen Finanzakteure „verschärfen“ (S. 67). Die LSAP hält auch am Tanktourismus fest, den selbst die Grünen nur noch „mittelfristig verringern“ wollen. Denn „höhere Spritpreise“ würden zwar „den Tanktourismus tendenziell verringern und den Treibstoffverkauf zunehmend in unsere Nachbarländer verlagern“, die globale CO₂-Bilanz verbessere dies aber nicht und es schade den Staatseinnahmen.

Die Immobilienpreise sollen durch eine nationale Spekulationssteuer auf ungenutzten Immobilien, eine Wertschöpfungsabgabe auf umklassiertes Bauland, Enteignungen, eine Mietpreisbremse und einen staatlichen Baulandfonds gebremst werden. Der *Bëllegen Akt* soll um 10 000 Euro pro Kind und der Höchstbetrag für Bauarbeiten, auf dem lediglich drei Prozent Mehrwertsteuer erhoben werden, von 50 000 auf 60 000 Euro erhöht werden.

Im Bildungswesen verspricht die LSAP „den landesweiten Ausbau von öffentlichen Ganztagschulen“ (S. 49) und eine „Ausweitung der Ausbildungspflicht auf 18 Jahre“ (S. 51). „Cannabis-Verkauf und -Konsum auch für rekreative Zwecke ab 18 Jahren“ (S. 17), und „Anpassung des legalen Alters für den Kauf von alkoholischen Getränken von derzeit 16 auf 18 Jahre“ (S. 41). Die LSAP lehnt ein nationales Referendum über Zwangsfusionen von Gemeinden ab. Nach der aus dem privatwirtschaftlichen Managerismus übernommenen Mode der Audits und der in Frankreich beliebten nationalen Kommissare entdeckt die LSAP nun die diejenige der Observatorien: Sie will „ein unabhängiges Observatorium für die Evaluierung öffentlicher Politiken“ (S. 11) und ein „Observatoire de laïcité et du fait religieux“ (S. 18).

Das LSAP-Wahlprogramm verkündet das Ende der Bescheidenheit und will die Vorstellung von sozialem Fortschritt als politisches Programm wiederbeleben

In Absprache mit der Parteiführung und dem Spitzenkandidaten hatte der zur Parteilinken zählende Innenminister Dan Kersch einen Änderungsantrag der Sektionen Schiffingen und Käerjeng vorgebracht. Darin „befürwortet die LSAP eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf ein gesetzlich festgelegtes Maximum von 38 Stunden pro Woche“. Mit dem gleichen Antrag wurde auch noch eine sechste gesetzliche Urlaubswoche ins Wahlprogramm geschrieben, wenn „der Jahresurlaub im Privatsektor während einer Fünf-Jahresperiode jährlich um 1 Tag verlängert“ wird (S. 57). Allerdings gehört die Arbeitszeitverkürzung nicht

es im Wahlprogramm (S. 75). Dafür wird sie aber „im Rahmen einer weiteren Steuerreform die mittleren und unteren Einkommen entlasten und dabei verstärkt Alleinerzieher, Mindestlohnbezieher und Verwitwete berücksichtigen“, auch als Gegenleistung für eine Erhöhung der Grundsteuer durch die Neubewertung aller Immobilien. Die Steuerklasse 1a für Verwitwete und Alleinerziehende, deren Steuergutschrift „deutlich angehoben“ wird, soll nicht abgeschafft, sondern „im unteren Bereich günstiger gestaltet“ und so „an die Steuerklasse 2 angenähert“ werden (S. 74). Die Individualbesteuerung soll lediglich langfristig,

geplanten Steinwolle-Fabrik als „Produktions- und Industriestandort erhalten“ (S. 63). Durch ihre Herkunft aus der Arbeiterbewegung bleibt die LSAP „produktivistisch“, dabei ist sie wie kaum eine andere Partei zu einer Beamtenpartei geworden. Sie hatte nun das Glück, mit Dan Kersch den großzügigen Minister zu stellen. Deshalb verspricht sie ausführlich „die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept“ (S. 9).

Die Offensive der DP für eine unentgeltliche Verlängerung des Elternurlaubs hat die LSAP mit ei-

Porträt der neuen OGBL-Generalsekretärin Nora Back

Die Nora von der coolen Clique

Peter Feist

Kaum hat Nora Back vor ihrem Journalistenbesuch Platz genommen, wird sie von einem Hustenanfall gepackt. „Furchtbar“, keucht sie, „mitten im Sommer bin ich krank!“ Vielleicht liege das an der Anspannung der letzten Monate um die Kollektivverträge im Klinik- und im Pflegewesen und den elftägigen Pflegeheimstreik, den sie angeführt hatte. Sie spekuliert: „Steht der Körper unter Adrenalin, ist ihm nicht erlaubt, krank zu werden. Zieht das Adrenalin sich zurück, schlägt die Krankheit zu.“ Körper und Geist hängen halt irgendwie zusammen, und Nora Back weiß wahrscheinlich, wovon sie spricht: Für Biologie und Medizin hat sie sich immer interessiert, und Psychologin ist sie.

Vor zweieinhalb Wochen wählte der Nationalvorstand des OGBL sie zur Generalsekretärin. Der Posten ist in den Statuten der Gewerkschaft nicht ausdrücklich vorgesehen und dient traditionell zur Vorbereitung aufs Präsidentenamt: Jean-Claude Reding war Generalsekretär von John Castegnaro, ehe er ihm nachfolgte, André Roeltgen war Redings Generalsekretär, bevor er Präsident wurde. So sei das auch bei ihr „gedacht“, erzählte Nora Back ohne zu zögern eine Woche nach ihrer Wahl dem *Radio 100,7*. Nach der christlichen Transportgewerkschaft Syprolux mit ihrer Präsidentin Mylène Bianchi stünde dann auch an der Spitze der größten Gewerkschaft des Landes eine Frau.

Das hält Nora Back selber zwar für einen „Scoop“, will es aber nicht überbewerten. Es sei Ausdruck der „Offenheit“ des OGBL, dessen Mitglieder etwa *fifty-fifty* Männer und Frauen seien, unter den Mitarbeitern seien die Frauen sogar „leicht in der Überzahl“. Außerdem ist sie seit 2009 Zentralsekretärin des mitgliederstarken Syndikats Gesundheits- und Sozialwesen, das unter ihr nahezu jedes Jahr mindestens einmal durch eine Protestkundgebung mit vielen Teilnehmern auf sich aufmerksam macht. Und es ist nicht übertrieben zu sagen, dass das Syndikat mit Nora Back eine besonders medienwirksame Sprecherin für die Interessen seiner Mitglieder hat: Die 39-Jährige macht nicht den Eindruck einer Funktionärin, sondern versteht es, die Sache, um die es geht, zu vertreten als sei es ihre ganz persönliche. Diese Appelle an die Emotionen mögen nicht immer Empathie beim Gegenüber wecken, aber zumindest Interesse. Back ist „authentisch“, um das schon ziemlich abgegriffene Attribut zu benutzen: Sie lacht, gestikuliert, insistiert und redet gern. Manchmal redet sie zu viel und erzeugt ein Klassenkampfpfados. Aber nur manchmal.

So gesehen, ist Nora Back eine interessante Wahl als Anwärtin auf den Spitzenposten beim OGBL, der sich in seiner Führung verjüngen und sich für die Herausforderungen all dessen wappnen will, was der Optimist Jeremy Rifkin eine „nachhaltige“ Zukunftsvision für Luxemburg genannt hat. Nach John Castegnaro, dem Arbeiterführer, der bald nach seinem Abschluss in der *Léierbud* der Arbed in den Gewerkschaftsapparat eintrat, wäre Nora Back nach Jean-Claude Reding und André Roeltgen die dritte Intellektuelle als OGBL-Vorsitzende, doch kaum eine so distanzierte wie der Lehrer Reding, vielleicht aber auch weniger aggressiv als der aktuelle Präsident Roeltgen. „Ich kann gut mit Menschen!“, sagt Nora Back über sich selbst. Um gleich nachzuschieben, „in Verhandlungen kann ich aber auch ganz ernst und hart werden“. Kontrahenten aus Kollektivvertragsverhandlungen beschreiben sie als eine, die sage, was sie haben will, und sich dann schwer davon abbringen lasse. Darauf angesprochen, legt Nora Back ihre Stirn in Falten, ehe sie einräumt, „kann sein, dass ich manchmal stur rüberkomme“.

Schon in jungen Jahren in linken Gruppen politisiert wurde sie nicht; das unterscheidet sie von Jean-Claude Reding und André Roeltgen. Reding war in den Siebzigerjahren im Kommunistischen Bund Luxemburg aktiv, ehe er sich Anfang der Achtziger mit ein paar Gefährten der Gréng Alternativ Partei (GAP) anschloss und bis in ihre Führung aufstieg, ehe er sie 1985 wieder verließ.

Roeltgen wiederum gehörte Ende der Siebzigerjahre zu den Schülern, Studenten und Lehrlingen, die als Fachleute zur Gewerkschaft gekommen sind, um anschließend ihren Aufstieg im Apparat anzutreten. Nora Back wird 2004 Stellvertreterin Pit Schreiners, dem damaligen Zentralsekretär des



Nora Back in ihrem Büro mit Memorabilia vergangener Kämpfe an der Tür

konnten. Manche Aktivisten von damals zog es später in die Parteipolitik und sie wurden Bürgermeisterin wie Vera Spautz, Minister wie Dan Kersch oder Parteipräsident wie Christian Kmiolek. André Roeltgen trat nie einer Partei bei.

Verglichen damit, verlief Nora Backs Politisierung unspektakulärer und gewissermaßen über die Familie. „Mein Großvater war Schmelzarbeiter, und jeder bei uns daheim war im LAV beziehungsweise später im OGBL.“ Politik war in der Familie immer ein Thema, „meine Eltern hielten darauf, dass ihre Kinder Zeitung lasen, sich informierten“.

Nach dem Abitur weiß sie zunächst nicht recht was sie will, interessiert sich für Biologie und Medizin, aber auch für Psychologie. Und für den Journalismus. Fast hätte sie in Brüssel Journalistik studiert, entscheidet sich aber für Psychologie und spezialisiert sich nach drei Jahren in Arbeitspsychologie. „Das Klinische oder Therapeutische hat mich weniger interessiert, viel mehr der Mensch in der Arbeitswelt.“ Für ihren Master geht sie in eine Abteilung *Bien-être au travail* der Fortis-Bank. Nach dem Studienabschluss wird sie dort angestellt und kann sich vorstellen, in Brüssel Wurzeln zu schlagen, „weil das eine tolle Stadt ist“. Doch dann sucht der Chef einer jungen Luxemburger Firma an der Brüsseler Uni nach einem Arbeitspsychologen, der Luxemburgisch spricht. Ihr früherer Master-Mentor erzählt Nora Back davon, und sie meint, ihr Job bei der Bank sei vielleicht so sicher nicht. „So manche meiner Ex-Studienkollegen hatten keinen und jobbten in Pizzerien.“ So kommt sie zur Firma Quest in Bonneweg. Was sie spannend findet, denn der Betrieb ist jung und „eine Garagen-Firma, in der wir alles selber machten“. Marktforschung und Marketing ist am Ende aber nicht ihre „Welt“. Sie steigt bei Quest aus und sucht den Wiedereinstieg in die Arbeitspsychologie. Unter ihren vielen Bewerbungen ist auch eine beim OGBL. Eines Tages ruft Jean-Claude Reding sie an: John Castegnaro wolle mit ihr sprechen. Als sie am 1. November 2004 beim OGBL anfängt, ist sie 25. Im Grunde hätte es auch ein anderer Betrieb sein können.

Mit diesem Werdegang ist Nora Back typisch für die junge Generation von OGBL-Funktionären, die als Fachleute zur Gewerkschaft gekommen sind, um anschließend ihren Aufstieg im Apparat anzutreten. Nora Back wird 2004 Stellvertreterin Pit Schreiners, dem damaligen Zentralsekretär des

Syndikats Gesundheits- und Sozialwesen, das dieser von André Roeltgen übernommen hatte. Fünf Jahre managen Back und Schreiner es gemeinsam.

„Unser Syndikat ist nicht unbedingt das kampferprobteste“, findet Nora Back, „aber wir hatten viele harte Auseinandersetzungen zu schlagen.“ Sie bekomme manchmal gesagt, „eure Leute sind leicht zu mobilisieren“, aber so leicht sei das nicht. Blickt man auf die letzten Jahre zurück, gelang es aber gerade diesem Syndikat, mit der Mobilisierung seiner Basis entweder zu drohen, oder sie wahrzumachen und damit der nächsten Drohung mehr Substanz zu verleihen.

Und falls es zutrifft, dass der OGBL stark ist, solange er es nicht nötig hat, seine Stärke unter Beweis zu stellen, dann hat ihm das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen spätestens seit Februar 2017 strategisch wesentlich genützt: Damals drohte das Syndikat das Bettendorfer Sodexo-Pflegeheim zu bestreiten. Dessen Direktion wollte mit einem Sozialplan Mitarbeiter mit dem alten Klinik-Statut, das vorteilhafter ist als der Kollektivvertrag für das Pflegewesen, zum Übertritt in Letzteren zwingen. Als die Regierung zusagte, die Konvention mit Sodexo neu zu verhandeln, lenkte das Unternehmen ein, in der Erwartung von mehr Geld vom Staat. Nora Back blies den Streik in letzter Minute ab und konnte dennoch einen Erfolg verbuchen. Im Juni war er noch größer: Elf Tage Pflegeheimstreik, und am Ende machten Regierung, OGBL und Pflegedienstleisterverband Copas ab, auf welchem Weg der Verbleib von über 600 in der Branche Beschäftigten im Klinik-Kollektivvertrag finanziert werden kann. Und wie ihnen dabei bis zur Pensionierung die aufgewerteten Karrieren garantiert werden können, die sich aus der Übernahme des reformierten Staatsbeamtenstatus in den parastaatlichen Klinik- beziehungsweise Pflegesektor ergeben.

Doch, sagt Nora Back, dass nach dem von ihr durchgezogenen Streik der OGBL erhielt, was er wollte, habe „eine Rolle gespielt“ bei ihrer Nominierung zur Generalsekretärin durch das zehnköpfige Exekutivbüro, die Machtzentrale der Gewerkschaft. Dass der Streik nur „Show“ gewesen sei, um sich gut zu positionieren im Rennen um die Roeltgen-Nachfolge, bestreitet sie energisch. „Das hat der LCGB behauptet.“ Auch habe es keinen Konkurrenzkampf im Exekutivbüro gegeben, aus dem laut OGBL-Statuten der Präsident



Als Präsidentin würde sie die Führung des OGBL „partizipativer“ gestalten, weg vom überragenden Gewerkschaftsvorsitzenden. Obwohl André Roeltgen ihr gesagt hat, „das geht nicht“

Das Problem für den OGBL ist freilich, dass es in der Arbeitswelt künftig viel weniger Schutz geben könnte, falls der technologische Fortschritt, zunehmende Vernetzung und Computerisierung die Arbeitsverhältnisse prekärer machen und Scheinselbstständigkeit und befristete Anstellung häufiger. Der OGBL sei schon heute die Gewerkschaft, die gegen prekäre Verhältnisse eintritt und sich zum Beispiel auch für Putzfrauen einsetzt, insistiert Nora Back. Doch den Sprung aus dem Syndikat für den geschützten Sektor an die Spitze der Gewerkschaft, die für alle da sein will, muss sie selber noch vollziehen. Dass sie erst nach den Sozialwahlen im Frühjahr 2019 das Generalsekretärinnenamt antritt, erleichtert sie. „Die Monate werde ich brauchen, um in den Sattel zu kommen. Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, alles easy!“ Und als Präsidentin scheint sie sich noch nicht zu sehen: Beim Nationalkongress im Dezember 2019 werde André Roeltgen ein weiteres Mal kandidieren, theoretisch könnte er nach der Wiederwahl bis Ende 2024 Präsident bleiben. Von dem ungeschriebenen Gesetz, kein OGBL-Präsident sollte älter sein als 60 – Roeltgen erreicht dieses Alter nächstes Jahr – will Nora Back nichts wissen: „Das hatte John Castegnaro in die Welt gesetzt. Wenn ich André Roeltgen wäre, würde ich sagen, so ein Gesetz gibt es nicht!“

Dass eine angehende Gewerkschaftsführerin kein Problem hat, gegenüber der Presse von Selbstzweifeln zu erzählen, ist bemerkenswert aufrichtig. Es zeigt aber auch, dass Nora Back noch die politischen Reflexe fehlen, die über das Ressort hinausreichen, das sie seit 14 Jahren gewohnt ist. Was die Führung der Gewerkschaft angeht, die heute der Präsident überragt, möchte sie die „partizipativer“ gestalten. „Auch wenn André Roeltgen mir gesagt hat, das geht nicht“, zum Beispiel weil die Politik einen einzigen Ansprechpartner im OGBL brauche. „Ich möchte das trotzdem ändern“, bekräftigt sie, denn für die Gewerkschaft würden „immer mehr junge und hochkompetente Leute“ arbeiten. Eine „richtig coole Clique“, auf die Nora Back sich später stützen will. Für den stark zentralistisch funktionierenden OGBL wäre das am Ende die größere Veränderung als allein der Umstand, eine Frau an der Spitze zu haben.



Mitarbeiterinnen des Pflegeheims in Bartringen beim Streik Anfang Juni



Wichtig bei grenzüberschreitender Kriminalität: Die polizeiliche Spurensicherung macht nicht vor Ländergrenzen halt

Zweifel? Egal!

Ines Kurschat

Rekordverdächtige 22 Minuten brauchten die Abgeordneten vergangene Woche, um die Richtlinie zur Europäischen Ermittlungsanordnung in nationales Recht umzusetzen. Mit 60 Stimmen war es eines der wenigen Projekte dieser Regierungskoalition, die von allen Parteien – von ganz links bis ganz rechts – ohne Gegenstimme gutgeheißen wurde.

Die rasche Verabschiedung hat einerseits damit zu tun, dass Luxemburg, statt europäischer Muster-schüler zu sein, wieder einmal Nachzügler ist und die Frist vom 1. April 2018, bis wann die Brüsseler Richtlinie in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollte, bereits deutlich überschritten hat. Es herrschte Zeitdruck, wie so oft bei der Umsetzung von Vorgaben aus Brüssel, wie Léon Gloden von der CSV in seiner Rede bemängelte.

Das erklärt aber nicht, warum die Debatte in der Abgeordneten-kammer so bemerkenswert kurz ausgefallen ist – und warum auch sonst aktuell keine öffentliche Reflexion zum Thema existiert. Der rechtspolitische Sprecher der LSAP, Alex Bodry, hatte von einem „wichtigen Text“ im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik gesprochen, gehe es doch darum, die Spielregeln bei der Kriminalitätsbekämpfung „zu vereinheitlichen“. In dem Zusammenhang soll kommende Woche, in der letzten Sitzungswoche des Parlaments vor der Sommerpause, die Richtlinie zur Unschuldsvermutung noch rasch verabschiedet werden, ein weiterer wichtiger Baustein in den europäischen Harmonisierungsbemühungen im Justizbereich.

Worum es geht: Die Idee der Europäischen Ermittlungsanordnung, die seit 2008 diskutiert wird, ist es, Praktiken der Strafverfolgung in den Mitgliedstaaten einander anzugleichen (Dänemark und Irland sind ausgenommen, Großbritannien hatte sich vor der Brexit-Abstimmung dafür entschieden, sich an der Richtlinie zu beteiligen). Konkret sollen Strafverfolgungsbehörden im Falle grenzüberschreitender Kriminalität ihre europäischen Kollegen um die Vernehmung von Zeugen oder um Hausdurchsuchungen im Ausland bitten können.

So sollen Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Straftaten, die mit einer Mindesthaftstrafe von drei Jahren belegt sind, einfacher angeordnet und beschleunigt werden. Statt eine aufwändige Kontrolle im ersuchten Land zu tätigen, um zu schauen, ob die Anordnung rechtens ist, soll ein Formblatt genügen. Die Richtlinie aus Brüssel, die verschiedene Teilregelungen zur Beweiserhebung ersetzt, beruht dabei auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung. Das heißt: Jeder Mitgliedstaat muss eine Anordnung eines anderen Mitgliedstaats genauso anerkennen und vollstrecken, als handele es sich um eine Entscheidung seiner eigenen nationalen Autoritäten.

Was ist die Position von Rechtsanwaltskammer und Strafverteidiger? Wer wacht darüber, dass wesentliche rechtliche Schutzgarantien über Ländergrenzen hinweg erhalten bleiben?

Innerhalb von 30 Tagen müssen die Justizbehörden im ersuchten Staat entscheiden, ob sie der Anordnung aus dem Mitgliedstaat Folge leisten, wobei das der Regelfall sein soll. Wird sie bejaht, dann müssen Beamte, in der Regel Polizisten, die Ermittlungen binnen 90 Tagen abschließen. Gegen die Entscheidung können Betroffene keinen Rechtsbehelf erheben. Die Vollstreckung kann nur abgelehnt werden, wenn sie wesentlichen Rechtsgrundsätzen des Landes zuwiderläuft, nationale Sicherheitsinteressen bedroht sind oder sie gegen Grundfreiheiten, wie in der Europäischen Menschenrechtscharta festgehalten, verstößt.

Die Einschränkung ist wichtig. Denn sie berührt zentrale Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit. Die gegenseitige Anerkennung beruht auf dem Vertrauen, dass alle europäischen Justizbehörden dieselben Rechtsgarantien leisten. Nur bestehen angesichts jüngster Entwicklungen berechtigte und erhebliche Zweifel, ob diese Vorbedingungen heutzutage noch gegeben sind – wenn sie es denn jemals waren. Nicht nur, dass die Justizsysteme der Mitgliedstaaten historisch und philosophisch unterschiedlich gewachsen sind; sie bleiben trotz Harmonisierungsanstrengungen qualitativ sehr unterschiedlich. Und: Es mehren sich Hinweise, dass sich die Rechtslage in immer mehr EU-Ländern verschlechtert. Erst vergangene Woche war Rumäniens führende Anti-Korruptionsstaatsanwältin, Laura Codruța Kövesi, auf Geheiß des Verfassungsgerichts durch den rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis, wenn auch widerwillig, entlassen worden.

In seinem Bericht zur Lage des Rechtsstaatlichkeit in Ungarn kam das Europäische Parlament im April zum Ergebnis, dass in dem Land eine „systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte“ herrsche, und es verwies auf Einschränkungen der Meinungs-, Forschungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf eine Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems.

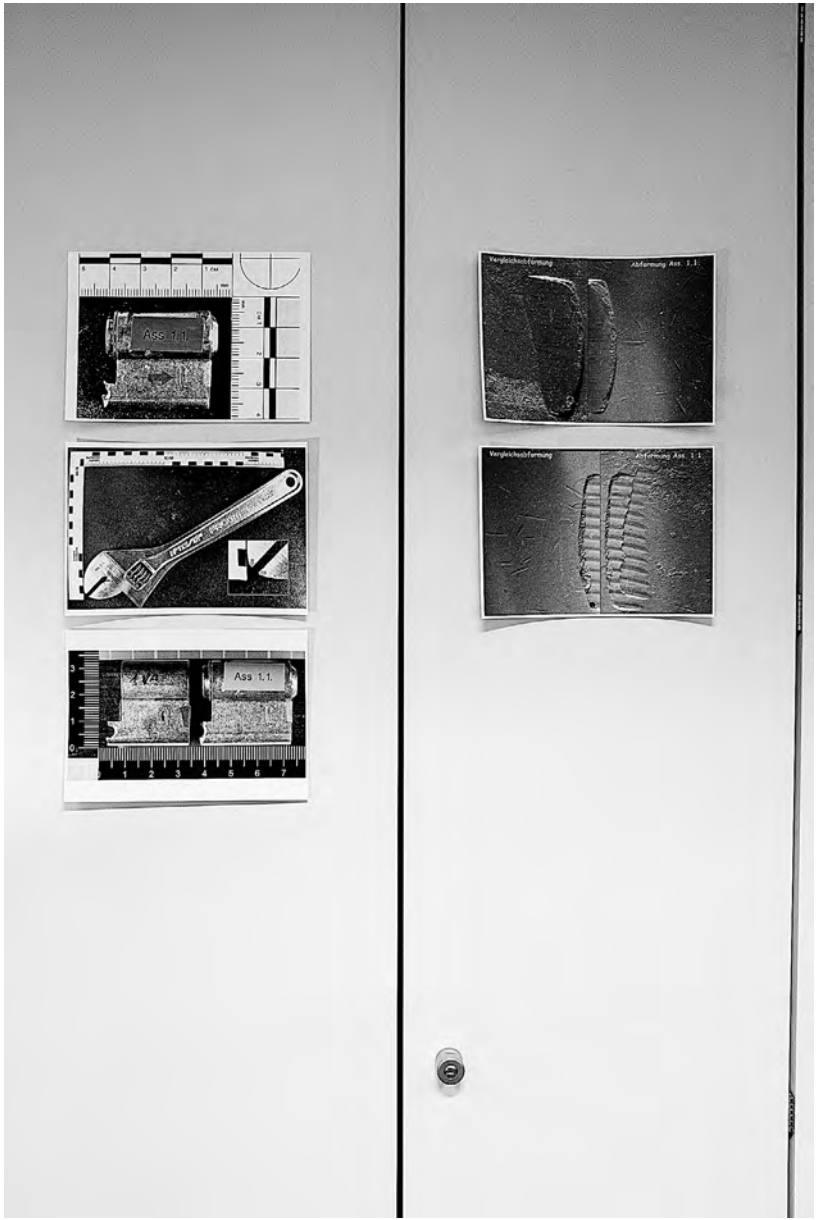
Darüber hinaus nennt der Bericht Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten und Flüchtlingen sowie Korruption und Interessenkonflikte. Insgesamt sei das Risiko eines Verstoßes gegen EU-Grundwerte gegeben, heißt es in dem Bericht weiter, weshalb das EU-Parlament ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge vorschlägt. Erst im Dezember hatte die EU-Kommission ein solches Verfahren gegen Polen gestartet.

Stefan Braum, Rechtsprofessor an der Juristischen Fakultät der Uni Luxemburg, kommt zu einer pessimistischen Einschätzung: „Die Länder in der EU sind weit davon entfernt, bei der Strafverfolgung auf einer gemeinsamen Basis zu stehen. Im Gegenteil: Statt Vertrauen auszubauen, nimmt gegenseitiges Misstrauen zu.“ Justizminister Félix Braz (Déi Gréng) bestätigte dies kürzlich indirekt, als er von einer Unterredung mit der deutschen Bundesjustizministerin Katarina Barley berichtete, die Bedenken in punkto Rechtsstaatlichkeit und gegenseitiges Vertrauen geäußert und auf hohe Rechtsstandards in der gesamten EU gepocht habe.

Braum, Spezialist im Europäischen Strafrecht, weist noch auf einen anderen Aspekt hin: Er bezweifelt, dass für Beschuldigte (also potenziell auch Luxemburger) die nötigen gleichen Schutzgarantien in allen Mitgliedstaaten gegeben seien. Außerdem gehe es nicht nur um Vernehmungen, sondern beispielsweise auch um die Übermittlung von geheimen Telefonaufnahmen. Im Bereich der Strafverfolgung sei der Datenschutz in Europa „lückenhaft“ und nicht durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung geregelt. Auch fehle ein europäisches Strafprozessrecht, das die Rechte der Verteidigung präzise und europaweit einheitlich festschreibt. Zwar hat die Europäische Kommission hier Fortschritte gemacht, etwa mit der Richtlinie zur Prozesskostenhilfe oder zur Übersetzung wichtiger Prozessunterlagen in Strafverfahren, aber die Justizbehörden in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten sind bei der Umsetzung unterschiedlich weit.

Was technisch klingt, hat für die Betroffenen bei grenzüberschreitenden Ermittlungs- und Strafverfahren konkrete Folgen: Wie können sie kontrollieren, ob eine Ermittlungsanordnung rechtmäßig war, wenn sie in einem anderen Land geschieht, beziehungsweise wer kontrolliert das für sie, wenn sie das Prozessrecht und die Sprache nicht kennen? „Es gibt kein europäisches Strafverteidigernetz, auf das ein Beschuldigter zurückgreifen kann“, betont Braum.

Die Abgeordneten in der Chamber, darunter Anwälte, die die rechtsstaatlichen Einwände kennen müssten, verabschiedeten den Entwurf gleichwohl einstimmig und ohne ernsthafte Fragen zu stellen. Sogar die Abgeordneten von déi Lénk und Déi Gréng, die sich ansonstn Grundrechtenschutz auf die Fahnen



schreiben. Was noch ins Auge sticht: Während die Gerichte und die Generalstaatsanwaltschaft den Text begutachtet und in weiten Strecken begrüßt haben, verständlicherweise, denn sie versprechen sich dadurch bessere und zügigere Ermittlungsergebnisse in Fällen grenzüberschreitender Kriminalität, fehlt eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer. Zur EU-Richtlinie über die Unschuldsvermutung, die nächste Woche vom Parlament verabschiedet werden soll, liegt sogar nur ein, teils kritisches, Gutachten des Staatsrats vor. Auf der Chamber-Internetseite fehlen komplett Stellungnahmen der Staatsanwaltschaft, der Gerichte sowie der Rechtsanwälte.

Weder der Präsident der Anwaltskammer, François Prum, noch sein Stellvertreter François Kremer beantworteten eine diesbezügliche Nachfrage des Land bis Redaktionsschluss, dabei nahm auch Alex Bodry die fehlenden Stellungnahmen mit sichtlichem Erstaunen zur Kenntnis, immerhin wurde mit dem Gesetz zur Europäischen Ermittlungsanordnung zugleich der Videobeweis in sämtlichen Abschnitten für Strafverfahren zugelassen, ein in vergangenen Jahren hochumstrittenes Vorhaben. Justizminister Félix Braz erklärte, Vertreter der Strafverteidiger hätten an der zuständigen Arbeitsgruppe im Justizministerium teilgenommen. Trotzdem bleibt die Stille bemerkenswert.

Kolleginnen und Kollegen der Bundesrechtsanwaltskammer in Berlin, Dachverband unterschiedlicher Anwaltsvereinigungen aus ganz Deutschland, etwa verfolgen die Harmonisierungsbestrebungen auf europäischer Ebene seit Jahren akribisch – und zunehmend kritisch. So heißt es in einem Gutachten zur EU-Ermittlungsanordnung: „Die Bundesrechtsanwaltskammer erinnert daran,

dass der Ausbau des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung (...) angesichts des gegenwärtigen Standes der Integration innerhalb der Union zu einer Bedrohung der Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes führt.“ Das Gutachten stammt vom Januar 2011, inzwischen hat sich die Lage in Europa in punkto Rechtsstaatlichkeit rapide verschlechtert, wie das von der EU-Kommission angestregte Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen massiver Eingriffe in die Justiz durch die Politik zeigt. Stefan Braum spricht von einer „Krise des europäischen Rechtsstaats“, ein bedenklicher Trend, der in Luxemburg aber „kaum wahrgenommen“ werde, „als sei das Land eine Insel der Seligen“. Die Politik in Brüssel und in Luxemburg hinke den realen Entwicklungen hinterher, so Braum, der vor einer weiteren Harmonisierung bei gleichzeitig fehlenden Rechtsgarantien in den EU-Mitgliedstaaten warnt.

Trotzdem stimmten die Abgeordneten der Umsetzung in nationales Recht zu. Gilles Roth (CSV) äußerte am Donnerstag während der Debatte über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten bei Verdacht auf Wirtschaftskriminalität, eine weitere EU-Richtlinie, zwar Bedenken und fragte gar, ob eine Umsetzung gegen die Verfassung verstößt. Dem Gesetz stimmte Roth trotzdem zu – weil Luxemburg im Zeitplan hinterherhinke. So ähnlich dürfte es auch kommende Woche ablaufen. Bloß: Wenn die, die es besser wissen müssten, Abgeordnete, Richter, Rechtsanwälte, es nicht tun: Wer wacht dann darüber, dass bei der EU-weiten Angleichung der Strafverfolgung die Rechte der Verteidigung gewahrt bleiben und der Schutz des Bürgers vor einem immer tiefer in Grundrechte eingreifenden Staat nicht vollends unter die Räder gerät?

Hektisch verabschiedet das Parlament Vorgaben aus Brüssel, die die Strafverfolgung in den EU-Mitgliedstaaten angleichen sollen. Dabei ist es um den Rechtsstaat in Europa gar nicht gut bestellt

Brexit, Klappe die x-te

Herrn Schrödingers Katze



Steigt die Zahl jener wirklich, die „Bregret“ empfinden, also einst überzeugte Brexit-Befürworterinnen und -Befürworter, die nun mit ihrer Entscheidung hadern?

Martin Theobald, Berlin

Nun wird juristisch aufgearbeitet: Die offizielle Wahlkampagne für den Brexit hat gegen Finanzierungsregeln des britischen Wahlrechts verstoßen. Die Wahlkommission des Vereinigten Königreichs fordert deshalb nun von „Vote Leave“ eine Strafzahlung in Höhe von 61 000 Pfund, umgerechnet rund 69 000 Euro. Höhere Strafen kann sie nicht verhängen. Die Ausgaben für die Brexit-Kampagne sollen bei 7,5 Millionen Pfund gelegen – und damit eine halbe Million Pfund über dem zulässigen Betrag.

Darüber hinaus ermittelt die Polizei in Großbritannien, ob die Verantwortlichen der Kampagne auch strafrechtlich belangt werden können. Grund für die Ermittlungen: Der Ausgabenbericht zur Kampagne soll unvollständig und fehlerhaft gewesen sein. Die wichtigste Frage dabei ist, wohin die illegalen Ausgaben geflossen sind. Die Wahlkommission in London kam zu dem Schluss, dass „Vote Leave“ auch hinter einer zweiten, als selbstständig deklarierten Kampagne namens „BeLeave“ stand, die ihr Budget fast vollständig für die Dienste der kanadischen Datenanalyse-Firma Aggregate IQ aufgewendet hat. Aggregate IQ arbeitete, so der Whistleblower Christopher Wylie, eng mit Cambridge Analytica zusammen. Dieses Unternehmen, das inzwischen geschlossen ist, wurde vor allen Dingen dadurch bekannt, massenhaft unrechtmäßig erlangte Daten des sozialen Netzwerks Facebook verwendet zu haben, um US-amerikanische Wähler vor der Präsidentschaftswahl 2016 gezielt mit teils unerlaubter Wahlwerbung ins Visier genommen zu haben.

Die Wahlkommission habe die Ausgaben der beiden Kampagnen „Vote Leave“ und „BeLeave“ eingehend geprüft, erklärte Bob Posner, Kommissionsdirektor für politische Fragen und Regularien, in der BBC. Beide Kampagnen hätten „an einem gemeinsamen Plan gearbeitet“, ohne ihre Zusammenarbeit offiziell zu deklarieren. Dies sei eine „ernte Verletzung“ der vom britischen Parlament verabschiedeten Gesetze für

faire und transparente Wahlen und Referenden, so Posner weiter. Boris Johnson, ehemaliger britischer Außenminister und das „Gesicht“ der Brexit-Fürsprecher auch von Vote Leave, steht nicht im Fokus der Untersuchungen.

Seit der Abstimmung über dem Brexit vor nun mehr zwei Jahren sei das Land in einem Zustand, den britische Kommentatoren in der Presse mit dem Experiment um Schrödingers Katze beschreiben. Der österreichische Physiker und Wissenschaftstheoretiker Erwin Schrödinger schlug ein Experiment 1935 vor und problematisierte so „die direkte Übertragung quantenmechanischer Begriffe auf die makroskopische Welt in Form eines Paradoxons“, wie es im Internetlexikon Wikipedia beschrieben wird.

„Das Paradoxon besteht darin, dass dem Gedankenexperiment nach eine Katze mit den Regeln der Quantenmechanik in einen Zustand gebracht werden könnte, in dem sie gleichzeitig ‚lebendig‘ und ‚tot‘ ist, und in diesem Zustand verbleibt, bis die Experimentieranordnung untersucht wird.“ Kurz beschrieben: Man packt eine Katze in einen Karton und fügt radioaktives Material hinzu, das die Katze töten kann oder nicht. Das weiß man jedoch erst, wenn man den Karton wieder öffnet. Bis dahin ist die Katze gleichzeitig tot und lebendig. Die britische Premierministerin Theresa May versucht das Gleiche, für das Vereinigte Zustand bei den Austrittsverhandlungen mit der EU. Sie möchte einen Zustand erreichen, in dem das Land gleichzeitig in der Union ist – und draußen. Dieser Zustand gilt so lange, bis die Versuchsanordnung untersucht und damit die Box geöffnet wird. Oder der Brexit Wirklichkeit wird.

Bislang wurde von Großbritannien wie von den verbleibenden übrigen 27 Mitgliedsstaaten der EU vermieden, den Karton überhaupt nur anzufassen. Es gilt weiterhin das Paradoxon von Schrödingers Katze oder wie es Michel Barnier, Verhandlungsführer der Union, formuliert:

„Es ist nichts vereinbart, bist alles vereinbart ist.“ Der Brexit lässt nur zwei finale Stadien zu: drin oder draußen. Entweder das Land scheidet aus der Union aus und greift auf die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) zurück oder es verbleibt in der EU. Keine Position zwischen diesen beiden Zuständen macht ökonomisch oder politisch Sinn – für London wie auch für Brüssel. Verbleibt Großbritannien etwa in einer Zollunion mit der EU wird es für London äußerst schwierig Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern abzuschließen. Zudem wird das Land dazu verpflichtet Regeln und Vorschriften der EU einzuhalten, die es nicht mehr beeinflussen kann. Verbleibt das Land in einer Zollunion – so wie es Theresa May in ihrem Brexit-Weißbuch plant, das sie der Europäischen Kommission zukommen ließ, so hat es sich für Brüssel die Kirsen aus dem Kuchen gepickt, die ihm angenehm scheinen. Brüssel muss dann damit leben, dass es viele seiner politischen Grundfreiheit aufgibt,

um eine ökonomische Freiheit zu gewährleisten. Eine Blaupause für weitere EU-müde Länder.

Nicht wenige Briten sehen im Brexit eine wirtschaftliche Renaissance. Die Begründung ist, dass nach einem schmerzhaften Prozess der Neuausrichtung der nationalen Wirtschaft auf die globale Ökonomie das Land zu den Modernisierungsgewinnern gehören werde. Experten warnen jedoch davor, dass London kaum auf den wirtschaftlichen Schock durch den Brexit vorbereitet ist, geschweige denn Vorbereitungen dafür trifft. Selbst in Brüssel ist man besorgt über die Inkompetenz und Sorglosigkeit der Briten etwa beim Aushandeln künftiger Handelsabkommen. So erklärte ein ehemaliger leitender britischer Regierungsbeamter, der nicht namentlich genannt wird, gegenüber dem Internetblog *Business Inside*, über die anstehenden und laufenden Verhandlungen: „Ehrlich gesagt, haben sie“, das Department for International Trade, „monate-

Den größten Fehler, den das Kabinett von Theresa May seit dem Referendum 2016 begangen hat, ist zu meinen, die EU werde nach der Pfeife Londons tanzen

lang herumgespielt und nichts getan.“ Die meisten Menschen, die mit dem Brexit zu haben und hätten, ignorierten die Realität völlig.

London scheint sich mit dem Dilemma oder dem Paradoxon von Schrödingers Katze anzufreunden und möchte schlichtweg nicht, dass der Brexit auf die ein oder andere Weise gelöst wird. Man beginnt sich im Status des ungeklärten Status einzurichten. Das befriedet die Fronten. Denn die Tories werden derzeit zerrieben und zerrissen, wie auch Labour, zwischen Fürsprechern und Gegnern des Ausstiegs. Diese Woche erst ist Premierministerin May einmal mehr im Ringen um die britische Handelspolitik nach dem Brexit einer Schlappe im Unterhaus knapp entgangen. Ein Antrag zur Zollunion wurde abgelehnt, ihr Handelsgesetz hingegen gebilligt.

Die irische Grenzfrage wird zum Stein des Anstoßes werden. Der nordirische Koalitionspartner von May, die DUP, wird niemals eine Grenze zwischen Nordirland und Großbritannien akzeptieren, da dies als ein Vorbote zum vereinten Irland gesehen wird. Den größten Fehler, den das Kabinett May, seit dem Referendum 2016 begangen hat, ist anzunehmen, dass die EU irgendwann damit beginnen werde, nach der Pfeife Londons zu tanzen. Ein Irrglaube, denn in den meisten EU-Ländern herrscht die Meinung vor, dass Europa ohne Großbritannien weitaus besser funktioniert. Im Herbst wird EU-Chefhändler Michel Barnier London zu einer Entscheidung zwingen. Dabei wird er die Nordirland-Karte spielen. Anschließend wird das Vereinigte Königreich die Wahl haben, ob die politische oder die ökonomische Sphäre obsiegt. Oder anders ausgedrückt: Die Demokratie bleibt gewahrt, die Regierung im Amt und die Wirtschaft fährt gegen die Wand – einerseits. Oder andererseits: Das Ergebnis des Referendums wird widerrufen und die Demokratie beschädigt, während die Wirtschaft profitiert.



Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

5 590

ticker

.....

Le prix du pragmatisme



Fin octobre 2017, dans le cadre discret de l’Institut grand-ducal (IGD)/ Section des sciences morales et politiques – une société savante qui réunit notables de la place financière, chercheurs et représentants de la société civile –, avait lieu une conférence dont la radicalité était tempérée par un « regard froid de clinicien » (revendiqué par le conférencier) et masquée par un titre fade : « Le droit commun et l’avenir du droit luxembourgeois ». Le conférencier était l’avocat Patrick Kirsch, coryphée en droit privé qui a notamment enseigné à la très réputée Académie de droit international de La Haye. Le texte de la conférence vient d’être publié dans le volume XXI des Actes de l’IGD (pp. 119-187 ; le volume peut être commandé en librairie). Il se lit comme

une théorisation des effets de l’offshore sur l’ordre juridique luxembourgeois.

Si le contenu de la conférence était explosif, les réactions de l’auditoire l’étaient beaucoup moins. Parmi les avocats d’affaires et représentants patronaux présents dans la salle, il ne se trouva personne pour mettre fondamentalement en question l’analyse et les hypothèses de Patrick Kirsch. À commencer par sa définition du droit commun comme un droit qui « évite le spectaculaire, l’exorbitant, les privilèges » pour mieux l’opposer au droit dérogatoire, « compétitif dans le marché international des normes ». C’est dans cette dernière catégorie (de la fiscalité des entreprises au *space mining*, en passant par l’industrie des fonds) que le droit luxembourgeois aurait été particulièrement « dynamique et innovant », poussé par la demande internationale.

Parmi le foisonnement « de dérogations, parfois de spectaculaire, ou même de privilèges », Patrick Kirsch relève le régime des *stock options* (« qui est certainement illégal et même inconstitutionnel »), la pratique des *rulings*, le projet de loi sur la fondation patrimoniale (amputé de ses aspects les plus agressifs par le Conseil d’État, puis mis à la morgue) ou encore la loi sur les droits d’auteur de 2001 (qui, dans son zèle d’anticiper les désirs des industriels, rompt avec l’approche traditionnelle franco-belge pour se rapprocher de celle du *copyright* américain). Sans oublier les relations contractuelles ; Kirsch cite ainsi le cas d’un employeur qui avait inclus une « neutralisation de l’indexation » dans l’avenant d’un contrat de travail. (Une dérogation rejetée par la Cour de cassation en juillet 2017.)

Patrick Kirsch identifie « une préférence politique pour le droit dérogatoire » et en critique « la tendance à la non-transparence » et le risque d’une « regulatory capture » : « Si le législateur, qui est responsable de l’offre de produits législatifs, cède trop facilement à cette tentation, s’il introduit des régimes dérogatoires sans égard aux risques qu’il crée pour le droit commun, le droit commun est lui-même en danger. » Kirsch voit le droit commun exposé au « risque d’obsolescence progressive » et au danger d’un « remplacement insidieux par un droit dérogatoire ».

Selon Kirsch, la modernisation du droit privé luxembourgeois (droit de la famille, procédure de la faillite, droit des obligations) serait « en panne ». Notamment faute de ressources humaines. Cette analyse peut surprendre. Le nombre d’avocats inscrits au barreau n’est-il pas passé de 200 à 2 500 sur les dernières quatre décennies ? C’est qu’ils sont occupés ailleurs. « Les juristes luxembourgeois sont en général pragmatiques, comme le sont leurs concitoyens, et préfèrent concentrer leur énergie sur des domaines du droit plus porteurs dans une économie financiarisée. »

Parmi les raisons pour l’affaiblissement du droit commun, Kirsch cite « le pragmatisme national » qui court « un risque perpétuel de devenir opportuniste et aussi d’entrer de ce fait en conflit avec l’idée de droit commun » : « La cohérence des principes lui importe infiniment moins que l’opportunité concrète et peut-être passagère du résultat d’une mesure, fût-elle dérogatoire à ces principes. » C’est pourquoi le Luxembourg ne pourrait être qualifié d’État « ordolibéral » (comme le pensait l’historien Gilbert Trausch), puisque l’orientation stricte de l’ordolibéralisme « entrera toujours en conflit avec l’attitude opportuniste qui accompagne, sectoriellement, le pragmatisme des Luxembourgeois. » Le Luxembourg ne fonctionnerait « pas entièrement comme un État de droit », conclut Kirsch. Surtout lorsqu’il s’agit « d’octroyer des avantages [aux citoyens], ou d’en octroyer à certaines catégories de citoyens », le Luxembourg serait « parfois un État laxiste ».

Mais le droit dérogatoire rencontre aussi ses limites, que ce soit au niveau de la Cour constitutionnelle (une des « alliées » du droit commun) ou dans le droit européen : « Un certain degré de respect du droit commun n’est pas une option, mais une obligation au regard de l’interdiction européenne des aides d’État ». Une insécurité juridique que Luxleaks et les enquêtes de la Commission européenne sont venues rappeler. (Photos : réception pour le dixième anniversaire de Luxembourg for finance en janvier ; sb) bt

Affinité élective

On connaît l’affinité élective entre le Luxembourg et Singapour : place

financière démesurée, pragmatisme à toute épreuve et « stabilité politique » (quoique libertés civiles et Singapour, ça fait deux). Voici donc que la Bank of Singapore, la deuxième plus grande banque du micro-État, annonce installer son « hub » européen au Luxembourg à partir duquel elle veut servir les UHNWI de l’UE. La banque prendra ses quartiers dans la rue Sainte-Zithe dans le quartier de la Gare qui est en passe de se muer en quartier d’affaires. La banque annonce embaucher une quarantaine de personnes d’ici la fin 2020. bt

New boss

UBS Luxembourg aura un nouveau chef après la rentrée. D’après Reuters, il s’agirait de Heinrich Baer, auparavant responsable des « marchés affluents » en Europe, au Moyen-Orient et en Afrique. Il devrait s’établir en plein mois d’août au Grand-Duché où il sera notamment chargé de veiller à l’intégration des 150 employés de la suédoise Nordea, dont UBS avait racheté les activités de banque privée. Après six ans et demi passés comme « country head » au Luxembourg, René Mottas retournera en Suisse où il cherchera « other opportunities within UBS », comme l’exprime la banque citée par Reuters. (Par considérations de coûts, l’UBS a été dégradée de filiale en succursale – tout comme la Commerzbank ou Caceis –, ce qui a réduit la marge de manœuvre du management local vis-à-vis de la maison-mère à Zurich.) bt

Wollt ihr Politik machen, oder was?

„Wat reit eng Regierung, fir mat engem effentlech kontrolléierte Betrib an ee Secteur anzebriechen, deen eng perfekt Konkurrenzsituatioun huet mat honnerte Betriber vun ennerschiddleche Gréissten an Spezialisatiounen?“ attackierte die Handwerkerföderation FDA Anfang der Woche Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) frontal, nachdem das Energieunternehmen Encevo die Übernahme von Paul Wagner et fils bekanntgegeben hatte. Paul Wagner et fils könne mit den neuen, indirekt staatlichen Aktionären im Rücken ab sofort von günstigeren Finanzierungsbedingungen profitieren und dadurch den Konkurrenten bei

personen (soit autant que la population de la commune de Niederanven) sont passées en 2017 dans l’une des huit épiceries sociales gérées par la Croix-Rouge, c’est ce qu’on apprend dans le rapport annuel présenté cette semaine. 42 pour cent des bénéficiaires sont célibataires, 37 pour cent vivent en couple et 21 pour cent sont des familles monoparentales (dont 38 pour cent de nationalité luxembourgeoise et 26 pour cent de nationalité portugaise). La très grande majorité des clients des épiceries sociales sont locataires. bt

öffentlichen Ausschreibungen das Leben noch schwerer machen, als es ohnehin schon sei. „De ganze Sektor ass schockéiert a versteet dës Aktioun vom Wirtschafts- an Energieministère net!“, so die FDA. Sie gibt sich betont sauer, weil Schneider von der Übernahme gewusst habe und dabei gewesen sei, zusammen mit der Branche und Encevo eine Kooperationsvereinbarung auszuarbeiten,“fir zësumme mat der Enovos eben eng Kooperatioun anzegoen fir zësummen den Dossier vun enger neier Energiepolitik virunzebréngen“. Und weiter: „Nach éier déi Diskussiounen konkret Resultater Opweises hat, kënn d’Nouvelle, dass d’Enovos e grouse Player kaaft huet, fir selwer um Marché aktiv ze ginn.“ Etienne Schneider ist seinerseits „entsetzt, dass sie entsetzt sind“. Paul Wagner et fils sei nur im B-to-B-Segment tätig, mache also den anderen Unternehmen den Markt der Endverbraucher nicht streitig. Das sei auch nie die Absicht von Encevo gewesen, so Schneider. Er habe der Encevo-Leitung auch nicht gesagt, was sie kaufen solle oder nicht, sagte der Wirtschaftsminister dem *Land*. Er habe aber, nachdem sich die Handwerker an ihn gewandt hätten, alle Akteure beisammen gerufen, damit sie vereinbaren, wie sie in Zukunft auf dem neuen Energiemarkt kooperieren. Diese Vereinbarung sei außerdem bereits unterzeichnet. Bei den Verhandlungen darum seien die Handwerker darüber hinaus durch einen der ehemaligen Hauptaktionäre von Paul Wagner et fils vertreten gewesen; eine Überraschung dürfte die Übernahme demnach nicht gewesen sein. „Romain Schmit und Michel Reckinger sollen sich endlich entscheiden, ob sie Politik machen oder sich für die Handwerksbetriebe einsetzen wollen“, so Schneider, der meint, der Direktor und der Präsident der FDA möchten ihm kurz vor den Wahlen ein wenig ans Zeug flicken. ms

Konkreter

Nach Wochen der Spekulationen hat der deutsche Salzgitter-Konzern bestätigt, dass er für die zum Verkauf stehenden Arcelor-Mittal-Werke in Lüttich und Düdelingen ein Angebot macht. Eine Übernahme durch Salzgitter stehe aber unter mehreren Vorbehalten, heißt es in der Mitteilung. Erstens muss Salzgitter den Zuschlag

bekommen. Zweitens hänge die Übernahme vom Ausgang der Dilligence-Prüfung und der Zustimmung des Aufsichtsrates von Salzgitter ab. Und dann muss Arcelor-Mittal überhaupt verkaufen, was wiederum davon abhängt, ob die italienische Regierung dem Luxemburger Konzern die Zustimmung für die Übernahme von Ilva gibt. Diese Entscheidung hat Rom auf Mitte September verschoben, nachdem die EU-Kommission bereits grünes Licht unter der Auflage gegeben hatte, dass Arcelor-Mittal andere Werke verkauft, darunter Lüttich und Düdelingen. ms

Le nettoyage dans les communes est un marché au potentiel de profit énorme. Faudrait-il l'externaliser à des firmes privées ?

Dussmann ante portas

Bernard Thomas

Le groupe Dussmann vient de se hisser au « top cinq » des principaux employeurs au Luxembourg. La firme compte aujourd'hui 3 960 salariés, derrière Arcelor-Mittal (4 120), Cactus (4 200), les CFL (4 260) et la Poste (4 480). D'après ses derniers bilans, Dussmann a cumulé en 2017 un résultat d'exercice d'un peu plus de dix millions, pour un chiffre d'affaires s'élevant à 137,3 millions d'euros. En une décennie, le groupe aura ainsi réussi à doubler son chiffre d'affaires. Les deux-tiers (70,9 millions d'euros) proviennent de la branche nettoyage, le reste se partageant entre le catering (31,3), le gardiennage (26,7 millions) et la blanchisserie industrielle (8,4 millions).

La société luxembourgeoise, qui appartient à la Stiftung Dussmann établie à Berlin, reste discrète, à l'image de son siège, hyperfonctionnel et sans faste, voire fade, caché dans une zone industrielle à Contern. Depuis 2014, ses bureaux officiels se situent « 1, Square Peter-Dussmann » ; une adresse que les systèmes de navigation ignorent encore – ils vous enverront dans un champ en bordure d'une cité résidentielle. L'extension du groupe Dussmann s'est faite en parallèle à celle de la place financière et du complexe « para-étatique ». Deux marchés lui restent à conquérir : les communes et l'État central.

Jean-Paul Neu, un des deux directeurs généraux de Dussmann, ne veut pas citer les noms des communes qui ont externalisé leur personnel vers sa firme. La plus ancienne l'aurait fait il y a plus de 25 ans déjà, et Dussmann compterait toujours une partie de ce personnel parmi ses employés. Il est difficile de mesurer l'ampleur du phénomène de l'outsourcing. Car l'extension des firmes de nettoyage dans les communes se fait au compte-gouttes : un départ à la retraite non remplacé après l'autre, un hall polyvalent par ci, une maison-relais par-là. Ni les responsables politiques ni les firmes privées n'ont un intérêt à ce que les reprises de personnel s'ébruitent. C'est un processus en sourdine.

En décembre 2014, excédé par les jours de congé maladie à répétition, Léon Gloden, le député-maire CSV de Grevenmacher et associé du cabinet Elvinger-Hoss, annonçait que les sept femmes de ménage employées par la commune seraient reprises par un prestataire de services externe. Évoquant des « économies d'échelle » et une plus grande « efficacité », il s'engageait à garantir les salaires et avantages des ex-ouvrières communales, qui resteraient affectées aux bâtiments de la ville. (La différence – notable – entre la rémunération de Dussmann & Co et celle de la commune serait assurée par le budget de la mairie.) Mais Léon Gloden se rétracta discrètement quelques semaines plus tard. Le choc de l'annonce aurait suffi, dit-il aujourd'hui : « Certaines dames ont compris qu'elles devaient *sech um Rimm rappen*. » Or, précise-t-il, la commune aurait définitivement cessé de recruter de nouvelles femmes de ménage.

Les communes face à la tentation de l'outsourcing du nettoyage : la Ville de Luxembourg résiste, Grevenmacher et Sandweiler ont cédé, tandis que Differdange en est revenu

Même scénario à Sandweiler, dont la bourgmestre, Simone Massard-Stitz (CSV), explique qu'on attend les départs à la retraite pour suppléer, un à un, ces postes par une société privée. « C'était improbable. Arrêt maladie, arrêt maladie, arrêt maladie !, dit Massard-Stitz. Et, en plus, ce n'était pas une, mais plusieurs femmes, à tour de rôle. La moitié du temps, il nous fallait donc passer par une firme externe pour les remplacer. Je dis toujours que les femmes de ménage devraient prendre conscience *wéi gutt si et hunn*. On a cherché cent fois à parler aux différentes personnes. En fin de compte, elles se seront nui à elles-mêmes. »

Les communes agissent à l'instar des sociétés privées qui, se concentrant sur ce qu'elles considèrent être leur « core business », ont externalisé les fonctions les moins valorisées, à commencer par le nettoyage. Dans les grandes entreprises, des centaines d'emplois en col bleu ont ainsi disparu, outsourcés à des firmes spécialisées dans le « facility management ». Ainsi existait-il jusque dans les années 1990 une convention collective pour « les ouvriers de banque » qui couvrait personnel de surveillance, femmes de ménage et commis de cuisine. La dernière convention est signée en 1995 ; elle tombera en désuétude par la suite, les métiers couverts ayant quasi tous été externalisés. Cette érosion d'emplois stables et relativement bien rémunérés a contribué à l'augmentation des inégalités. Les perspectives de carrière pour les femmes de ménage (car ce sont à 90 pour cent des femmes, souvent monoparentales) chez Dussmann, Nettoservice (1 390 salariés) ou ISS Facility Services (650) restent limitées à devenir cheffe d'équipe. Conscient de la mauvaise image dont pâtit le secteur, Jean-Paul Neu met l'accent sur la fidélité de ses salariés. Plus de la moitié, dit-il, seraient « dans la maison » depuis vingt ans ou plus.

La décision d'outsourcer est le plus souvent motivée par les agacements que peut provoquer la gestion du personnel. En particulier dans les petites municipalités où, en absence d'un *middle management*, les échevins sont directement exposés aux frustrations et aux acrimonies des salariés communaux. « Il suffit de parler une fois plus durement avec quelqu'un pour que tout le village le sache. Et après, on se retrouve à devoir se justifier », dit Massard-Stitz. Une externalisation permet de décharger et de déresponsabiliser les responsables politiques. Finies les remplacements en dernière minute, l'organisation des congés, la médiation en cas de querelle interne, la surveillance du travail, les plaintes à cause des places de parking... C'est désormais le problème de quelqu'un d'autre. Les femmes de ménage, devenues interchangeables, disparaissent derrière l'uniforme du prestataire de service.

Il fallut attendre 1993 pour voir signée la première convention collective pour le personnel du secteur nettoyage de bâtiments. Celle actuellement en vigueur fixe la rémunération à 11,97 euros par heure, soit quarante centimes au-dessus du salaire minimum non-qualifié. Quant aux majorations salariales pour ancienneté, elles sont actuellement de 1 pour cent à partir de la onzième année passée dans l'entreprise, 1 pour cent à partir de la seizième, 1 pour cent à partir de la 21^e et, enfin, 1 pour cent à partir de la 26^e. Soit quatre pour cent de hausse (hors inflation) en trente ans cumulés. En 2014, une jurisprudence de la Cour de Cassation semblait donner un *boost* aux rémunérations : vingt pour cent de hausse au bout de dix ans d'expérience. Or, cette décision judiciaire n'aura finalement pas eu l'effet automatique escompté par l'OGBL. Les femmes de ménage doivent défiler une à une devant les tribunaux, priées de prouver, pièces justificatives à l'appui, qu'elles ont bien cumulé les expériences requises (*d'Land* du 1^{er} juillet 2016). L'écart des rémunérations entre les femmes de ménage travaillant dans le privé et celles travaillant pour les communes est remarquable. Pour les villes du Sud, la convention collective définit le salaire d'entrée à environ 2 400 euros par mois (pour quarante heures), 3 000 euros après dix ans et 3 400 euros au bout de vingt ans d'ancienneté. À quoi il faut ajouter une indemnité mensuelle de 210 euros.

Les communes dépensent en général la moitié de leur budget en frais de personnel. (Dans la capitale, cette part atteint les 64 pour cent.) Or, les considérations budgétaires sont rarement évoquées pour justifier une politique d'outsourcing. C'est que celle-ci ne revient pas forcément moins cher à la commune, du moins à court terme. Dans un premier temps, elle payera même plus, le personnel repris gardant ses anciennes grilles tarifaires, auxquelles s'ajoute désormais une marge de profit pour l'employeur. Ce n'est qu'à moyen terme, lorsque les premières femmes reprises partiront à la retraite et seront remplacées par des salariées payées au tarif privé, que le prix de la prestation commencera à s'alléger. Une externalisation n'appauvrit donc pas

les salariés dans l'immédiat. L'effet est décalé dans le temps, il frappe la prochaine génération.

Les grandes communes résistent à la tentation de l'outsourcing. Ainsi, la Ville de Luxembourg emploie-t-elle pas moins de 375 femmes de ménage. Pour les firmes privées, c'est un marché en grande partie impénétrable. Sous le mandat de Paul Helming (1999-2011) un programme d'externalisation fut brièvement analysé. Il sera rapidement abandonné face à la levée des boucliers du lobby syndical. L'actuelle maire, Lydie Polfer (DP), ne veut plus entendre parler d'outsourcing. Elle explique qu'il serait important de préserver des emplois pour des personnes peu qualifiées « mais qui veulent travailler correctement » : « Le dumping social ne contribue pas à une société pacifique. »

91 pour cent des surfaces appartenant à la commune seraient nettoyées par des ouvriers communaux, estime-t-elle. Sur les 160 bâtiments municipaux, « seuls » le Grand Théâtre et le Théâtre des Capucins, la Villa Vauban, la Cité bibliothèque, les bureaux du Luxembourg energy office, boulevard Roosevelt, ainsi que le grand building de l'administration municipale sur la Rocade de Bonnevoie seraient externalisés à des firmes du privé. (C'est oublier les hospices civils de Hamm et du Pfaffenthal, dont le nettoyage est sous-traité depuis 2015 à Dussmann.)

« On en recrute tous les mois. Nous tentons d'en engager qui habitent en Ville, mais nous n'y trouvons plus de candidats », dit Fernand Bartemes, le secrétaire général du Neutrale Verband Gemeng Letzebuerg (NVGL), le syndicat local des fonctionnaires communaux. Une pénurie qui serait liée au fait que les avis de recrutement de la Ville de Luxembourg comportent un critère linguistique : les candidats doivent « faire preuve d'une connaissance adéquate des trois langues administratives (français, allemand et luxembourgeois) ». Ceci pour éviter aux supérieurs hiérarchiques de devoir s'exprimer en français vis-à-vis de leurs subordonnés.

Differdange est une des rares communes à être revenue sur l'outsourcing. La décision de passer via des firmes privées avait été prise dans les années 2000 par Claude Meisch (DP), qui pouvait ainsi se profiler comme *new public manager* dans une commune marquée par des décennies de socialisme municipal et gangrénée par les clientélismes. À partir de 2014, l'année où il réussit à arracher le pouvoir au clan Meisch, Roberto Traversini (Déi Gréng) revient sur une politique qu'il avait auparavant soutenue en tant que premier échevin. Les contrats liant la commune aux entreprises privées de nettoyage ne seront pas renouvelés. « Tout ce que nous *insourcen*, nous l'enlevons aux entreprises privées. C'est exactement ce que nous voulions faire », expliquera-t-il en janvier 2015 lors d'une séance du conseil communal. Depuis quelques années, Differdange embauche à tours de bras et emploierait désormais « bien plus de cent personnes pour le seul nettoyage ». La plupart des femmes

de ménage sont recrutées suite à des candidatures spontanées ; en pratique, le critère de la langue ne joue donc pas. « Tous les lundis, je reçois environ trente personnes, 27 demandant un travail et trois un logement », dit Traversini.

L'embauche des ouvriers communaux étant du seul ressort du conseil échevinal, chaque recrutement expose les responsables politiques au soupçon de clientélisme. « Souvill Grénger ginn et hei guer net », riposte Roberto Traversini. Et de souligner que ce sont les chefs de service qui font la sélection des candidats, même si, en dernier ressort, la décision serait la sienne, « pour protéger mes fonctionnaires ». Dans la Ville de Luxembourg, environ quatre cinquièmes des 4 123 fonctionnaires, employés et ouvriers de la commune ne résideraient pas dans la capitale, dit Lydie Polfer. (Ils n'y voteraient donc pas lors des communales.) Mais la proximité entre appareil communal et parti politique aux commandes est difficile à nier. Elle s'incarne dans la personne de Fernand Bartemes : le secrétaire général du syndicat des fonctionnaires de la Ville de Luxembourg (dont le logo est bleu sur fond jaune) était candidat sur les listes du DP.

Du côté de l'OGBL, Christian Sikorski, le secrétaire central chargé de négocier les conventions collectives avec les communes, s'affichait sur la liste LSAP à Esch-sur-Alzette. En septembre 2017, à quelques semaines donc des élections qui allaient provoquer la chute des bastions socialistes, fut conclue la convention collective pour les salariés de 18 communes du Sud. Elle inclut une clause par laquelle les signataires s'engagent à une « politique de l'emploi active » et à « ne pas privatiser des postes de travail existants ou nouvellement créés ».

On retrouve un passage similaire dans la convention collective des salariés de l'État, conclue en décembre 2016 entre le ministre de la Fonction publique, Dan Kersch (LSAP), et les syndicats OGBL et LCGB. À l'article 63 – intitulé « privatisation des postes de travail – on lit qu'en cas de création de nouveaux postes, l'État et les administrations « s'engagent à n'attribuer les travaux d'entretien et de nettoyage des immeubles à des entreprises privées que dans des cas exceptionnels, exigeant notamment des connaissances techniques particulières ».

Un engagement du gouvernement qui n'aura pas empêché le ministère de l'Éducation nationale à avoir massivement recours à des firmes privées pour le nettoyage des lycées. Le coordinateur général du ministère – et main droite de Meisch –, Lex Folscheid, confirme cette pratique pour les deux dernières années. Mais, assure-t-il, il n'y aurait pas eu « de décision politique », simplement « un creux », né de contraintes budgétaires, « une gestion de la pénurie ». L'article 63 de la convention collective, le ministère ne l'aurait découvert qu'à la suite d'un courrier de l'OGBL. Ce que le socialiste Dan Kersch a négocié, son collègue libéral Claude Meisch l'aurait donc ignoré.



« On a repris des gens de communes dont tous nous prévenaient que cela n'allait pas fonctionner. Mais après trois mois, la reprise se passait de manière smooth » – Jean-Paul Neu, le directeur de Dussmann

Télétravail : des entreprises américaines font machine arrière

Le « remote » en question

Georges Canto

Plus de 35 jours de grève entre avril et juin 2018 : en France le long conflit social à la SNCF, toujours en cours, a achevé de convertir plusieurs centaines de milliers de travailleurs aux bienfaits du télétravail ! Ailleurs en Europe, il a la cote depuis une vingtaine d'années aussi bien auprès des salariés que des employeurs et plusieurs pays viennent d'adapter leur législation pour le favoriser. Bien qu'assez difficile à quantifier, il toucherait, à des degrés divers, environ vingt pour cent des salariés.

Comme souvent, cette forme d'organisation du travail nous vient des États-Unis, où elle est très répandue : selon un vaste sondage publié par Gallup en février 2017, 43 pour cent des actifs américains déclaraient travailler au moins une partie du temps à distance, et la possibilité d'exercer à domicile devient un critère majeur dans le choix d'accepter ou de quitter un poste.

Mais c'est dans ce pays que où l'on observe actuellement un rétropédalage de certaines entreprises qui s'étaient pourtant faites les championnes du télétravail. C'est le cas d'IBM, où depuis plusieurs années un salarié sur cinq travaille à plein temps à son domicile. Or, au début 2017, la direction des ressources humaines a signifié à 7 600 télétravailleurs qu'ils allaient devoir retourner dans leurs bureaux. Les personnes concernées avaient trois mois pour accepter l'offre, trouver un autre poste au sein même d'IBM ou quitter la société.

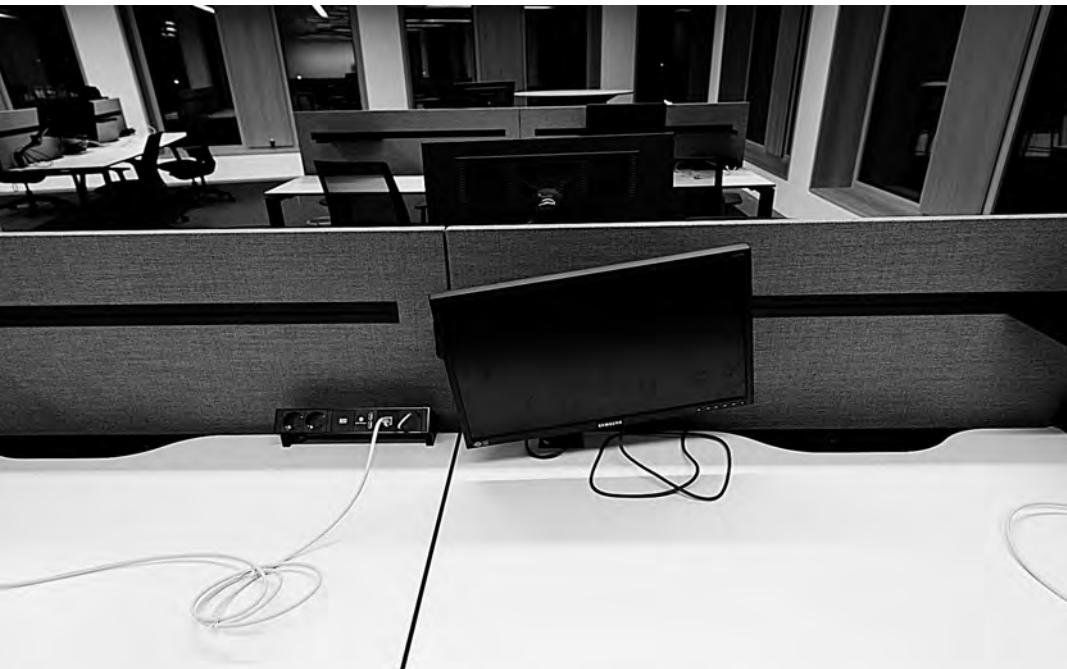
Le cas du géant d'Armonk (dans l'État de New York) n'est pas isolé aux États-Unis : des grandes firmes comme Yahoo, Honeywell, Bank of America ou Aetna (assurances) ont « réintégré » une partie voire la totalité de leurs travailleurs à distance dans leurs locaux. Le cas le plus étonnant est celui de la chaîne de magasins Best Buy, qui vendent du matériel électronique grand public. À l'occasion d'un changement à sa tête en 2013, les 5 000 salariés du siège de Richfield (Minnesota), que la précédente CEO Jody Thompson avait mis en télétravail, ont dû regagner leurs bureaux. Pourtant la société avait, selon elle, enregistré des gains de productivité de vingt pour cent grâce à ce dispositif.

Ces revirements ne concernent pas seulement les représentants de la « vieille économie ». Les Gafa cherchaient aussi à limiter le recours au télétravail. Pourtant, les sociétés liées aux nouvelles technologies étaient vraiment en pointe dans ce domaine : ainsi Automattic, une société high-tech surtout connue pour son outil de publication de sites et blogs internet WordPress avait fini par fermer ses superbes bureaux de San Francisco car personne n'y venait plus. Il faut dire que les 700 salariés avaient toujours eu l'opportunité de choisir entre travailler à distance (avec remboursement des cafés consommés chez Starbucks) ou sur place, mais dans des locaux qui n'étaient en réalité qu'un vaste espace de *coworking*.

À ce stade, un petit rappel s'impose. Selon une définition officielle, le télétravail – ou « remote » en anglais – est une « forme d'organisation dans laquelle un travail qui aurait également pu être exécuté dans les locaux de l'employeur est effectué par un salarié hors de ces locaux, de façon volontaire, en utilisant les technologies de l'information et de la communication ». Il peut être effectué au domicile du salarié (résidence principale ou secondaire), mais également dans des espaces collectifs situés en dehors de l'entreprise. Il peut être régulier ou occasionnel.

Parmi ses avantages reconnus figurent, pour les salariés, l'autonomie, la réduction du temps passé entre le domicile et le lieu de travail, la possibilité de préserver la vie familiale et de rester concentré sans être interrompu par des collègues ou par des réunions. Pour les employeurs, cela se traduit par une baisse de l'absentéisme et du « turn-over » et par une augmentation de la productivité. Ils appréciaient aussi la diminution des dépenses liées à l'achat ou à la location de bureaux et à leur occupation (énergie, entretien etc.). IBM économisait ainsi environ cent millions de dollars par an.

Avec le temps cependant, les limites du dispositif se font jour, des deux côtés : certains salariés, tout en appréciant le fait de ne pas être constamment sous contrôle, se plaignent de ne plus voir personne. Pour la responsable d'une agence de publicité, « ces moments où je suis toute seule dans mon salon me rappellent ma période de recherche d'emploi ; ça me donne le spleen et je ne travaille pas bien ». D'autres redoutent que leur carrière pâtisse de leur absence physique des lieux où tout se décide et où il vaut mieux « être vu ».



Le soir dans un bureau d'un Big Four

De plus en plus de managers américains disent avoir du mal à assurer le suivi de salariés dispersés et moins visibles. Ils préféreraient les avoir « sous la main »

De côté de nombreux employeurs, la conviction est désormais acquise que, « si les employés sont peut-être moins productifs au bureau, ils y sont aussi bien plus innovants », pour reprendre les termes de John Sullivan, professeur de management à la San Francisco State University. C'est le plus souvent au nom de cette « créativité collective » que se décide le retour au bercail des salariés à distance, surtout dans les secteurs où l'innovation permanente est un facteur-clé du succès, voire de simple survie. Marissa Mayer, alors CEO de Yahoo, qui a mis fin au travail à distance en 2013 dans la célèbre entreprise de télécommunications, estimait que pour obtenir de meilleurs résultats, « les employés devaient travailler côte-à-côte ». Une opinion partagée par

de nombreux collaborateurs qui « bossent beaucoup mieux avec des gens qui bossent aussi autour d'eux » selon un consultant français.

Rien de bien nouveau : déjà au XVII^e siècle, Boileau écrivait que « du choc des idées jaillit la lumière », signifiant que la confrontation des avis et des opinions permet de faire éclore de nouvelles idées. Il faut ajouter à cela la « fertilisation croisée » permise par les rencontres au travail, à savoir les partages in vivo d'expériences et de connaissances entre collègues.

Les pressions économiques ont aussi leur importance. En cas de difficultés financières, notamment, le management cherche toujours à avoir davantage de contrôle et réclame la présence des salariés « in situ ». Mais certains cadres ont une préoccupation plus basique : ils ont énormément de mal à assurer la gestion et le suivi de salariés dispersés et moins visibles et préféreraient les avoir « sous la main ». Insuffler aux collaborateurs une culture d'entreprise commune, fondée sur le sentiment d'appartenance à un groupe, relève aussi de la mission impossible si le télétravail est trop répandu.

Aux États-Unis, la contestation du télétravail semble néanmoins circonscrite à des secteurs d'activité bien précis, ceux où les rencontres entre les salariés apportent un plus dans le domaine de la créativité et de l'innovation. Et même là, le nombre de « rappelés » reste modeste : chez IBM moins de 8 000 sur un effectif total de 80 000 salariés aux États-Unis. Pour le moment, la tendance n'a pas réussi à freiner le mouvement général : selon le sondage Gallup

Chronique Internet

Chrome accusé d'être monochrome

Jean Lasar

Pour un navigateur dont le symbole est un éventail de couleurs, c'est un comble : Chrome, le navigateur de Google, est accusé par la Commission européenne d'être éminemment monochrome. La Commission a ouvert un nouveau front contre Google cette semaine en lui infligeant une amende de 4,34 milliards d'euros pour avoir imposé de manière abusive son moteur de recherche et son navigateur dans le système d'exploitation pour mobiles Android. Google, qui a 90 jours pour se conformer à la décision de la Commission, a immédiatement fait savoir qu'il faisait appel – un appel qui, sauf surprise, ne sera pas suspensif.

Google est un habitué des enquêtes pour abus de position dominante de la Commission et a déjà écopé d'amendes salées à plusieurs reprises pour des pratiques jugées monopolistes, la dernière fois en juillet 2017, d'un montant de 2,4 milliards d'euros, pour avoir privilégié ses propres services de shopping en ligne au détriment de ses concurrents. Mais l'amende de cette semaine est un record à tous points de vue.

Détaillant les accusations de la Commission lors d'une conférence de presse, la commissaire Margrethe Vestager a précisé que les pratiques « illégales » reprochées à Google avaient permis au groupe américain d'asseoir sa domination en matière de publicité mobile en ligne, dont Google contrôle environ un tiers au plan mondial. Elle a énuméré trois façons dont la firme de Mountain View met en avant Chrome et son moteur de recherche depuis 2011 : en contraignant les fabricants de mobiles à préinstaller Chrome, sous peine de ne pas avoir accès à Play Store, la boutique d'applications de l'écosystème Android ; en payant des fabricants importants pour ne préinstaller que Chrome sur leurs appareils (une pratique qui a cessé en 2014) ; et enfin en s'opposant à ce que des fabricants disposés à préinstaller des applications Google vendent des appareils des versions alternatives d'Android non approuvées par Google. « Google a utilisé Android pour asseoir la domination de son moteur de recherche », a résumé Margrethe Vestager, y voyant un obstacle inadmissible imposé par Google à ses concurrents et de nature à étouffer l'innovation.

Google vs Commission : prochain round

Google peut faire valoir que rien n'empêche ni le choix d'un moteur de recherche alternatif dans Chrome ni l'installation d'autres navigateurs. Mais la grande majorité des consommateurs sont connus pour leur inertie à cet égard et leur tendance à se contenter des outils préinstallés sur leurs appareils. Il faut reconnaître que ces pratiques sont efficaces : Google contrôle un tiers de la publicité mondiale sur mobiles, un marché que la firme spécialisée eMarketer chiffre à quarante milliards de dollars en-dehors des États-Unis.

Même si la Commission a toutes les raisons du monde de vouloir contraindre Google à cesser de se comporter en habile monopoliste, nous avons, nous les consommateurs avides de *smartphones* et de services en ligne, tout autant de raisons de remettre en cause notre comportement de moutons de Panurge à la lumière de cette décision de la Commission. Celle-ci nous met devant nos contradictions : nous voulons choisir, mais par paresse, nous ne prenons la peine ni d'installer ni d'utiliser Firefox, Opera ou d'autres navigateurs. Et à supposer que nous apprécions vraiment Chrome, dont il faut reconnaître qu'il est rapide et efficace (au prix, il est vrai, d'une gourmandise excessive en matière de puissance de calcul), rares sont ceux d'entre nous qui faisons l'effort de tester ou d'adopter d'autres moteurs de recherche, alors que cela est facile à faire dans les réglages du navigateur.

Nous avons beau jeu de nous plaindre de la domination d'un moteur de recherche américain si nous n'utilisons pas les outils à notre libre disposition pour accéder à ses concurrents. C'est d'autant plus vrai que, malgré l'importance de l'amende, la bourse a réagi avec sérénité à l'annonce de la Commission, jugeant sans doute que celle-ci aurait du mal à prouver que Google a des pratiques considérablement plus monopolistes que ses concurrents Apple ou Amazon.

de 2017, le pourcentage de personnes travaillant à distance a augmenté de quatre points depuis 2012. Parmi elles, environ un tiers télétravaillent désormais quatre ou cinq jours par semaine, contre un quart cinq ans auparavant.

En Europe, on n'a pas encore épuisé les avantages du télétravail. Son « taux d'acceptation » par les entreprises est encore limité. Selon un cabinet spécialisé, les entreprises britanniques ne sont que 5,5 pour cent à autoriser leurs salariés à travailler à partir de leur domicile sans restriction, contre 11,7 pour cent en Allemagne et 18,3 pour cent en France. Cela reste faible par rapport aux États-Unis. De ce côté de l'Atlantique, il n'existe aucun exemple notable de rétropédalage, même si les arguments développés aux États-Unis contre le télétravail sont connus et souvent partagés. De toute manière il existe plusieurs « cliquets » structurels, limitant ou empêchant tout retour en arrière significatif.

Les grandes tendances comportementales, par exemple. Pour Jody Thompson, ex-CEO de Best Buy et co-fondatrice de ROWE (Results Only Work Environment), les jeunes salariés communiquent entre eux par smartphones et « n'ont pas besoin de

s'asseoir les uns à côté des autres ». Le poids des habitudes aussi : les télétravailleurs qui ont pris goût à la nouvelle organisation, même si elle ne comporte pas que des avantages, ne voudront pas revenir aux anciens schémas. Certains employeurs s'y refusent d'ailleurs. Par exemple dans le milieu de la haute technologie où il est courant qu'une entreprise ait besoin de profils venant de pays différents, leur permettre de travailler de chez eux rend possible le recours à un vivier planétaire de talents.

La solution d'avenir, inspirée du retour d'expérience aux États-Unis, pourrait bien être le « semi-remote » (télétravail ponctuel) qui consiste à concilier plages de travail à domicile et moments de présence au bureau. Cette formule semble déjà répandue puisqu'en France, en Allemagne et au Royaume-Uni environ la moitié des entreprises permettent le télétravail avec quelques restrictions, notamment temporelles (nombre de jours, moment de la semaine ou du mois etc.). Typiquement, des rendez-vous réguliers sont organisés au bureau pour échanger avec les collègues et se mettre d'accord sur des directions à prendre, puis les salariés rentrent chez eux pour exécuter les missions ou les tâches décidées, avec le souci de tirer le meilleur parti de chaque phase.

Die kleine Zeitzeugin

Fake City, Wien zum Beispiel

Michèle Thoma

Wien verändert sich derzeit rasant, es ist so schnell gegangen, dass ich bezweifle, dass es Wien überhaupt noch gibt.

Wann fing dieses mulmige Gefühl an? In dieser Stadt, in der Straßenbahnen, die Garnituren heißen, sich in einer Seelenruhe deplatzen, dass sie jeden Entschleunigungs-Workshop überflüssig machen. Wo anders als in Luxemburg auch nach längerer Abwesenheit das Lieblingslokal noch an seinem Platz ist, der Melange auch, der ihn auftischende Grantler – Achtung, Kulturerbe! – sowieso. In dieser Stadt, in der es im Zentrum Läden gibt, „Alles für die Dame“, in denen im Schaufenster aufgebahrte Damenblusen ungestört zu Staub zerfallen.

Vor zehn Jahren registrierte ich mit Besorgnis, dass in einer Aida-Filiale – Aida ist eine Konditoreikette –, in der süß lächelnde Krankenschwestern in mildem Rosa Cholesterin in hohen Dosen verfüttern, eine ältere Frau ohne Pelzschachtel auf dem Haupt saß. Bald machten es alle der Rebellin nach. Gerade hat ein Saftladen Einzug gehalten in den Tempel von Motten- und Mozartkugel. Gut, eine Stadt ist kein Wachsfigurenkabinett, es gibt junge Menschen, die Säfte trinken. Und die ebenfalls behüteten Asiat_innen, die hinter einem Fähnchen stoisch durch das Stadtbild trotten, werden muffige Hüte nicht vermischen. Nach alten Zöpfen halten sie aber Ausschau, zumindest ihre Agenturen. Und die baumeln von jedem gern in Chinesisch beschrifteten Schild.

Diese Stadt, die über Totenschädeln und neben aufeinander gestapelten Kapuzinergrüftes ein knisterndes, vibrierendes Leben birgt, in der der Stefansdom immer noch eine magnetische Präsenz hat, diese Stadt hat sich in kürzester Zeit in etwas anderes verwandelt. Etwas Gruseliges. Etwas Totes, und es ist keinesfalls der zutiefst lebendige Wiener Tod, mit dem diese Stadt seit eh und je schäkert.

Es ist etwas Untotes, das alles überzieht. Die Stadt wird unter einer Attrappe ihrer selbst erstickt, betäubt unter einer Geräuschglocke von Pferdegetrappel, Fiakeralias Kutschen-Fakes hetzen mit ihrer menschlichen Fracht im Sekundentakt vorbei; nach Pferdeapfelmus riecht es aber schon lang nicht mehr. Die Domglocken dröhnen einer um die Ohren, gehört ihr bombastischer Einsatz zur Geräuschkulissenaufrüstung? In einer Seitengasse erschrecken mich Plastikmonster in Rüstungen, die zu einem Habsburg-Quickie verführen sollen. *Vienna to go*. Das eigentlich seelenvolle Porträt der besten Marketing-Trägerin der Stadt wird von ihrer eigenen Maske um das ihm innewohnende Leben gebracht. Auf Schritt und Tritt, sogar in verlässlich muffigen Plüschgrüften fällt plötzlich ein hartes Licht auf grell golden gerahmte Sissis und ihren biedereren Gatten. Sogar im Café Sacher und in der Edelabsteige Impe-rial, in der Hoheiten wie Michael Jackson und die Stones Hof hielten. Das Klimt-Paar ist auf ewig dazu verdammt, in dem eckigen Klimt-Kuss zu verschmelzen. Gustav Zimt versüßt Regenschirme und Aschenbecher. Auf Schritt und Tritt scheußliche Andenken für die, die blicklos inmitten eines toten Stadtherzen treiben. Durch einen von ratlosen Tourist_innen überbevölkerten und zugleich entseelten Stadtkern. Ist dieses Zentrum einer europäischen Stadt, eben noch ein relaxtes, aber jetzt von den Einwohner_innen zunehmend desertiertes Wohnzimmer, nur noch eine Kopie? Die Mozartkugel rollt, gibt Wien sich die Mozartkugel?

Vielleicht ist das Authentische, dieser Sehnsuchtsbegriff der Touristin, die eine Reisende sein will, ja der allergrößte Bluff? Vielleicht ist der Fake jetzt eben das Authentische, vielleicht sind die toten Stadtherzen, in denen Touristin mit den Attrappen der Hochkultur geködert und heillos abgespeist wird, das wahre Abbild der Realität? Das tote Herz, von Prada, Gucci & Co. und grotesker Kostümkultur scheinbelebt das wirkliche Zentrum unserer allgegenwärtigen Zivilisation.

Wien ist nur ein Beispiel, das Disneyland mit seiner Fast-Food-Kultur ist überall. Wien, lange im Schnecken- und Fiakertempo unterwegs, widerstand lange.

Die Stadtstreiferin, von wo auch immer, muss aber nur ein paar Gässlein abseits gehen, und sie wittert es wieder, das „kleine, moderne Geheimnis“, wie Sibylle Berg so wunderbar schrieb.



Fiaker mit pausierenden Kutschern am Heldenplatz

Fußball-Weltmeisterschaft 2018

Schlusspfiff Moskau, Anstoß Katar



Der Kroatie Luka Modric erhält den Goldenen Ball für den besten Spieler der WM

Charles Wey

Am Ende ging der WM-Titel an den großen Mitfavoriten aus Frankreich. Aber neben der Finalteilnahme Kroatiens bot die Weltmeisterschaft noch weitere Überraschungen: Titelverteidiger Deutschland schied bereits in der Vorrunde aus, während Gastgeber Russland mit engagierten Leistungen bis ins Viertelfinale vorstieß. Dass die russische Nationalmannschaft dennoch über wenig Kredit in der westlichen Öffentlichkeit verfügt, davon zeugten die Mutmaßungen mancher Kommentatoren, die außergewöhnlichen läuferischen Leistungen der Spieler seien wohl auf Doping zurückzuführen. Obwohl Doping ein systemisches Problem im gesamten Profisport ist, stehen russische Sportler unter Sonderbeobachtung – immerhin hat der im Dezember 2016 veröffentlichte *McLaren Report* aufgedeckt, dass in Russland zwischen 2010 und 2016 ein staatliches Dopingssystem betrieben wurde.

Insgesamt hielt sich die mediale Kritik an den russischen Gastgebern im Kontext einer grundsätzlichen russlandkritischen Einstellung in der westlichen Öffentlichkeit allerdings in Grenzen. So hat ARD-Kommentator Béla Réthy im Anschluss an das Finale die politische Realität in Russland zwar kritisch beurteilt, gleichzeitig aber auch von einem reibungslosen Ablauf des Turniers gesprochen.

Obwohl es vier Pussy-Riot-Aktivistinnen gelang, mit einem Platzsturm während des Finalspiels Aufmerksamkeit zu erregen, hat Präsident Putin mit seinem autoritär geführten Staatsapparat für Sicherheit in den und um die Stadien gesorgt. Zu spüren bekam das vor allem die russische Bevölkerung, der an den WM-Austragungsorten starke Einschnitte ins Versammlungsrecht auferlegt wurden. Abseits des medial inszenierten Events kam es dennoch zu Protesten gegen die kurz nach dem Auftaktspiel beschlossene Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Allgemein stellt sich die Frage, inwiefern die russische Gesellschaft nachhaltig von dieser Fußball-Weltmeisterschaft profitieren wird. Die großen finanziellen Gewinne werden die Fifa und ihre Sponsoren sowie die Oligarchen von Putins Gnaden unter sich aufteilen. Der Tourismus wird im aktuellen geopolitischen Klima auch weiterhin kaum zu einem Motor der russischen Wirtschaft. Die überdimensionierten neuen Fußballstadien werden, abgesehen von jenen in Moskau und Sankt Petersburg, voraussichtlich das gleiche Schicksal erleiden wie die Arenen in Südafrika oder Brasilien: Die dort eigens für die Weltmeisterschaften 2010 beziehungsweise 2014 eingerichteten modernen Spielstätten lottern nun vor sich hin.

Aufgrund der Anforderungen, die der Weltfußballverband an die Organisatoren einer WM-Endrunde stellt, können in den Gastgeberländern keine nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen durch die Ausrichtung des Turniers

Die Tendenz, die WM auf Kosten der Bevölkerung zu zelebrieren, dürfte 2022 in Katar auf die Spitze getrieben werden

angestoßen werden. Einerseits muss die notwendige Infrastruktur von den Staaten aufgebaut werden, andererseits erhalten diese einen geringen Anteil an den finanziellen Erträgen, welche die Fifa im Rahmen der WM generiert. Dieses System entspricht einer neoliberalen Logik: Während die öffentliche Hand für den idealen Rahmen sorgt, schöpfen private Akteure die Gewinne ab. In Volkswirtschaften wie Deutschland oder Frankreich sind die Voraussetzungen, um ein Event dieser Dimension auszurichten, größtenteils schon vorhanden. In Staaten wie Südafrika, Brasilien und Russland dagegen weniger. In Verbindung mit einem autoritären Staatsmodell entsteht ein erhöhtes Risiko, dass die Weltmeisterschaft auf Kosten der Bevölkerung zelebriert wird.

Die hier skizzierten problematischen Entwicklungen, die sich im Rahmen der letzten drei Endrunden abzeichneten und zuspitzten, dürften bei der WM 2022 in Katar auf die Spitze getrieben

werden. Die höchst umstrittene Wahl des Emirats als Austragungsort fand im Verbund mit der Vergabe an Russland statt und steht nach wie vor unter dem Verdacht, erkauft worden zu sein. Jenseits der Korruptionsvorwürfe an die katarische Herrscherfamilie Al Thani sowie die Funktionäre der Fifa gibt es noch viele weitere Gründe, erhebliche Bedenken am künftigen Gastgeberland zu äußern. Auf den Baustellen der Arenen, die allesamt aus dem Wüstenboden gestampft werden müssen, schufteten Gastarbeiter unter menschenunwürdigen Bedingungen. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen. Die Arbeitsbedingungen auf den WM-Baustellen haben die Menschenrechtslage im Emirat immerhin in den Fokus von internationalen Organisationen gerückt.

In Katar profitiert vor allem die Al-Thani-Dynastie von der Austragung der WM, denn diese ist ein Element ihrer Strategie, über den Fußball Zugang zu diversen Sparten der europäischen Wirtschaft zu erhalten. Nicht zufällig fand vor der WM-Vergabe ein Treffen zwischen dem Emir von Katar sowie dem französischen Uefa-Präsidenten Michel Platini und dem damaligen Präsidenten Frankreichs, Nicolas Sarkozy, statt. In der Folge investiert Katar bedeutende Summen in Frankreichs Wirtschaft und Sport. Platini wiederum machte seinen Einfluss bei der Fifa geltend, damit das Exekutivkomitee der Fifa dem Emirat die Austragung der WM zuteilte. Für den Weltfußballverband sind gut orchestrierte Spiele wichtiger als die sportlichen Werte, die er selber mitkonstruiert.

Der neoliberale Kapitalismus, wie er der gesamten Welt aufgedrängt wird, manifestiert sich beispielhaft im Weltfußball, wo – wie in der Weltwirtschaft auch – nur eine kleine Elite vom globalen System profitiert.



Am Sonntagabend in Metz nach dem WM-Sieg Frankreichs

Zoom op d’Sprooch

Schnëssen: Eis Sprooch wëssenschaftlech dokumentéieren

François Schanen

A leschter Zäit ass hei am Land vill Rieds vun enger Smartphone-App mat engem komesch-lëschtegen Numm: *Schnëssen*. Se ass vu Fuerscher vun der Uni Lëtzebuerg entwéckelt ginn, fir Daten iwwert de Gebrauch vun der lëtzebuergescher Sprooch ze sammelen. „Zil vun der App *Schnëssen – Är Sprooch fir d’Fuerschung* [...] ass et d’Sprooch wëssenschaftlech [mat Hëllef vun der Bevëlkerung] ze dokumentéieren an ze kartographéieren“, schreift de Professor Peter Gilles am Communiqué de presse vun der Uni. Dont acte.

Fir d’ëischt mol Felicitatiounen fir déi iwwregens scho méi laang erwaarten Initiativ! Dann zweetens schéngt et mir och wichteg, mol ze kontrolléieren, wat, vun sou enger Kommunikatiounsaktioun op den éischte Bléck bei de Lieser ukënn. Wann een dem Lex Roth säin Text op *rtl.lu* liest, dee vun enger „interessanter neier Sproochvarianten-Initiativ vun e[li]ser UNILU“ schwätzt, niewent „där Collectioun däitsch Sätz, déi a verschide Géigende vun eisem Land op Lëtzebuerg sollen iwwersat ginn“², dann ass dat menger Meenung no weéneeg a flou.

Den *rtl.lu*-Schreier, an dat weess jidderee,deen sech am Land fir d’Lëtzebuergesch interesséiert, huet heiansdo simpl linguistesche Opfaasungen; sou seng Koiné-Theorie vum duerchschnëttleche „Mëttellëtzebuergesch“³. Mee seng Allergie op Wëssenschaftlech ass esou grouss, datt ee sech éierlech froe kann, ob hien iwwerhaapt d’Dokumenten vun der Uni gelies huet a genee weess, ëm wat fir Sproochvarianten (haaptsächlech lexikalescher!) et hei geet⁴. Well de Communiqué de presse vun der Uni sengersäits och net an alle Punkte kloer an direkt verständlech ass, missten niewebäi och e puer Erklärungsfroen erlaabt sinn.

Nei also ass d’Smartphone-App *Schnëssen* mat hiren technesche Funktiounen. An enger éischter Phas sollen d’Participanten a d’Participanten kuerz Sätz direkt an den Handy eraschwätzen, déi dann an enger Datebank gespeichert ginn. Dobäi kënnen se sech och an enger zweeter Etapp duerch eng Kaart klicke fir sech d’Opname vun allen anere Participanten unzelauscheren.

„Schnëssen“? Nee, Merci! Ech schwätzen awer gär a sinn och bereet matzemaachen!

D’Funktioen Schwätzen/Ophuelen an d’Funktioen Lauschteren/Sech-informéieren sinn interaktiv, an d’Benotzer vun der App kënnen „op dës Manéier“, seet de Peter Gilles, „déi gesamt Bandbreet vum Lëtzebuergesche kenneléieren“. Zugläich kënnen se awer och un enger Ëmfro deelhuele. Och wann dem Här Gilles säi Saz hei vag a rätselhaft klénkt (e puer Beispiller wäeren an sou engem programmateschen Text vill méi konkret a lieserlech gewiescht⁵), da versteet een dach, datt dës Ëmfro eng wichteg Funktioun vun der App *Schnëssen* duerstelt. Dobäi kënn, datt de Projet och schliisslech viséiert, Sproochkaarten ze publizéieren fir se mat eelere Resultater vum Lëtzeburger Sproochatlas ze vergläichen. Kuerz: D’App *Schnëssen* ass multifunktionell, an dat kann een hir bestëmmt net virwerfen, och wann d’Erklärunge vun de Funktiounen vill ze vag bleiven, fir un eng massiv, klug, avertéiert an effikass Mataarbecht vun der Bevëlkerung ze denken.

De Konzept an d’Erschaf vum engem multifunktionellen Instrument gehéiere selbstverständlech zur Recherche, mee dës technesch Entwécklungsarbecht ass nëmmen een Deel vum ganze Fuerschungsprojet. Leider seet de Communiqué de presse vun der Uni bal näischt zum Inhalt selwer vun de Sproochleche Froen, notament vun de verschidene Varianten-Typen, vun de gewisene Biller, ausgewäerten Ëmfroen, viséierte Resulta-



An enger éischter Phas sollen d’Participanten a d’Participanten kuerz Sätz direkt an den Handy eraschwätzen, déi dann an enger Datebank gespeichert ginn

Zu Gast

E Plang fir Lëtzebuerg

Claude Wiseler

In der Politik ist nicht die Frage wesentlich, wie man die Vergangenheit verwaltet. Politik bedeutet die Zukunft vorzubereiten. Politik muss nach vorne blicken. Dazu bedarf es eines Plans mit klaren Perspektiven und Zielsetzungen. Wir haben einen solchen Plan entwickelt, der ein zusammenhängendes Ganzes bildet und konkret beschreibt, wie wir uns die Zukunft des Landes vorstellen, wo reformiert werden muss, wo politische Akzente gesetzt werden müssen.

Unser Plan ist alles andere als eine bunte Auflistung von Wahlgeschenken oder Beglückungsinitiativen. Nein, was wir vorschlagen ist ein Gesamtpaket für die Zukunft des Landes. Dies im

Zeichen von Gerechtigkeit, Innovation und Effizienz. Wir wollen Lebensqualität, soziale Absicherung und Gerechtigkeit, Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit längerfristig absichern.

Nun muss ein solch ambitionierter Plan natürlich finanzierbar sein. Demnach bedarf es stabiler Staatsfinanzen. Sie sind die Grundlage für politisches Handeln. Ohne ausreichenden finanziellen Spielraum können die entscheidenden Zukunftsweichen nicht gestellt werden. Ohne die nötigen finanziellen Reserven können die bewährten sozialen Sicherungssysteme, wie wir sie kennen und erhalten wollen, nicht zukunftsfähig abgesichert werden. Genau das wollen wir tun: Die Zukunft absichern. Auch hier geht es uns um die kommenden Generationen.

Luxemburgs Wirtschaft muss wachsen. Unser Plan für Luxemburg ist kein Plan gegen Wachstum. Aber es darf nicht ungebremst stattfinden. Wachstum muss verträglich sein für das Land und die Menschen, die hier leben und arbeiten. Wir wollen Wachstum leiten und begleiten. Konkret bedeutet dies vor allem, sich in der Wirtschaftspolitik und bei der aktiven Promotion des Standorts auf bestehende Cluster, das Finanz- und Versicherungswesen, die Informationstechnologien (ICT), Biotechnologien sowie den Logistiksektor, zu fokussieren. Zukunftsträchtige Sparten, wie die Kreislaufwirtschaft und ein anerkannter „Health Hub“, müssen auf- und ausgebaut werden.

Unser Plan für Luxemburg soll das Land strukturell fit machen für die Zukunft. Dazu gehören eine neue Mobilitätsinitiative, ein Maßnahmenpaket für bezahlbaren Wohnraum und natürlich eine Territorialreform, die die Gemeinden im direkten Interesse der Bürger stärker machen soll.

Im Interesse der Bürger schlagen wir auch eine weit reichende Reform des Gesundheitswesens vor. Wir werden einen Gesundheitsplan erstellen, der auf fünf Säulen fußt: Prävention, medizinische Basisversorgung, Spitalplanung, ambulante Versorgung und geriatrische Versorgung. Dieser Plan soll sich nach den echten Bedürfnissen richten und Innovation als zentrales Element beinhalten.

In ihrem Plan bekennt sich die CSV auch zu einer offensiven und voluntaristischen Integrationspolitik in einer offenen Gesellschaft. Die CSV will Beteiligung und Integration fördern. Nur so kann die Kohäsion im Land verstärkt werden. Die Gesellschaft braucht diese Kohäsion. Die Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Weichen zu stellen.

Mit ihrem Plan schreibt sich die CSV resolut in die Zukunft ein. Wir wollen anpacken, wo angepackt werden muss, und nötige Reformen nicht verschleppen. Wir wollen handeln und uns um die echten Anliegen der Bürger kümmern und für kommende Generationen planen.

ter. Eng éischt Stéchprouf féiert de Benotzer vun der App zum Beispill zum traditionelle *Päipel/Päiperlek* an zum berühmte *Kéisec(k)er/Däreldeier/Igel* an zu aner bekannte „Klassiker“ wéi *Seejomes/Ameis*. Dobäi bréngen déi éischt Resultater engem gebildete Lëtzeburgophon mat guddem „passiven“ Sproochenhannergrond och net vill Neies; weder wat déi lexikaleschen Elementer ugeet (dat alles ass, soe mer mol, bis elo, ale Wäin an hallef neie Schläich!), nach d’Resultater vun hirem Gebrauch a hirer Variatioun (cf. d’*Schnëssen*-Resultater fir *Fussball*; *Muert*; *Telecommande*; *Schallimo*, *Stréihalle*; *Seejomes*; *Freideg*).

Trotz der exzellenter technescher Presentatioun muss ech mengersäits zouginn, datt ech vun den Auswärtunge bis elo relativ enttäuscht sinn. Sou vill Radau a Propaganda fir eng scho sou laang entwéckelt Problematik a Perspektiv a fir am groussen Ganze scho bekannt Resultater. Selbstverständlech ass et interessant iwwer Prozentsätz ze verfügen, fir de Gebrauch vu lexikaleschen Elementer jee no Region a Generatiounen ze vergläichen. Mee Frequenzprozentsätz ginn net duer, si soen och net wat „richteg“ ass, gi kee „Standardlëtzebuergesch“ un, a weinst de „Migratiounen“ vun den Awunner sinn d’Donnéeen och guer net einfach op arealinguistesche Regionalkaarten anzedroen.

Normalerweis sollten den Zweck an d’Ziler vun den Detailetüden moderniséiert an *erneiert* ginn an d’Benotzer vun der Sprooch virun traditionelle Feelinterpretatiounen gewarnt ginn. Sou zum Beispill ass eng Kaart, wéi déi vum Gebrauch vu *Fussball/Futtboll* haaptsächlech interessant fir eis Sprooch vun haut um Hannergrond vun der Méisproochegkeet z’analyséieren. Déi lëtzebuergesch Adaptatiounen si méi wichtig wéi den Transfert vun de Friemwierder *Futt-* a *Fussball*⁶. Dobäi huet *Fuuss-* am Composé *Fuussball* awer näischt mam *Fuuss-/Fochs* ze dinn. Och wann den Direkter vun *rtl.lu* seet (18.06.2018), si hätten de Problem geléist, well si sech fir *Futtboll* entscheet hätten (mee si géife scho laang *Football* schreiben), da feelt dach nach déi wëssenschaftlech linguistesche Argu-

mentatioun, déi dës Decisioun justifiéiert. Et geet net duer, Statistiken opzustellen. Si mussen och kohärent begrënn a kommentéiert ginn.

A propos Kohärenz: Do hätt ech zum Schluss zwou Froen, déi awer d’Matmaache vun de meeschten hoffentlech net verhënnere sollten. Wäer et net gutt, wann déi ganz Sproochvariante-Campagne mat enger verdëfter Presentatioun vun de verschidene Varianten-Typen ufänke kéint? Dann hätten déi Responsabel vum Luxemburgistik-Team och d’Geleeënheet z’erklären, wéi se de Respekt vun de fréie Varianten-Typen mat der noutwenneger (heiansdo forcéierter) Normaliséierung a Standardiséierung iwwerbrécke wëllen? Eng lescht Remark, déi eppes mat der Konnotatioun vu „Schnëssen“ ze dinn huet: Ech hätt dat neutraalt „Schwätze“ léiwer gehat! Eis Sprooch an eis Recherche verdénge méi wéi „Geschnëss“, Béiergesprécher a Fore-Gestreits.

¹ Cf. „*Schnëssen*“ fir d’Wëssenschaft: Nathalie Entringer in *Lëtzeburger Journal* (11.06.2018)

² Cf. *Eis Sprooch mam Lex Roth*. „Op eiser UNILU“, *rtl.lu* (08.06.2018)

³ Et sief, schreift de L. Roth, et kristalliséiert sech aus deer Initiativ eraus, wat dann am Duerchschnëtt elo dat „Mëttellëtzebuergesch“ sollt kënnen sinn.

⁴ Déi suggeréiert Ähnlechkeet tëschent der „Zentrallëtzebuergescher“ Koiné-Theorie vum Här Gilles (1999) an dem onverständlechen „duerchschnëttleche Mëttellëtzebuergeschen“ vum Lex Roth ass opfälleg. Derlaanscht ass och déi zu Lëtzebuerg ganz populär Perspektiv vum „richtege Lëtzebuergesch“ a vum „Regionalfanatismus“.

⁵ ... wéi déi abstrakt Behauptung, déi am Text steet: „Mat Hëllef vun dësem Instrument ginn Daten iwwer d’Perzeptioun (?) an d’Siichtbaarkheet (?) vun de Sproochen am Alldag (?), awer och iwwert de Sproochgebrauch (?) erhuewen“.

⁶ Ass *Kreuzworträtsel* net méi heefeg wéi *Kräizwuerträtsel*, ass et *Minderwäertgeetsgefill* oder *Mannerwäertgeetsgefill*? D’Fro nom bessere Lëtzebuergesch ass eng aner, déi wäit iwwer d’Statistiken ewech geet, déi hirersäits ëmmer interpretéiert misste ginn.



Le Hariko, ce labo de la contre-culture où artistes, jeunes, réfugiés, SDF et simples curieux se côtoient, déménagera donc de Bonnevoie vers les zones piétonnes d'Esch et d'Ettelbruck. Ce mercredi, les responsables de la Croix-Rouge expliquaient que l'expérience au Dernier Sol avait été « unique » et que les prochains Harikos devraient « se réinventer » pour devenir « quelque chose de différent ». Oui, mais « différent » comment ? À Esch, l'opposition de gauche craint justement « une dénaturation » du projet par le nouveau maire, Georges Mischo (CSV), et son échevin de la culture, Pim Knaff (DP). Ceux-ci ne voudraient retenir du projet que le volet culturel au détriment du volet social, transformant ainsi le Hariko en agent de gentrification. Une accusation que Pim Knaff a qualifié de « démagogique » : l'essence du Hariko resterait inchangée. Le directeur de la Croix-Rouge, Michel Simonis, n'a pas souhaité commenter cette polémique, mais a souligné les « succès énormes », notamment pour l'accueil de réfugiés, de la structure. Et de rappeler que son organisation n'avait « pas pour objet de gérer une galerie d'art ». bt

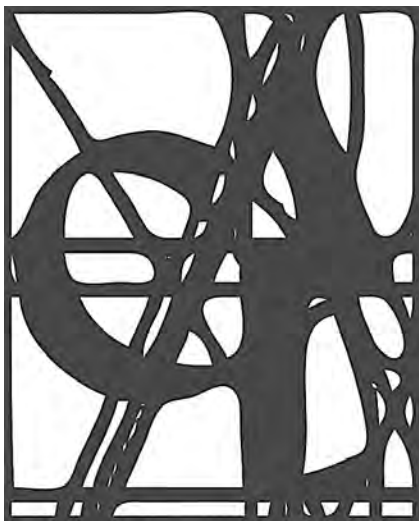


tablo

Wettbewerb

Kunstschaffende gesucht

Kunstschaffende der Bereiche Skulpturen, Malerei und Zeichnen, die in Luxemburg leben und arbeiten, sind aufgerufen für den *Salon 2018* des Cercle artistique du Luxembourg (Cal) drei rezente Werke an www.cal@vol.lu zu senden. Eine Jury wählt die besten aus und diese werden im Limpertsberger Tramschapp auf der dritten *Luxembourg Art Week* vom 9. bis 15. November vor Publikum ausgestellt. Einsendeschluss ist der 24. August 2018, Einzelheiten zu den Wettbewerbsbedingungen unter www.cal.lu. Den Veranstaltern zufolge sind alle Techniken möglich, ohne Diskriminierung und ungeachtet von Trends oder ästhetischen Strömungen, ausgewählt wird laut Cal nach künstlerischem Anspruch, Recherche, Innovation und Originalität. ik



Bauten

Gerettet?

Der Bogen über den Säuleneingang ist ihr Markenzeichen: Die *Kärenhal* in Mersch bei den Getreidesilos kommt auf die ergänzende Liste der denkmalgeschützten Bauten, zusammen mit 72 anderen Gebäuden. Dies bestätigte der Staatssekretär für Kultur, Guy Arendt (DP), gegenüber *RTL Télé Lëtzebuerg* am Dienstag. Die Abrissarbeiten an der Getreideanlieferungshalle (Foto: Michèle Sinner), die von der Société Luxembourggeoise d'entreprises et de construction, Soludec, entworfen und 1959 fertiggestellt wurde, sind somit zwar vorerst gestoppt, das bedeutet aber noch nicht, dass die Halle wirklich definitiv vor der Abrissbirne gerettet ist: Bei Gebäuden, die auf der Ergänzungsliste stehen, ist der oder die EigentümerIn gehalten, dem Staat zu melden, bevor ein Abriss erfolgt. Dann bleiben 30 Tage Bedenkzeit, ob die Einrichtung wirklich denkmalgeschützt werden soll. Für die *Kärenhal* heißt dies, dass ein Architekturbüro gesucht wird, das das Gebäude in das geplante Wohnprojekt integrieren kann. Den Meinungsumschwung im DP-Kulturministerium bewirkte neben anderen das Engagement des Cruchteners Bürgers und Ex-CSJ-Vorsitzenden Charel Schmit. ik

Musik

Feelin' Blues

Diesen Samstag steigt die *Blues'n Jazz Rallye* in Luxemburg-Stadt, organisiert vom Luxembourg City Tourist Office, der Stadt und dem Blues Club Lëtzebuerg. Unter freiem Himmel und vor beeindruckender Altkulisse in Cafés und auf Freiluftbühnen in den Vierteln Clausen, Grund und Pfaffenthal sind 89 Gratis-Konzerte zu hören. Highlights dürften der funkige Auftritt der US-Sängerin Judith Hill im Bisserwee im Grund am Samstag um 23.15 Uhr sein, deren Debütalbum von Prince produziert wurde, sowie das Berliner DJ- und Produzentenkollektiv Jazzanova (Samstag um 22.45 Uhr in der Abtei Neumünster). Alle Bands, Spielorte und Zeiten unter www.bluesjazzrallye.lu. Auch gestandene Luxemburger MusikerInnen sind dabei, wie Sascha Ley und Murat Öztürk, das Jitz Jeitz Quartett oder die Gaasserock-bluesband. ik

Virtuosen in Wiltz

Die Oud, eine Laute, ist ein uraltes Instrument aus dem arabischen Raum, dessen Geschichte bis ins alte Ägypten reicht. Gespielt wird sie von Samir Jourban und seinen Brüdern Wissam und Adnan, Palästinenser aus einer traditionsreichen Familie von Musikern und Oud-Herstellern aus Nazareth in Israel. Eigentlich wird das Instrument solo gespielt, aber die Brüder haben einen eigenen Stil zu dritt entwickelt. Die Virtuosen zeigen am Donnerstag, den 26. Juli um 20.30 Uhr auf dem *Wiltzer Festival* ihr Können. Karten kosten im Vorkauf 48 bzw. 38 Euro, erhältlich unter www.festivalwiltz.lu, Abendkasse fünf Euro zusätzlich. ik

Film

Ausgezeichnet

Gutland, der Film des Luxemburger Regisseurs Govinda Van Maele, gewann beim 30. *Galway Film Fleadh* in Irland vergangenen Sonntag den Preis für das beste internationale Erstlingswerk. In dem 100-Minuten-Film, der im Ösling, in Gutland und in der Gegend um Echternach gedreht wurde, geht es um den Deutschen Jens (Frederick Lau), der nach einem bewaffneten Überfall ins kleine luxemburgische Dorf Schandelsmillen flüchtet, dort eine junge Frau kennenlernt (gespielt von Vicky Krieps, Foto: Filmverleih) und allmählich entdeckt, dass sich hinter der idyllische Dorffassade manch düsteres Geheimnis verbirgt und er nicht der einzige mit doppeltem Gesicht ist. Produziert wurde der Film, der auf dem Filmfestival in Toronto Weltpremiere feierte und dessen vom Film Fund Luxembourg finanziertes Budget sich auf rund drei Millionen Euro belief, von Les Films Fauves, Propeller Film und Novak Prod sowie ZDF und Arte. *Gutland* läuft derzeit im Cinéma Utopia in Luxemburg-Stadt. ik



Lesen

Wer Visionen hat

Es sei schwierig, in Luxemburg Inventar, Wert und Umfang von Kunstsammlungen zu schätzen, weil vor allem die privaten oft sehr diskret gehalten würden und weil es keinen Katalog gibt, der diese Sammlungen erfassen würde, so Enrico Lunghi in der neusten *Forum*-Ausgabe. Und es sei zu befürchten, dass eine Galerie für nationale Kunst daran wenig ändern werde. Der ehemalige *Mudam*-Direktor bemängelt eine fehlende kohärente Vision zum Aufbau eines zeitgenössischen Kulturschatzes – und macht dafür eine kulturelle Identität verantwortlich, deren dominierendes Kennzeichen ein „provizieller Minderwertigkeitskomplex“ sei. Die Zeitschrift *Forum* ist für sieben Euro an jedem gut sortierten Kiosk erhältlich. ik

Vier Städte auf einen Blick

Vier Städte in drei Ländern, beschrieben in zwei Sprachen und dies in einem Buch – das ist das Konzept des neuen *Dumont*-Reiseführers zu den Quattro-pole-Städten Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier, der soeben erschienen ist. Die markanten Städte der Großregion liegen nur eine gute Stunde Autofahrt auseinander, blicken auf über 2 000 Jahre Geschichte zurück und haben zahlreiche kulturelle und historische Sehenswürdigkeiten und Orte zum Entdecken und Verweilen zu bieten. Auf 125 Seiten in Deutsch und Französisch lässt sich toll stöbern. Der in der Reihe *DuMont Direkt* erschiene Stadtführer kostet 14 Euro und ist im Buchhandel erhältlich. ik

Ausstellung

Wie es sein sollte

Confrontations. Ein Museum für alle heißt die neue Ausstellung, die ab dem 21. Juli bis 3. Februar 2019 in den Räumen der Villa Vauban zu sehen ist und in der die Einrichtung Werke aus ihrer Sammlung neu präsentieren wird. Der Clou: Nationale und internationale Werke aus unterschiedlichen Stilepochen (Bild: *Suzanne accusé par les vieillards* von Antoine Coypel) werden vom hauptstädtischen Kunstmuseum so ausgestellt, dass sie für alle zugänglich sind: also auch für Kinder und für Menschen mit Einschränkungen. So gibt es Bilder, die zu ertasten sind, und Brailleschrift-Tafeln, um Menschen mit Sehbehinderungen ein Werk näher zu bringen, aber auch Bilder, die so aufgehängt sind, dass sie von Klein und Groß, auch vom Rollstuhl aus, betrachtet werden können. ik





Jusqu'au 26 août, on pourra combiner art et mini-golf aux Rotondes de Bonnevoie, sur des œuvres spécialement imaginées par des artistes

Arts plastiques

Art practice

Marianne Brausch

Est-ce que l'équipe des Rotondes s'est creusé la tête pour imaginer son installation d'été 2018 ? Il paraît qu'au départ, c'était presque une bou-

tade, une idée juste comme ça. *Une nouvelle approche du mini-golf* (quel titre malheureux pour une approche aussi réussie !) a l'évidence du « mais bien sûr ! »

On pourra donc combiner jusqu'au 26 août découverte de l'art et pratique du mini-golf autour et dans les deux halles du site de Bonnevoie (attention aux heures d'ouverture suivant le festival de concerts d'été *Congés annulés*), sur des œuvres spécialement imaginées par des artistes qui connaissent bien les lieux pour avoir tous déjà exposé dans la halle à locomotives ou travaillé sur l'ancien site de Hollerich.

Le mini-golf... Ce sera pour beaucoup une découverte mais pour d'autres, comme une petite madeleine de Proust salée, déguisée en « Kéiseschmir » ou « Hâmeschmir », qu'on allait manger avec les grands-parents aux bistrots de campagne... Sauf qu'on trouve sans doute aujourd'hui plus de parcours de golf 18 trous taille XXL au « Petit pays » qu'autrefois il y avait de ces mini terrains de jeu dans les jardins des cafés.

Raison de plus pour, par ce temps estival, aller faire un tour entre amis ou en famille aux Ro-

tondes, et, à l'issue de la partie, savourer une bière ou – évolution écolo oblige du quartier le plus populaire de la capitale – siroter une limonade bio en terrasse, au son d'un concert électro des *Congés annulés*.

Des clubs, 18 trous. On peut lire les règles du jeu, compter et noter les points dans le livret qu'on vous tend avec l'équipement dont un casque, car le trou n° 9 est une « boucle », figure classique du mini-golf réinterprétée à la verticale par Raoul Gross... On pourrait aussi établir un palmarès des artistes si on voulait pousser l'esprit de compétition jusqu'au bout. Mais ils ont tous été « fair play » : de Filip Markiewicz à Marco Godinho (qui lui succédera à la Biennale de Venise l'année prochaine), Trixi Weis (dont on visitera la scénographie de l'exposition Thierry van Werveke au Pomhaus du CNA), sans oublier Feipel&Bechameil, qui s'autocitent en reprenant une forme de leur exposition remarquable au Casino, Theatre of Disorder.

Il y a autant d'idées qu'il y a d'artistes. L'interprétation du mot « golf » est littérale, conceptuelle, enjouée, détournée. L'énumération qui suit a donc un petit goût de poème à la Prévert ou, si on préfère, d'histoire de l'art surréaliste.

Art et jeu d'été aux Rotondes : de la boule qui roule sur un tapis persan à la boule à facettes de boîte de nuit

Une voiture du même nom (on ne cite pas de marque) pour Christophe Peiffer, un rail de chemin de fer (on est sur le site de l'ancien entrepôt de chemin de fer) par Trixi Weis, une vague (golf veut dire vague en néerlandais) de Daniel Wagener...

Sur le mirador de Max Mertens, le joueur et la balle prennent de la hauteur, on s'essayera à faire des ronds dans l'eau au bassin imaginé par Stina

Fisch. Se défouler au « paintball » est permis par Lucie Majerus : le club est trempé dans un pot de couleur avant d'accéder au trou n° 8...

Le score de Serge Ecker est politique (ou comment marquer les points de la gentrification qui fait monter les prix de l'immobilier de l'ancien quartier populaire), le son est contestataire au trou n° 13 imaginé par Filip Markiewicz où la balle frappe les cordes d'une guitare reliée à un ampli. Quant à savoir si une stratégie de 'put' est possible ou pas, impossible avec Doppel-punkt. L'idée est bien sûr des spécialistes des mots composés, Laurent Daubach et Charles Wennig (Recto Verso au Parc Central du Kirchberg l'été dernier inaugurerait cette déclinaison), qui ont imaginé un parcours à deux trous.

Si donc le hasard nous mène du bout du club de golf, autant finir le parcours au trou n° 17 de Laura Manelli : ici, on joue dans le noir, vraiment.

Une nouvelle approche du mini-golf dure jusqu'au 26 août, durant le festival d'été Congés annulés. Rotondes, Place des Rotondes, Luxembourg-Bonnevoie. Jours et heures d'ouverture sur [rotondes.lu](#)

Art contemporain

L'effronté Jean-Jacques Lebel

Lucien Kayser

Effet ou non, qui le dira, de l'anniversaire d'un certain mois de mai, les dates n'ont sans doute pas été choisies au hasard, et il faut reconnaître qu'il a fallu attendre longtemps, après telles expositions à l'étranger, dans de grosses boîtes comme le ZKM à Karlsruhe ou avant déjà le Mamco à Genève. À Paris donc, enfin, dans des institutions quand même officielles, le Palais de Tokyo pour commencer, et tout de suite après le Centre Pompidou. Au Palais de Tokyo, Jean-Jacques Lebel s'était trouvé associé à Kader Attia, « l'un et l'autre », ensemble pour dénoncer le monde comme il va mal, et l'on avait repris en l'occurrence le labyrinthe commandité par Genève, à se perdre (et à perdre la raison et son assurance) parmi les photographies des tortures de la prison d'Abou Ghraib, près de Bagdad : les militaires américains, les femmes ne faisant pas exception, allaient pour le moins aussi loin dans l'horreur que les tortionnaires partisans de Saddam Hussein avant.

Il a été le premier à organiser des happenings en Europe, il souffle son esprit subversif jusqu'au Centre Pompidou

Deux grandes salles, au niveau quatre du Centre Pompidou, ne le cèdent en rien au geste perturbateur de l'installation du Palais de Tokyo, même si l'apparence ici est plus muséale. C'est que l'on ne peut pas se départir du naturel de Lebel, et dans son art, ou plutôt son activisme d'artiste, il ne veut pas de visiteur voyeur, pas de témoin passif ; il faut que le « regardeur » soit pris par l'acte qu'on n'associera plus à l'esthétique, il doit porter en lui un élan insurrectionnel. Du moins il s'agit de réveiller une conscience endormie.

Côté moyens plus traditionnels, cela s'est fait, en 1960, avec le *Grand Tableau Antifasciste Collectif*, quatre mètres sur cinq, réalisé avec quatre artistes amis, Enrico Baj, Roberto Crippa, Gianni Dova, Erró et Antonio Recalcati, manifeste multiforme, bigarré, qui évoque le viol d'une jeune militante du FLN par des militaires français au cours d'un interrogatoire. Jean-Jacques Lebel que son opposition à la guerre d'Algérie avait fait fuir l'armée, a milité pour le droit à l'insoumission ; il a refusé tout engagement dans quelque parti que ce soit, il avait auparavant soutenu le soulèvement de Budapest.

L'exposition s'ouvre sur des formats plus réduits. Des huiles, des dessins, des collages, qui datent des années cinquante, tels les lumineux ou nocturne *The Medicin Man* et *La Sorcière*, ou encore le face-à-face André Breton et Guillaume Apollinaire, sorti d'un rêve où le poète surréaliste s'est mué en loup. Jean-Jacques Lebel avait de qui, de quoi tenir, d'un père pris dans le milieu de l'art, de sa proximité, durant les années de guerre passées à New York, avec les artistes et intellectuels exilés.

Et puis, plus lointains, les aïeux tutélaires choisis, comme Nietzsche, penseur de référence, Artaud, voire le Divin Marquis. Un portrait, à la manière

Lebel, donne à voir le premier, dans une sculpture sonore où à la place de l'étoile dansante du philosophe trois *pin-up girls* esquissent un pas hors d'une publicité de boisson anisée.

Jean-Jacques Lebel a toujours fait flèche de tout bois, de toute actualité en premier, par exemple l'affaire Profumo, ou Christine Keeler, de préférence, vous vous rappelez, le ministre anglais se partageant la jeune femme avec un attaché militaire soviétique ; nous sommes au début des années soixante, et politique et sexe ne font pas bon ménage, en pleine guerre froide, c'est plutôt chaud. Et dans ces années-là, justement, Jean-Jacques Lebel, intensément, avec une dimension existentielle, une présence de la mort qui hante, introduit, à la suite d'Allan Kaprow aux États-Unis, le happening en Europe.

Cérémonieusement, comme il se doit à Venise, au temps de la biennale, de 1960, c'est l'*Enterrement de la chose de Tinguely*, dans la lagune ; plus radicalement, quelques années plus tard par exemple, à l'American Center, à Paris, c'est *Déchirex*, dans le cadre d'un festival qui porte avec raison son nom de « Libre Expression ». Cela ne va pas, cela sentend à l'époque, sans intervention policière, à l'instar, plus tard encore, de ce qui se passera pour les actionnistes à Vienne, au mois de juin 1968. Au mois de mai, Jean-Jacques Lebel était à l'Odéon, lieu privilégié de la part libertaire des événements. Et c'est sans doute avec tant soit peu de satisfaction, de fierté, qu'il a pu les considérer comme le plus grand happening. Une sorte d'aboutissement aussi.

Jean-Jacques Lebel, L'outrepasseur, exposition au Centre Pompidou, ouverte jusqu'au 3 septembre 2018, tous les jours de 11 h à 21 h, sauf le mardi. [centrepompidou.fr](#)



Déchirex : « Éros et Thanatos, ces mots ouvrent un chemin dans la densité de la jungle »

Lieux de culture (1)

Esch sinn Kufa !

Fabien Rodrigues

Le rituel est immuable depuis des années lorsqu'on conduit jusqu'à la Kulturfabrik d'Esch-sur-Alzette : on tourne un peu avant ou un peu après selon le sens d'arrivée, on se gare bien peïnard sur le parking du supermarché adjacent et on effectue avec entrain les derniers mètres qui nous séparent de l'entrée du site... Mais cette année, un changement de taille est visible avant même d'arriver devant les deux portails emblématiques des anciens abattoirs de la ville : une fresque géante de l'artiste espagnole Julieta XLF orne à présent le haut mur qui précède un des derniers bastions de fraîcheur culturelle de la seconde ville du Grand-Duché. Et cela ne fait que commencer...

Si la « Kufa » semble parfois inchangée depuis 1998, date de sa réouverture suite à sa rénovation, elle sait pourtant d'année en année se réinventer et apporter toujours plus de pierres réjouissantes à un édifice qui ne manque déjà pas de charme. Véritable mini-ville dans la ville, elle a su combiner culture et lifestyle de manière intelligente au fil des années pour fidéliser sa clientèle locale et transfrontalière, malheureusement moins celle venant de la capitale...

Pourtant, chaque moment de la journée peut être le bon pour s'aventurer dans le complexe, la preuve par quatre – enfin par bien plus... Pourquoi ne pas commencer en fin de matinée par un petit tour dans l'atelier protégé Keramikfabrik et

Véritable mini-ville dans la ville, la Kufa a su combiner culture et lifestyle de manière intelligente pour fidéliser sa clientèle locale et transfrontalière, malheureusement moins celle venant de la capitale

sa boutique d'objets artisanaux créés par les participants atteints de troubles autistiques, ou bien encore dans la galerie adjacente qui accueille régulièrement des expositions comme *Sea Dream Avenue* des photographes luxembourgeoises Mélanie Planchard et Martine Pinel qui y prendra place du 18 octobre au 3 novembre prochain ? Pour l'anecdote, la Galerie n'est utilisée que pendant les mois « chauds » – tout est relatif – car elle est trop onéreuse en chauffage l'hiver, ce qui ne colle pas de fait avec la charte écologique sur laquelle la Kufa s'est engagée.

La fringale de midi se fait ressentir ? Qu'à cela ne tienne, la brasserie du centre culturel, le K116, propose depuis toujours une cuisine efficace et savoureuse tantôt traditionnelle, tantôt empreinte d'influences asiatiques discrètes, à des prix tout à fait corrects. La bouchée à la reine vaut à elle seule le détour et les carpaccios ont la part belle. Joie non dissimulée lors de la lecture de l'onglet événementiel du menu : les soirées carpaccio à volonté qui ont fait les beaux lundis soirs de l'endroit il y a quelques années, sont de retour ! Le décor, lui aussi peu changé et ayant plutôt bien vieilli, permet midi comme soir de profiter du cadre unique de la salle, pièce maitresse à l'époque des abattoirs... Repu(e) et ragaillard(e), il ne reste qu'à savourer son café sur le nouveau mobilier urbain construit pour l'édition 2018 du Kufa's Urban Art Festival et joutant l'entrée, tout comme la sympathique

Givebox créée par des lycéens à partir d'une ancienne cabine téléphonique et qui permet d'échanger bouquins et accessoires...

C'est d'ailleurs cet événement phare de la programmation de la Kulturfabrik qui peut servir de fil rouge pour une ballade digestive et instructive à travers les rues d'Esch, afin de découvrir les nouvelles fresques signées Sandra Biewer, Spike ou encore Helen Bur qui viennent compléter la collection existante, produite au fur et à mesure des éditions précédentes et comptant aujourd'hui près de quarante œuvres réparties dans toute la ville, dont une bonne dizaine – comme celle, monumentale, de l'artiste français Mantra, dans l'enceinte même du centre culturel. Alors que d'habitude le festival étend ses ailes dans d'autres villes du sud et même jusqu'à Villerupt, cette année les productions se sont recentrées sur la ville d'Esch-sur-Alzette, suite à la non-obtention d'une bourse européenne : « ce n'est rien de grave, on a simplement décidé de se concentrer sur notre ville d'origine pour une fois » déclare à ce propos Fatima Rougi, chargée de communication au sein de l'équipe Kufa.

Si l'Urban Art Festival est actuellement un des événements les plus identitaires de son organisateur, il est loin d'être le seul ! En effet, le festival international *Clowns in progress* fêtera cette année, du 2 au 13 octobre – sa huitième édition



Si la « Kufa » semble parfois inchangée depuis 1998, date de sa réouverture suite à sa rénovation, elle sait pourtant d'année en année se réinventer



Dans une salle de répétition (photo en haut) et lors d'un concert dans la grande salle de spectacle

et rassemble toutes les composantes qui tiennent au cœur de la Kufa : des arts du spectacle bien sûr, mais aussi de la musique, de transfert de savoir via des conférences et surtout beaucoup de pédagogie avec un ensemble d'ateliers multi-générationnels. L'aspect pédagogique semble en effet faire d'office partie intégrante de toute manifestation majeure du centre culturel co-dirigé par Serge Basso et René Penning. Un étage entier divisé en Lino Gris, Lino Bleu et Lino Jaune – du nom éponyme de leur revêtement de sol respectif – est d'ailleurs dédié à la multitude d'ateliers qui y est proposée tout au long de l'année.

Pour la fin d'après-midi ou le début de soirée, le choix est presque cornélien : se poser tranquillement au Ratelach ou dans la salle obscure du Kinosch ? Peu d'erreur possible, peu importe le choix ! Dans le premier cas, le « nouveau » bar de la Kulturfabrik, qui s'est offert une seconde jeunesse récemment, est un endroit de choix pour l'apéritif, dans son intérieur cosy ou sur sa terrasse verdoyante remplie de mobilier construit ad hoc et presque intégralement en bois. Si le soleil est de la partie, impossible de résister à la jolie pergola et à ses petites tables de brasserie... Quant à la jardinière où pousse une belle menthe fraîche, elle ne ment pas : le mojito est religion ici ! Et réalisé avec la cueillette du jour de surcroît !

En ce qui concerne le Kinosch, si la petite salle de cinéma de la Kufa – d'une capacité de 72 places – a été longtemps laissée à un relatif abandon, elle aussi reprend du poil de la bête avec l'achat d'un nouveau projecteur et des partenariats solides. En outre, le Kinosch reste un partenaire solide non seulement du Festival du Film Italien de Villerupt avec en moyenne quatre films prévus par jour pour 2018 mais aussi

C'est à la nuit tombée que la Kulturfabrik aime revêtir ses atouts les plus transgressifs et rock'n'roll pour accueillir comme il se doit les visiteurs du soir

du Gaymat avec la projection de plusieurs films et/ou documentaires à thématique LGBTQ pendant la semaine qui précède la marche des fiertés à Esch-sur-Alzette.

Il est 21 heures à la Kufa et si vous pensez qu'il est temps de rentrer, c'est que vous connaissez mal ces irréductibles Eschois... Difficile en effet de ne pas se laisser tenter par un dernier concert de rap electro, de métal norvégien, une pi-

èce de théâtre post-apocalyptique ou un spectacle d'humour noir dans la Grande Salle ou bien dans sa petite sœur attenante. Car c'est à la nuit tombée que la Kulturfabrik aime revêtir ses atouts les plus transgressifs et rock'n'roll pour accueillir comme il se doit les visiteurs du soir, qui rentrent à jusqu'à 850 dans la grande salle de spectacle. La petite salle sert aussi de bar séparé, notamment lors d'événements nécessitant un certain calme. Fatima Rougi prend plaisir à décrire ces espaces : « Les deux salles sont vraiment représentatives de l'identité du lieu, avec les crochets de boucher et les poulies encore apparentes au plafond. L'espace est modulable et nous permet de faire plein de choses différents. La petite salle est vraiment sympa, on aimerait qu'elle soit encore plus exploitée ! ».

Le spectacle est fini, tout le monde sort et se retrouve sur le parvis : les gens du Ratelach sont là, ceux de la séance de 20 heures, ceux du concert qui leur en a mis plein les oreilles pour leur plus grand plaisir. Et c'est là que réside de dernier atout de la Kulturfabrik : savoir rassembler autour d'un bon cocktail ou d'une bière bien fraîche une horde de métalleux, une groupe de militants queer, un couple d'ados et une mamie festive venue passer un peu de temps avec sa petite fille... La chaleur du sud ?

La Kulturfabrik prend des congés bien mérités en août (sauf pour le Ratelach qui reste ouvert, comme toujours du mardi au samedi de 17 à 1 heures) mais revient dès la rentrée avec le *Rootstown Festival* le 15 septembre, le concert le *Sinsenum* le 1^{er} octobre et des délirantes *Airnadettes* le 26 octobre ou encore le Festival du Film Italien de Villerupt du 27 octobre au 11 novembre. Le Ratelach proposera aussi régulièrement des concerts et des scènes ouvertes les vendredis soirs. Toute la programmation sur www.kulturfabrik.lu

Luxemburgensia

Heldenkrimi

Elise Schmit

Pünktlich zum Start der Tour de France haben Éditions Saint-Paul ein Buch über einen der wenigen berühmten Luxemburger ins Sommerloch geworfen: über Fränk Schleck, Bezwingen der Alpe d'Huez und Liebling eifriger Fährnchen-schwenker, die in anderen Sportarten fast immer zu kurz kommen.

Das Titelbild verheißt die Geschichte eines Sportgiganten mindestens antiken Formats. Ein Held, so soll der Leser offenbar im Angesicht des Schweißes denken, der in Strömen am nackten Oberkörper des ehemaligen Radprofis herabfließt, einer, der hart im Nehmen ist, zielstrebig, dynamisch und unermüdlich. Im Vorwort kündigt Kim Andersen, der die größten Erfolge der Schleck-Brüder als Sportdirektor von CSC begleitete, von „geradezu historischen Siegen“ und umreißt damit die Dimensionen, in denen hier gedacht wird: Schleck als Quasi-Feldherr, dessen Heldentaten „den Weg in die Geschichtsbücher gefunden [haben]“, der schon als Jugendlicher mit zwei Freunden ein „Triumvirat“ der sportlichen Freizeitgestaltung bildet, und der auf dem Höhepunkt seiner Karriere „[e]in bisschen nach der Art eines Heerführers, der den Erdball umschreitet“, „Kämpfer für seinen Feldzug“ sammelt. Mit seinem Buch tritt der Sportjournalist Christophe Nadin offenbar an, die Bildungslücken der Geschichtsvergessen aufzufüllen, denen diese epochalen Momente in ihrer Zerstreutheit entgangen sind.

Das vermeintliche Epos beginnt mit dem Ende von Schlecks Karriere als professioneller Radfahrer mit Mitte Dreißig. „Innerhalb weniger Minuten“ sei die Entscheidung gefallen, den Vertrag nicht um ein weiteres Jahr zu verlängern, wie Nadin zu berichten weiß, eine Sache des Bauchgefühls, das sich nicht weiter erklären lässt.

Zwar beschreibt der Autor, wie Schleck nach dem Ende seiner sportlichen Laufbahn eine Anstellung bei einer Firma findet, die Ersatzteile für Fahrräder herstellt. Die naheliegende Frage jedoch, wie sich der junge Mondorfer sein Leben nach der Profikarriere vorgestellt oder wie er dieses ursprünglich geplant hatte, scheint sich ihm nicht aufgedrängt zu haben.

Überhaupt haben Leser, die die Biografie Schlecks eher unter allgemein menschlichen Gesichtspunkten interessiert als unter sportlichen, hier eher das Nachsehen. Leicht können sie über der in einem dramatischen Präsens gehaltenen Nacherzählung von Rennverläufen und strategischen Einschätzungen den Überblick darüber verlieren, an welcher Stelle des Curriculums sich Schleck gerade befindet. Solchen Lesern wäre mit einer traditionellen chronologischen Darstellungsweise gedient gewesen, aus der sie den Werdegang des Protagonisten vom durchtriebenen Schuljungen bis zum anerkannten Profi in einem großangelegten Spannungsbogen hätten nachvollziehen können. Nadins Herangehensweise nimmt sich demgegenüber eher postmodern-fragmentarisch aus. Aus verschiedenen Themenschwerpunkten, Bildern und (leider vornehmlich koprophilen) Anekdoten muss sich der Leser Leben und Karriere des Helden selbst zusammensetzen. Die Kapitelüberschriften lauten etwa „Stürze und andere Dramen“ oder „Andy, Bruder und Freund“.

Auch sprachlich fordert das Buch den Leser heraus. Beispielsweise wurden die Interviews zwar mutmaßlich auf Französisch geführt (die Originalausgabe der Biografie ist in dieser Sprache erschienen), doch der Übersetzer hatte den lustigen Einfall, Schleck in den direkten Zitaten eine Art Luxemburger Deutsch sprechen zu lassen: Er „nimmt Duschen“, „ruft seiner Frau an“ und verspeist „kräftige“ Sandwiches.

Ziel dieses Pastiches ist vermutlich, dass die Luxemburger Fans sich besser mit einem Helden identifizieren können, der – ob aus Mangel an Auskunftsfreudigkeit oder aus Mangel an tiefergehenden Fragen – eher auf Distanz bleibt. Auch besteht wohl der Sinn der zahlreichen konventionellen Metaphern darin, den Leser von der wahren Kunst des Autors abzulenken: Sein Umgang mit Euphemismen ist wirklich bemerkenswert.

An diesem Stilmittel lässt sich auch ablesen, dass es sich – zumindest für des Radsports weitgehend Unkundige – bei *Fränk Schleck. Hautnah* eher um einen Krimi handelt als um ein Heldengedicht. Ständig finden sich Hinweise auf rätselhafte Geschehnisse. Von „späteren Entwicklungen“ ist die Rede, die Lance Armstrong um seine Auszeichnung bringen, von „Tests mit Unregelmäßigkeiten“ und von Akteuren mit „skandalumwitterter Vergangenheit“. Selten äußert sich Nadin konkreter zu dem Thema, das hoffentlich allen Radsportfans auf der Seele brennt; das Wort „Doping“ kommt höchstens drei Mal in diesem Buch vor.

Mysteriös bleibt auch, warum die Darstellung Schlecks zwar einerseits die Unschuld des Titelhelden an einer einjährigen Sperre zu belegen sucht (nach einem Test, der „nicht negativ“ ausfiel), andererseits aber nicht einmal nach alternativen Erklärungen für diese Testergebnisse sucht. Dass der Name von Fränk Schleck angeblich auf einer Liste des Dopingarztes Eufemiano Fuentes stand, ist Nadin lediglich verschämte acht Zeilen wert. Wer auf Insiderwissen über EPO und Blutwäsche hofft, wird enttäuscht.

Christophe Nadin: *Fränk Schleck. Hautnah. Biografie.* (Übersetzung: Jean-Marc Schmidt). 192 S. Éditions Saint-Paul, Luxemburg 2018. ISBN 978-99959-2-022-7. 22 Euro

Avis

Vote par correspondance pour les élections législatives du 14 octobre 2018

Pour les élections à la Chambre des députés, les électeurs luxembourgeois qui le désirent sont admis, sur demande, à exercer leur droit de vote par correspondance.

La demande est à introduire auprès du collège des bourgmestre et échevins de la commune d'inscription.

Est considérée comme commune d'inscription au Grand-Duché de Luxembourg, la commune du domicile, à défaut la commune du dernier domicile, à défaut la commune de naissance, à défaut la Ville de Luxembourg.

La demande peut être faite soit :
– par voie de dépôt électronique via *MyGuichet.lu* ,
– par voie postale sur papier libre ,
– sur un formulaire préimprimé à obtenir auprès de la commune où l'électeur est appelé à voter.

La demande de vote par correspondance doit indiquer :
– nom et prénom(s) ;
– date et lieu de naissance ;
– domicile de l'électeur ;
– adresse à laquelle doit être envoyée la lettre de convocation.

L'électeur luxembourgeois domicilié à l'étranger doit en outre produire une copie de son passeport ou de sa carte d'identité en cours de validité.

Le demandeur doit, dans sa déclaration écrite et signée, déclarer sous la foi du serment qu'il n'est pas déchu du droit de vote.

La demande de vote par correspondance peut être introduite auprès du collège des bourgmestre et échevins à partir du 23 juillet 2018
– jusqu'au 4 septembre 2018 au plus tard, si l'adresse à laquelle la lettre de convocation doit être envoyée se situe à l'étranger ;
– jusqu'au 19 septembre 2018 au plus tard, si l'adresse à laquelle la lettre de convocation doit être envoyée se situe au G.-D. de Luxembourg.

Si le requérant remplit les conditions, le collège des bourgmestre et échevins lui envoie, sous pli recommandé, la lettre de convocation, le bulletin de vote et les enveloppes électorales avec l'adresse du bureau électoral
– le 14 septembre 2018 au plus tard pour les envois à une adresse à l'étranger ;
– le 29 septembre 2018 au plus tard pour les envois à une adresse au Luxembourg.

Si le requérant ne remplit pas les conditions, le collège des bourgmestre et échevins lui notifie son refus.

Le bulletin de vote doit parvenir au bureau de vote respectif pour le 14 octobre 2018 à 14.00 heures au plus tard.

Poste vacant

L'Ambassade du Grand-Duché de Luxembourg à Londres

désire recruter

1 employé(e) (m/f) recruté(e) sur place.

Poste à temps partiel (12.30 à 18.00 heures du lundi au jeudi, 9.00 à 17.00 heures le vendredi).

Profil demandé :
– Études secondaires ou équivalentes accomplies ;
– Expérience(s) préalable(s) de secrétariat souhaitée(s) ;
– Excellente maîtrise des langues française et anglaise, langue luxembourgeoise considérée comme un avantage ;
– Sens de l'initiative et aptitude à travailler de manière indépendante au sein d'une équipe motivée ;
– Maîtrise parfaite du travail sur ordinateur (Microsoft Office).

Les candidatures sous forme de lettre de motivation, munies d'un curriculum vitae, de copies des diplômes et d'une photo d'identité sont à adresser pour le 28 juillet 2018 au plus tard au
Ministère des Affaires étrangères et européennes
Direction des finances et des ressources humaines
9, rue du Palais de Justice
L-1841 Luxembourg,
ou à envoyer à l'adresse e-mail : *tina.herber@mae.etat.lu*.

Pour tout renseignement supplémentaire, les candidat(e)s intéressé(e)s voudront prendre contact au numéro de téléphone : 247-72418 (Tina Herber).

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Fournitures

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 11.09.2018
Heure : 10.00 heures

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture d'équipements didactiques pour les salles de sciences dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé à Ettelbruck.

Description succincte du marché :
– fourniture d'équipements didactiques pour les salles de sciences (chimie, biologie, physique)
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2019
La durée prévisible des travaux sur site 20 jours ouvrables.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour la fourniture d'équipements didactiques pour les salles de sciences dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé à Ettelbruck » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
16.07.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801079 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

Poste vacant

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d'engager

un(e) employé(e) A2

à 40 heures/semaine et à durée indéterminée.

Les candidat(e)s au poste d'employé(e) doivent :
– être titulaires d'un grade ou diplôme délivré par un établissement d'enseignement supérieur reconnu par l'État du siège de l'établissement et sanctionnant l'accomplissement avec succès d'un bachelor en sciences sociales et éducatives ou de son équivalent.

Le poste à durée indéterminée se situe dans le contexte de l'accompagnement des jeunes dans la transition vers la vie active et sera affecté à l'Antenne locale pour jeunes dans le sud du pays. Les tâches y relatives peuvent être consultées à l'adresse internet suivante : *http://postes-vacants.men.lu/*

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise, française, allemande et anglaise. Ils (Elles) maîtriseront par ailleurs les outils informatiques usuels.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures accompagnées d'un curriculum vitae, d'une copie du diplôme requis ainsi que d'une photo récente sont à envoyer à
Monsieur le Directeur du Service national de la jeunesse
B.P. 707
L-2017 Luxembourg
pour le 31 juillet 2018 au plus tard.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 04.09.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de mise en oeuvre d'une station d'essence à exécuter dans l'intérêt de la construction du Centre national d'intervention et de secours à Luxembourg/Gasperich.

Description succincte du marché :

- Travaux de terrassements :
 - déblai : +/- 400 m³ ;
 - remblai : +/- 350 m³
 - Construction en acier pour toiture de protection h = +/- 5 m, l = +/- 11,7 m, b = +/- 7,5 m
 - Cuve enterrée de V= 50 m³ dont 40 m³ pour diesel et 10 m³ pour essence, diamètre = +/- 2,50 ; longueur = +/- 10,7 m
 - Cuve pour Ad Blue de V = 5 m³
 - Pompes à essence +/- 4 unités
- La durée des travaux est de 80 jours ouvrables à débiter au 1^{er} trimestre 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de mise en oeuvre d'une station d'essence dans l'intérêt du Centre national d'intervention et de secours à Luxembourg/Gasperich » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
16.07.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801102 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983
Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; *rhilgert@land.lu*), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; *pfeist@land.lu*), Josée Hansen (48 57 57-26; *jhansen@land.lu*), Ines Kurschat (48 57 57-28; *ikurschat@land.lu*), Michèle Sinner (48 57 57-20; *msinner@land.lu*), Bernard Thomas (48 57 57-30; *bthomas@land.lu*) **Photos** Sven Becker (*sbecker@land.lu*) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; *zbelgacem@land.lu*) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** *land@land.lu* **Internet** *www.land.lu* **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32 ; *francis.gasparotto@maisonmoderne.lu*) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Festival Urban Art à Esch-sur-Alzette

Coloriage urbain

Kévin KroczeK

Un scandale a éclaté dans le milieu des tagueurs et graffeurs eschois, amateurs ou confirmés. Une partie de la grande fresque murale s'étalant tout au long du boulevard J.F. Kennedy jusqu'à la gare, a récemment été effacée. C'est que cette œuvre commune et spontanée, qui offrait le meilleur comme le pire aux badauds, faisait partie du paysage urbain d'Esch-sur-Alzette. Elle s'était métamorphosée à travers les années et amenait un peu d'Amérique au Grand-Duché. Avec ses graffitis sous des rails et trains aériens, on se sentait presque dans le quartier du Bronx, du moins tel que fantasmé par les passionnés du mouvement hip-hop. Mais la gare a fait peau neuve, tout comme ses murs attenants. Cependant, et heureusement, la mise à nue n'a été que temporaire. En effet, à l'occasion de la cinquième édition du festival *Urban Art*, Sandra Biewers, tatoueuse de profession, a repeint une parcelle de ce fameux mur. Du noir et du blanc, de nombreux animaux dans des tenues bourgeoises et gothiques. Un zèbre, un rhinocéros, une chèvre ou un coq peuplent cette adresse incontournable. Huit autres lieux, toujours dans le centre de la future capitale européenne de la culture, ont été remis en valeur dans le cadre du festival de la culture urbaine, toujours organisé par la Kulturfabrik.

une vingtaine de villes devaient à l'origine être partenaires. Cependant, une demande de financement européen est tombée à l'eau. Tout le festival s'est donc réorganisé et recentré. Ont résulté une dizaine de coloriages urbains dans les rues de la ville. Parmi les artistes sélectionnés, Spike, Daniel McLloyd, Alain Welter, Marc Pierard, Helen Bur, Sandra Biewers ou encore Lisa Junius. Cette dernière s'est occupée d'une fraction de l'École Grand-Rue. Sur une large façade et jusqu'aux murettes dans la cour de récréation, on peut retrouver des formes blanches sur fond bleu. Des oiseaux et des corps féminins, un croissant de lune et des étoiles faussement simplistes, semblent virevolter dans tous les sens. C'est aérien et c'est peut-être ce que cette édition a offert de plus intéressant. Évidemment, les fresques ont été réalisées pour la postérité. Mais le festival, en tant que tel, c'est surtout déroulé le temps d'une soirée de clôture à la Kufa, avec exposants, concerts et autres performances.

Le samedi 14 Juillet au soir, la cour de la Kulturfabrik fourmille. Ce n'était pourtant pas gagné. À quelques kilomètres de là, entre Fond-de-Gras et Lasauvage, le festival *Blues Express* accueille les aficionados du genre tandis que de l'autre côté de



Séance de « live painting »

Une partie de la grande fresque qui ornait le boulevard Kennedy à Esch a été effacée. Mais la ville a repris des couleurs grâce au Festival Urban Art

portrait onirique d'une femme de profil, coiffée d'un voilier. Et lorsqu'on se penche, on s'aperçoit que ses cheveux sont en fait des lettres, des mots et peut-être des phrases. Des sculptures cubiques sont disposées au centre de la pièce. Enfin, sur un mur, des dizaines de dessins de super héros et autres personnages cartooniques sont placardés. Des pots de crayons et de feutres invitent les plus jeunes à les colorier.

Dans la grande salle, les performances se suivent jusqu'à l'arrivée de Slizzer en compagnie de plusieurs autres comparses pour un set de *human beatboxing*. D'abord en trio, les artistes imitent des cornemuses puis se lancent dans de multiples improvisations franchement impressionnantes. Quelques soucis techniques ponctuent l'ensemble. Mais le cœur y est. Suit Maz, rappeur autochtone anglophone. L'audience n'est pas forcément nombreuse, plutôt parsemée en plus de cela. Toutefois, le jeune artiste se révèle être une bête de scène. Sur des instrumentales signées Cehashi, du moins pour les plus marquantes, Maz explose. Aux platines, David Galassi, co-fondateur de De Lâb, chante du mouvement hip-hop au Grand-Duché. Une partie du public, quelque peu éméchée, demande au rappeur d'ôter son t-shirt. Il ne cède pas et recadre avec amusement les agitateurs. Pour le dernier titre il descend de la scène et le rejoint pour chanter et danser avec eux. Un *DJ-set* conclut la soirée dans une gentille indifférence. Dehors, les verres sont consommés et les deux dernières fresques quasi terminées. On sympathise. Fred Entringer est ravi et rassuré. L'an dernier, la soirée alors organisée place du Brill, avait été victime d'averses. L'année 2022 est plus que jamais en ligne de mire.



Fresque de Sandra Biewers

L'an dernier, le festival était encore transnational. De nombreuses fresques avaient été réalisées jusqu'à Longwy en France et Trèves en Allemagne. Saype, artiste suisse, instigateur du *land art*, avait même réalisé deux œuvres, colossales et temporaires, en pleine campagne luxembourgeoise. Cette année encore, le projet initial ne manquait pas d'ambition. De l'aveu même du coordinateur de l'événement, Fred Entringer,

la frontière, on célèbre la fête nationale française. Pourtant le public, curieux, s'est déplacé à la Kufa, certes pas en masse, mais assez pour faire passer certains événements branchés de la capitale pour des kermesses d'école. Il s'en passe des choses dans le sud. Des amplificateurs diffusent de la musique techno à l'extérieur, on assiste aussi à la création de deux larges peintures en direct. Dans la galerie Terres Rouges, une exposition collec-

tive et éphémère, *One shot*, regroupe des pièces de tous les artistes participants. Cette exhibition « freestyle et rock'n'roll » rassemble, à l'instar du long mur boulevard JFK, de l'excellent et de l'insignifiant. Une photographie de Spike présente son atelier, des plaques géométriques et colorées, stockées contre des pots de peinture, sous un plafond décrépi. Un peu plus loin, dans un cadre noir, un dessin de Sandra Biewers, encore elle. Le

Cinémasteak

#Fuck Me

Adapté du célèbre roman éponyme paru en 1993, *Baise-moi* (2000) est le premier long-métrage de Virginie Despentes (réalisé en collaboration avec Coralie Trinh Thi). Avec ce titre franc-tireur, le spectateur pourrait s'attendre à un simple porno – un genre auquel la réalisatrice emprunte à la fois les conventions filmiques et les acteurs, issus pour la plupart de l'industrie du sexe. Mais le film de Virginie Despentes refuse de se laisser enfermer dans le ghetto d'une sous-production culturelle. Et résiste, malgré l'interdiction aux moins de 18 ans dont il a écopé lors de sa sortie en salles controversée, à toutes les classifications génériques. La volonté de représenter sans fard des réalités souvent occultées au cinéma, comme le viol et la prostitution, établit une évidente parenté avec le cinéma provocateur de Jan Kounen (*Dobermann*, 1997) et de Gaspar Noé (Despentes cite dans son film un extrait de *Seul contre tous*, 1998).

En dépit ou en raison de la pauvreté de ses moyens techniques, *Baise-moi* s'avère plus subtile qu'il ne paraît



Raffaëla Anderson et Karen Bach

Nadine et Manu, les protagonistes sulfureux de *Baise-moi*, sont deux paumées soumises à la violence impitoyable des hommes. Jusqu'au jour où elles décident de riposter en entamant une longue cavale sanglante et vengeresse. Après une danse torride scellant leur pacte diabolique, les deux femmes s'engagent sur la voie de la criminalité. Au sein de cette guerre des sexes qui ne dit pas son nom, les hommes constituent une cible de choix. En réponse aux attaques menées à l'époque contre le film, Karen Bach, l'interprète de Nadine, déclarait dans *Libération* : « Pourquoi les femmes se prennent des mains au cul et pas les hommes ? Tout ce qu'on leur demande, c'est la compréhension, l'égalité. Le porno, c'est des mecs qui jouissent sur la gueule des filles, la femme qui en prend plein la tronche. *Baise-moi*, c'est le contraire. » Les rapports de force vont alors s'inverser en faveur de nos jeunes héroïnes, symboles d'un féminisme revanchard dont les rôles ont été confiés à deux repenties du porno (Raffaëla Anderson et Karen Bach, plus connue sous le pseudo de Karen Lancaume).

Le film, en dépit ou en raison de la pauvreté de ses moyens techniques, s'avère plus subtile qu'il ne paraît. Le style qui a fait la réputation de la romancière a été conservé : un réalisme cru, servi par des répliques bien senties (« Plus tu baisses, moins tu cogites, mieux tu dors. »). Ici prend fin une tradition poétique du cinéma français rompue à la belle image et au verbe fleuri (Marcel Carné et Jacques Prévert). Il est loin le temps où, pour contourner les obstacles de la censure, les cinéastes recouraient à des stratégies figuratives. À la façon dont Alfred Hitchcock, dans *La Mort aux trousses* (*North by Northwest*, 1959), s'emparait d'un train pénétrant dans un tunnel pour suggérer l'étreinte érotique de ses protagonistes. Loïc Millot

Baise-moi (France, 2000, vo) sera projeté mercredi 25 juillet à 20.30 heures à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg, place du Théâtre.



Soirée de clôture, Slizzer & Friends sur leur « set of human beatboxing »



Kévin KroczeK

STIL

À même le sol

Salomé Jeko

Sortez les paniers, les couvertures et les chapeaux, la saison du pique-nique est ouverte. Pique-nique au parc, à l'ombre des arbres, le temps de sa pause déjeuner. Pique-nique sur le chemin des vacances, aire d'autoroute et sandwiches triangles... Pique-nique à la campagne, nappe à carreaux rouges, lit de marguerites et cerises cueillies en même l'arbre... Pique-nique à la plage, pieds dans le sable, maillot de bain mouillé et glacière à proximité...

Moment de partage et de convivialité bon enfant, le pique-nique rend joyeux. Rien que son appellation semble d'ailleurs faire du banal repas une petite fête plaisante. On s'assoit un peu comme on veut, à même le sol pour plus d'authenticité, pieds nus sur la couverture. On n'est d'ailleurs pas forcément au mieux niveau confort, mais le plaisir du moment occulte complètement les désagréments de la table de fortune dressée pour l'occasion. On mange avec les doigts, on pique par ci, par-là, on prend le temps et quand arrive le dessert, on finit à demi allongé, appuyé sur un coude, prêt à se laisser aller. Une sieste digestive en contemplant le ciel et ses nuages... avant d'être réveillé par les chatouillis d'un rang de fourmis à l'affût des dernières miettes du festin.

Cet art de manger, que l'on inscrirait volontiers dans la mouvance *slow food*, connaît ses origines à l'Antiquité, Virgile décrivant dans ses *Bucoliques* les repas des bergers au milieu de leurs bêtes. Au Moyen-Âge, la tendance s'étend et s'il est commun pour les paysans de s'offrir un casse-croûte dans les champs, la noblesse se prête volontiers à ces repas en plein air lors de ses parties de chasse ou durant ses voyages.

Le manger nomade

Car le pique-nique incarne toutes les caractéristiques du « manger nomade » : on se déplace pour manger et surtout, on ne mange pas n'importe quoi. La nourriture doit être pratique, si possible à attraper du bout des doigts ou à croquer et surtout, transportable facilement. Pour cela, le panier à pique-nique est de mise, la reine Marie-Antoinette elle-même en possédant d'ailleurs un bien joli qu'elle déposait régulièrement sur les pelouses soignées du Petit Trianon.

Universelle, la pratique du pique-nique n'acquiert ses lettres de noblesse qu'au XIX^e siècle, entrant véritablement comme scène de la vie quotidienne dans la littérature et les arts, en témoigne le célèbre tableau de Manet, *Le Déjeuner sur l'herbe*. Bien qu'un temps délaissé par la bourgeoisie pour cause de manquement à l'étiquette – Manet illus-



Moment de partage et de convivialité bon enfant, le pique-nique rend joyeux

trant d'ailleurs lui-même ce doux « laisser-aller » dont il est question dans son œuvre – le pique-nique, parfois décliné en *garden party* dans sa version de luxe, semble aujourd'hui universellement plus apprécié que jamais.

À peine le soleil pointe-t-il son nez que les gazons se couvrent de nappes et d'amoureux du plein air. Même le marketing a saisi la tendance, proposant cubi de vin réfrigéré, barbecue portatif, salades en bocaux ou encore paniers pique-nique déjà préparés et signés des grands noms de la gastronomie.

Pique-niques locaux

La météo de ce mois de juillet étant propice au manger dehors, je vous invite à donner à vos soi-

rées des allures de vacances. Attrapez coussins, couverture, victuailles et bouteille de vin : c'est parti pour un pique-nique. Hormis la Kinnekswiss déjà bien fréquentée ou le Kaltreis et ses jeux d'eau, Luxembourg recèle de jolis endroits où poser panier. Les parcs bien sûr, comme celui de Merl, de Pescatore ou de la Villa Vauban pour une pause gastro-culturelle, sans oublier celui de la Coque, qui offre de jolis atouts avec son arboretum, son petit étang, ses jeux pour enfants et ses terrains de pétanque.

Non loin de là, mon préféré, le jardin des Trois Glands, derrière le Mudam, se distingue par une vue à couper le souffle sur la vieille ville. Reste bien sûr la Kockelscheuer, poumon vert à deux pas de la capitale où l'on peut même

s'adonner au barbecue ou encore le parc de Hesperange et ses terrains de sport, parfait pour les pique-niqueurs dynamiques.

Impossible de ne pas évoquer les abords des nombreux lacs du pays, comme ceux d'Echternach ou de Remerschen, qui donneront à vos repas une ambiance bucolique des plus agréables. Ou encore les rives du lac de la Haute-Sûre qui offrent à elles seules des panoramas dignes des plus beaux paysages du Canada. Enfin, pour les adeptes de randonnées, de forêts ou de châteaux, troquez le panier à pique-nique pour le sac à dos et prenez la route pour la région du Müllerthal. La fraîcheur des roches et des eaux vives qu'on peut y croiser devraient offrir un cadre enchanteur et idyllique à votre pique-nique bien mérité.

L'objet

Meyers & Fügmann est un label de design composé par les noms de deux collaboratrices qui ont pour prénom Sarah en ce qui concerne la première, Laura la seconde. Elles se sont connues à l'Art School Weissensee à Berlin, avant de poursuivre leur formation au Sandberg Instituut d'Amsterdam. Spécialisées dans la fabrication de textiles et le *product design*, elles se sont finalement établies à Berlin et à Luxembourg. Il y a quelques jours, les deux dames étaient invitées au *showroom* de Lucien Schweitzer, avenue de la Liberté, qui a décidé de mettre en scène leurs vases aux couleurs vives avec du mobilier de différentes collections. Les créatrices étaient sur place pour expliquer le fonctionnement de leur œuvre. Pour ces vases en céramique (photo : Meyers & Fügmann) elles se seront par exemple rendues en Chine pour y apprendre une technique bien particulière et finalement créer les objets sur place selon les règles de la tradition locale. À part ces objets délicats, on trouvera sur le site des designeuses d'autres objets souvent hyper zen mais très élégants, comme ces cadres pour photos et dessins fabriqués en bois naturel et en verre. Leurs couvertures « Couleurs-sur Sûre » ont été fabriquées en collaboration avec la Duchfabrik d'Esch/Sûre. Pour celles-ci elles ont remporté le Luxembourg design award 2017 dans la catégorie « product design ». (Internet : meyersfuegmamm.com) GD

La terrasse

Pour que ses visiteurs ou des promeneurs puissent profiter du beau site sur lequel se dresse le musée, le **Mudam Café** a installé une terrasse en extérieur. Située devant l'entrée du bâtiment conçu par Ieoh Ming Pei, elle fait partie de l'installation « jardin & fontaine & café d'été » de l'artiste américaine Andrea Blum (photo : GD). À côté de boissons rafraîchissantes, des petits plats sympas sont servis, dont le bol de salade César qui semble particulièrement avoir la faveur des visiteurs. Pour les végétariens, on recommandera la salade de lentilles corail et tofu fumé, germes et graines de courge. Bagels, baguettes et « Grillwurst » arrondissent l'offre minimaliste. Les heures d'ouverture se réduisent malheureusement à trois heures trente, de 11h30 à 15h, ainsi que le mercredi soir de 18h à 22h pour la nocturne hebdomadaire (et gratuite) du musée. Il est toutefois conseillé de se faire confirmer l'ouverture par téléphone, car le jour où j'ai voulu m'y rendre, le café était fermé parce que la météo n'était apparemment pas très clémente. Le soleil avait, certes, décidé de se cacher, mais partout ailleurs les terrasses étaient pleines. On proposera à la direction du Mudam d'investir dans des plaids pour ce genre de situation. Ils ne devront pas obligatoirement porter la signature des frères Bouroullec. Du basique fera très bien l'affaire. GD



Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.